Montag, 25. Juli 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Weitere Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 170 - 30.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGES...

POLITIK

Strauß: Der CSU-Vorsitzende hat im Gästehaus Hubertusstock der „DDR"-Regierung vertrauliche Gespräche mit SED-Chef Honecker geführt. Nach einem Bericht der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN standen dabei die internationale Lage und die Beziehungen Bonns zu Ost-Berlin im Vordergrund. Vorrangig seien auch „Aspekte der Sicherung des Friedens" besprochen worden.

Polen: Zum Abschluß seines Polen-Besuchs hat sich der CSU-Vorsitzende Strauß für verstärkte westliche Hilfe für die Wirtschaft des Landes eingesetzt. Dagegen sollte die Lebensmittel-Paket-Aktion eingestellt werden, *weil sie sich mit* der nationalen Würde Polens nicht vertrage.

Raketen: Der Westen kann nach Ansicht des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger nicht auf die Stationierung von Pershing-2-Raketen verzichten, wenn die Sowjetunion an ihrer SS-20-Vorrüstung festhalte. – Verteidigungsminister Wörner bestreitet jeden Dissens mit Kanzler Kohl in der Raketenfrage. Wörner hält am „Waffen-Mix" fest. Kohl: „Waldspaziergang"-Formel ausloten.

CSU: Der Streit in der CSU um die Rolle des Parteivorsitzenden Strauß bei der Vorbereitung des Milliardenkredits für die „DDR" geht weiter. Generalsekretär Wiesheu wurde im wehrpolitischen Arbeitskreis seiner Partei heftig deshalb angegriffen. Wortführer der Kritik bleibt der Abgeordnete Voigt.

Gewerkschafter: Die Vorsitzenden der IG Metall, Loderer, und des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO, Kirkland, haben sich für die Freilassung aller politischen Gefangenen in Polen ausgesprochen. Kirkland bezeichnet *Kriegsrechtsaufhebung* als „Täuschungsmanöver".

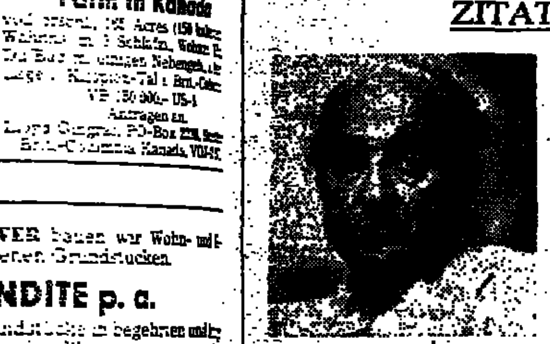
Nahost: Rivalisierende Palästinensergruppen haben sich im Bekaa-Tal in Ostlibanon wieder Kämpfe geliefert. Präsident Gemayel beendet USA-Besuch. – Frankreichs Außenminister Cheysson traf in Tunis mit *PLO-Chef* Arafat zusammen.

Flucht: Ein 18jähriger Arbeiter aus der „DDR" ist nach Niedersachsen geflüchtet.

Polizei: Innenminister Zimmermann hat sich für eine effektivere Ausrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz mit Distanzwaffen (Wuchtgeschoß) und Spezialfahrzeugen ausgesprochen.

Heute: Die Wirtschafts- und Industrieminister der EG entscheiden über Stahlquoten. – Fischereiminister nehmen Verhandlungen über Fangquoten wieder auf. – *Israels* Außen- und Verteidigungsminister Shamir und Arens nach Washington. – Frankreichs Außenminister Cheysson nach Lateinamerika. – Eröffnung der Salzburger Festspiele.

ZITAT DES TAGES



» Ich halte das Treffen für gut, aber es bleibt dabei: Der Kredit ist nicht mehr als Kasse gegen Hoffnung, die Hoffnung auf menschliche Erleichterung. «

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) in der „Bild"-Zeitung.
FOTO: WOLF P. PRANGE

WIRTSCHAFT

Lehrstellen: Zehntausend (8,4 Prozent) mehr als im Vorjahr meldet Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels.

Dritte Welt: Leistungsbilanzdefizite von insgesamt 118,2 Milliarden Dollar 1982 auf 276,2 Milliarden 1983 gestiegen, meldet die Weltbank.

Diesel: Keramikfilter sollen für dieselverbrauchende Pkw und Lkw von 1987 an vorgeschrieben werden, teilt Staatssekretär Spranger mit.

Ladenschluß: Berlin will Gesetzentwurf über flexible Zeiten bei „örtlichem Bedürfnis" im Bundesrat vorlegen.

Kooperation: A.T.T. und Philips vereinbaren Gemeinschaftsunternehmen für Nachrichtentechnik.

Stahl: Gespräch Lambsdorffs mit Vertretern der Stahlindustrie erfolglos. Klöckner lehnt Angebot der Wirtschaftsvereinigung (höhere Produktionsquote) als unzureichend ab.

KULTUR

Georges Auric: Der französische Komponist, ein bedeutender Vertreter der nachimpressionistischen Musik, starb mit 84 in Paris.

Kreml-Einfluß: Ein Athener Gericht wies den Verbotsantrag des Verlegers der Zeitung „To Ethnos" gegen ein Buch zurück, in dem behauptet wird, daß das Massenblatt vom KGB gesteuert wird.

„Polarstern": Das deutsche Forschungsschiff hat seine Bewährungsprobe ostwärts von Grönland bestanden.

SPORT

Tennis: Das deutsche Damen-Team hat in Zürich das Finale der inoffiziellen Mannschaftsweltmeisterschaft gegen die CSSR *verloren*. Bettina Bunge gab im zweiten Satz ihres Spiels gegen Hana Mandlikova auf, Claudia Kohde unterlag Helena Sukova 4:6, 6:2, 2:6.

Fechten: Von den hoch eingeschätzten deutschen Damen erreichte nur Christiane Weber das Finale der Weltmeisterschaft in Wien. Sie belegte den fünften Platz. Siegerin ist Dorina Vaccaroni (Italien). Das deutsche Florett-Team der Herren steht im Viertelfinale.

AUS ALLER WELT

Flugzeugunfälle: Bei einem Absturz vor Borkum (Nordsee) starben acht Menschen, bei einem Absturz bei Neumarkt (Oberpfalz) gab es vier Tote.

Bombenleger: Auf den Amtssitz des Berliner Generalstaatsanwalts wurde von unbekannten Tätern ein Sprengstoffanschlag verübt. Menschen kamen nicht zu Schaden.

Walfang: Die Internationale Walfangkommission aus 38 Mitgliedsnationen senkte die Quote *für die kommende Saison* um 2000 auf 10 000. – Die sieben „Greenpeace"-Protestierer, die in Sibirien sowjetische Walverwertungsmethoden untersuchen wollten, wurden aus sowjetischer Haft entlassen.

Wetter: Nach Gewittern zu Wochenbeginn bleibt es sommerlich warm. Temperaturen unter 30 Grad. Italien und Südfrankreich melden Hitzerekorde mit mehr als 40 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Strauß und Honecker betonen die „Nützlichkeit des Dialogs"

Treffen im Jagdschloß Hubertusstock / SED-Chef warnt vor Nachrüstung

dpa/DW. **Werbellinsee**

Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker hat den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß gestern mittag im Jagdschloß Hubertusstock am Werbellinsee nördlich Berlins zu einem Essen und einem anschließenden ausführlichen politischen Meinungsaustausch empfangen. Nach einer Meldung der „DDR"-Nachrichtenagentur ADN ist dabei von beiden Politikern „trotz unterschiedlicher Auffassungen zu bestimmten Problemen" die Nützlichkeit des politischen Ost-West-Dialogs gerade in einer komplizierten Weltlage unterstrichen worden.

Der bayerische Ministerpräsident, der maßgeblich am Zustandekommen der Bonner Milliarden-Bürgschaft für die „DDR" beteiligt war, kam aus Polen in die „DDR". Gegen zwölf Uhr erreichte er nach Angaben eines „DDR"-Sprechers das Jagdschloß in der Schorfheide, in dem Honecker Ende 1981 auch den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt und im Mai 1983 den Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel empfangen hatte.

Das Treffen mit Honecker war bis zum Schluß streng geheimgehalten worden. Alle westlichen Pressevertreter mit Ausnahme des dpa-Korrespondenten in der „DDR", von Vertretern der beiden Fernsehanstalten ARD und ZDF sowie eines Teams der „Bild"-Zeitung aus München waren von der Berichterstattung ausgeschlossen. Ein Sprecher des „DDR"-Außenministeriums verweigerte jede Auskunft darüber, wer diese Anordnung getroffen hatte.

Nach einer ADN-Meldung „behandelten die Gesprächspartner vorrangig Aspekte der Sicherung des Friedens und der Verantwortung beider Staaten für die Abwendung der Gefahr eines Nuklearkrieges. Dabei nahm die weitere Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD breiten Raum ein. Erich Honecker wies darauf hin, daß eine Stationierung neuer USA-Raketen mittlerer Reichweite auf dem Territorium der BRD sich nicht nur für die Interessen der BRD, sondern auch für die bilateralen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD negativ auswirken kann."

Wie die Nachrichtenagentur AP Augenzeugen zitiert, habe das Treffen zwischen Strauß und Honecker „in gelöster Atmosphäre" begonnen. Die Politiker hätten sich einige Minuten lang lachend und scherzend vor den Kameras unterhalten. Strauß habe zu Honecker gesagt, daß ihm die „herrliche Landschaft" auf der Fahrt zum Werbellinsee gefallen habe. Beide Politiker hätten sich auf Wunsch der Fotografen mehrmals die Hände geschüttelt, und Strauß habe, auf die Kameras zeigend, bemerkt, daß es in der Bundeswehr bereits mehr Kameras als Gewehre gebe. Honecker habe dies mit den Worten beantwortet: „Kameras sind auch viel friedlicher."

Noch vor zwei Monaten hatte das SED-Organ „Neues Deutschland" Strauß als „Scharfmacher" bezeichnet, für den das Wort „Kontinuität" dieselbe Wirkung habe „wie für den Stier das rote Tuch". Er hasse die „DDR wie der Teufel das Weihwasser".

Warschauer Lob für Strauß-Worte

Als „politischer Tourist" Eindruck gewonnen, „als wäre die Lage in Polen konsolidiert"

AP/AFP, **Warschau/Bonn**

Das polnische Parteiorgan „Trybuna Ludu" hat die größer gewordene „Differenzierung" im Westen in der Einschätzung der Lage in Polen hervorgehoben. Beispielhaft dafür seien die Reaktionen auf die Aufhebung des Kriegsrechts: Während der französische Außenminister Claude Cheysson „Vorbehalte" geltend gemacht habe, habe der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß während seines Besuchs im Lande in einer „eindeutig positiven Erklärung" von einem „Schritt in die richtige Richtung" gesprochen und sich gegen eine „Entstellung" der Lage gewandt.

Strauß hatte in einem von der amtlichen polnischen Nachrichtenagentur PAP verbreiteten Interview des polnischen Rundfunks versichert, daß er als „politischer Tourist" den Eindruck gewonnen habe, „als wäre die Lage in Polen konsolidiert. Aber ich habe auch Angst um die Zukunft des Landes und seiner Bevölkerung registriert". Nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland werde er „ein wahres Bild dessen geben, was ich gesehen habe". Dieses Bild werde weder geschönt noch geschwärzt sein.

Strauß sagte weiter, die Lage in Polen sei ganz offensichtlich besser, als sie in manchen Berichten dargestellt werde. Es gebe nach der Aufhebung des Kriegsrechts im Westen „die Hoffnung, daß auf den ersten Schritt in die richtige Richtung weitere folgen. Wir im Westen sollten auch dazu beitragen, ohne all dies, was geschehen ist oder geschieht, rechtfertigen zu wollen." *Die Bevölkerung in Polen* wolle „Brot, Frieden und Freiheit".

Er wisse, sagte der CSU-Vorsitzende, wie sehr die Wirtschaft und die Versorgung in Polen gelitten habe. Daher habe man in der Bundesrepublik Deutschland die Paketsendungen an die polnische Bevölkerung gestartet. „Ich denke jedoch, daß diese Aktion jetzt abgeschlossen werden sollte. Die polnische Nation kann keine Nation von Päckchenempfängern werden – das beeinträchtigt ihre Würde und ist zur Zeit nicht mehr nötig." Als „offensichtliche Lüge" bezeichnete der bayerische Ministerpräsident Berichte, in denen das Land im Chaos dargestellt werde, in dem „hungrige Leute hoffnungslos herumirren".

SEITE 2:
Staatsschiff im Nebel

Strauß war während seines Privat-Besuchs in Warschau unter anderem mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski und Außenminister Olszowski zusammengetroffen. Am Freitag hatte er außerdem dem Primas der katholischen Kirche, Jozef Kardinal Glemp, an dessen Urlaubsort an den Masurischen Seen einen Besuch abgestattet.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt in Bonn, Alois Mertes, erwartet, daß sich der Besuch von Strauß im Ostblock als wichtiger Beitrag zur Geschlossenheit und Kontinuität der Deutschland- und Außenpolitik der Bundesregierung erweisen werde. Gegenüber der „Bild am Sonntag" erklärte Mertes, *die „hochentwickelte Beweglichkeit"* von Strauß sei „das Gegenteil des Bildes vom tumben, kalten Krieger, der nur starre Prinzipien kenne, nicht aber die Wirklichkeit".

Der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, hat im Zusammenhang mit der Freilassung der ersten *Häftlinge in Polen die* Amnestie zwar grundsätzlich begrüßt, zugleich aber betont, daß von einer Liberalisierung und Demokratisierung keine Rede sein könnte. „Nur eine Generalamnestie hätte die Zweifel an dem ehrlichen Willen der Regierung zum politischen Dialog und zur Aussöhnung mit der Gewerkschaft zerstreut."

Genscher: Noch reale Chancen in Genf

Kohl und Dregger greifen Modell des „Waldspaziergangs" auf / Wörner reserviert

DW. **Bonn**

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ist überzeugt, daß der „tote Punkt" bei den Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen in Genf überwunden werden kann. Voraussetzung sei aber, daß alle Beteiligten mit Flexibilität und Kompromißbereitschaft handelten, sagte Genscher gestern zu Beginn zweitägiger Gespräche mit dem jugoslawischen Außenminister Lazar Mojsov in Bischofsgrün im Fichtelgebirge. Die Bonner Regierung werde auf konkrete Verhandlungsergebnisse in Genf hinwirken. „Noch sind reale Chancen dafür gegeben", sagte Genscher.

Als „verbissen" und nachteilig für den Westen bezeichnete Bundesverteidigungsminister Manfred *Wörner die von* Genscher wieder in Gang gebrachte Diskussion um das sogenannte Modell „Waldspaziergang". In einem Interview der „Washington Post" sagte Wörner, die Konzentration auf diesen Kompromiß führe in die Irre und sei „nur dazu angetan, die westliche Verhandlungsposition zu schwächen". Das Modell „Waldspaziergang" sah nur eine Stationierung von Marschflugkörpern, nicht aber der von Moskau besonders gefürchteten Pershing-2-Raketen vor. Es war von den Chefunterhändlern der USA und der UdSSR in Genf zur Debatte gestellt, von den Regierungen in Washington und Moskau aber nicht gebilligt worden.

In einem Interview der amerikanischen Fernsehanstalt NBC äußerte aber auch Wörner die Auffassung, daß ein Kompromiß in Genf immer noch möglich sei. „Ich sehe noch eine Chance, keine sehr große, aber eine Chance, daß wir einen Kompromiß erreichen – aber nur unter der Bedingung, daß wir die nötige Entschlossenheit zeigen."

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Überlegungen bekräftigt, daß der Westen bei der Sondierung der Möglichkeiten für eine Vereinbarung über die Begrenzung von Mittelstreckenraketen in Europa auch auf das „Waldspaziergang"-Modell zurückkommen muß. In einem Fernseh-Interview schränkte Kohl allerdings ein, er wisse nicht, ob dieser Weg Erfolg verspreche.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-*Bundestagsfraktion*, Alfred Dregger, hält eine Einigung in Genf für möglich, wenn beide Seiten sich auf die Stationierung von je 75 Mittelstreckenraketen verständigen und der Westen dabei nicht auf die Pershing 2 verzichtet. Gegenüber dem Sender Freies Berlin meinte Dregger, das „Waldspaziergang"-Modell könnte eine „tragfähige Kompromißgrundlage" sein. Ein Verzicht auf den „Waffenmix" halte er jedoch nicht für möglich. Die sowjetischen SS-20-Raketen besäßen eine höhere waffentechnische Qualität als die Marschflugkörper der USA.

Demgegenüber meinte der außenpolitische Sprecher der Bonner SPD-Fraktion, Karsten Voigt, das Beharren auf den „Waffenmix" von Marschflugkörpern und Pershing innerhalb dieses Modells sei „unseriös". Der Verzicht auf Pershing 2 sei der auch von der SPD immer wieder unterstützte Kernpunkt des „Waldspaziergang"-Kompromisses. Er sagte, der Kurs der Bonner Koalition in der Frage der Mittelstreckenwaffen werde „zunehmend widersprüchlicher und unklarer".

Front gegen Amin Gemayel gebildet

Syrien schickt seine Drusen nach Libanon / Reagan ersetzt Habib durch McFarlane

AP/AFP/PMR. **Beirut/Washington**

Drei führende libanesische Oppositionspolitiker haben am Wochenende ein prosyrisches Bündnis gegen den christlichen Staatspräsidenten Amin Gemayel geschlossen. Vorsitzender des dreiköpfigen Präsidialrates der „Nationalen Front der Errettung" ist der maronitisch-christliche ehemalige Staatspräsident Suleiman Frand*schieh. Die beiden anderen Mit*glieder sind der sunnitisch-mohammedanische ehemalige Ministerpräsident Raschid Karame und der sozialistische Politiker Walid Dschumblatt.

Im syrisch besetzten Baalbek verkündete Dschumblatt die Proklamation dieser Front. Ihre Aufgabe sei es, in den „befreiten Gebieten" – gemeint sind offenbar die syrisch besetzten Gebiete im Norden und im Osten Libanons – die Verwaltung zu organisieren, gegen die israelische Besetzung zu kämpfen und der christlichen Falange-Partei Gemayels Widerstand zu leisten.

Dschumblatt kündigte an, daß seine drusischen Milizen gegen die libanesische Armee oder die multinationale Friedenstruppe kämpfen würden, falls diese nach Abzug der israelischen Truppen in die Schuf-Berge einrücken sollten. Nach fast 24stündiger Feuerpause kam es dort am Samstag zu neuen Artille*riegefechten zwischen christlichen* und drusischen Milizen.

Wie die libanesische Armee feststellte, hat Syrien Soldaten drusischer Abstammung in die Schuf-Berge entsandt. Die syrischen Drusen tragen die Uniformen der Dschumblatt-Milizen, die inzwischen rund tausend Mann zählen. Nach Auffassung politischer Beobachter bedeutet *die* syrische Verstärkung für die Dschumblatt-Drusen, daß die libanesische Armee beim geplanten Vorrücken in das Schuf-Gebirge auf Widerstand stoßen wird und daß sich die Syrer zum Nachrücken in die von israeli*schen Truppen geräumten Gebiete* vorbereiten. In diesem Fall könnte der bisherige Bürgerkrieg zu einem syrisch-libanesischen Konflikt werden, in den israelische und syrische Truppen sowie die internationale Friedenstruppe hineingezogen werden könnten.

US-Präsident Reagan hat den bisherigen Nahost-Sonderbeauftragen Philip Habib durch den stellvertretenden Sicherheitsberater Robert McFarlane ersetzt, der bereits in zehn Tagen den Nahen Osten bereisen soll. Reigierungskreise erklärten, entscheidender Faktor für Habibs Ablösung sei die Weigerung der syrischen Regierung gewesen, Habib zu empfangen.

Der französische Außenminister Choysson traf gestern bei Tunis mit PLO-Chef Arafat zusammen.

Seite 2: Im Gespräch, McFarlane
Seite 3: Haß regiert

DER KOMMENTAR

Kermit auf Reisen

HEINZ BARTH

Der Kanzler urlaubt nahe dem „Weißen Rößl" am Wolfgangsee. Wir sind nicht sicher, ob wir den Zeitpunkt für diese sommerliche Rast glücklich gewählt nennen sollen. Denn inzwischen treibt einen anderen Sommerurlauber sommerliche Unrast um. *Der Ostland-Reiter Franz Jo*sef Strauß schwang sich aufs „Rote Rößl" am Werbellinsee. Auch hier wieder zögern wir, den Ort für diesen zwar „privaten", aber doch ostpolitischen Querfeldein-Ritt glücklich gewählt zu nennen.

Dem Vernehmen nach scheute der gewichtige Reiter vor der Hürde von Hubertusstock und -stein, die vor ihm Helmut Schmidt und Hans Jochen Vogel ungehemmter als er genommen hatten. Unbegreifliche Scheu. Denn so wir richtig gerechnet haben, folgt Franz Josef Strauß nun schon seit mindestens vierzehn Tagen konstant den Hufspuren seiner sozialistischen Vorreiter.

So hat es wohl seine Logik, daß Staatsrats-Vorsitzender Erich Honecker seinem Gast, den er kürzlich noch im „Neuen Deutschland" als Scharfmacher anrempeln ließ, die Scheu vor dem Werbellinsee ausreden konnte. Das bringt keine neue Milliarde ins Rollen. Das fällt „nur" unter das Kapitel „atmosphärische Vorleistungen", auf die Strauß bisher so allergisch reagierte, wie es seinen sensiblen Umgangsformen schon immer entsprach.

Doch die Frage muß erlaubt sein, wer nun eigentlich die Politik der Bundesregierung bestimmt, während der Kanzler fern von Bonn die würzige Luft des *Salzkammergutes* genießt und sich sein Außenminister auf permanenter Tournee um den Globus befindet.

Auch eine weitere Frage bedarf dringend der Antwort, nämlich was die Deutschlandpolitik dieser Regierung noch von der ihrer Vorgängerin unterscheidet. Es muß die Mehrheit, die am 6. März für Kohl gestimmt hat, nachhaltig verunsichern, wenn er jetzt eine Politik zuläßt, die er vor der Wahl in Grund und Boden verdammte. Da liegt der Verdacht nicht mehr fern, daß er den sozialliberalen Kurs für *nachahmenswerter hielt, als er* vorgab.

Das ist ein verwegenes Spiel mit dem Vertrauen, das die Mehrheit in Helmut Kohl setzte. In einem Augenblick, in dem die deutsche Außenpolitik zu zerfasern droht, gehört der Kanzler eigentlich nach Bonn. Sie sollte nicht der Privatinitiative eines eigenwilligen Mannes überlassen werden, der uns an Kermit, den klugen Frosch, erinnerte, als er dieser Tage in einem absonderlich grünen Gewand durch Polens Städte spazierte.

EG-Minister beraten über Stahlquoten

GISELA REINERS, **Bonn**

Der „Europäische Stahlrat", die Konferenz der Wirtschafts- und Industrieminister der EG, entscheidet heute in Brüssel darüber, ob das geltende Quotensystem für die Stahlproduzenten der EG-Länder möglicherweise bis Ende 1985 verlängert wird. Gestern hatten sich die Mitglieder der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl und anderer Montanbetriebe mit Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) getroffen, um die Gespräche in Brüssel vorzubereiten. Der Wirtschaftsminister hatte seine Reise nach Südostasien verkürzt und war einen Tag früher nach Bonn zurückgekehrt.

In Gesprächen in kleinen Gruppen, zeitweise ohne den Minister, hatten die Mitglieder der Wirtschaftsvereinigung übereinstimmend den Klöckner-Werken in Bremen, die ihre Produktionsquote überschritten hatten, das Angebot gemacht, die Produktionsquote aufstocken zu dürfen. Klöckner hat das Angebot zwar angenommen, aber als „nicht ausreichend" bezeichnet. Da die dazugewonnene Menge noch nicht für das Unternehmenskonzept ausreiche, wolle man sich auch auf andere Weise um zusätzliche Mengen bemühen. Über eine etwaige Rückkehr in die Wirtschaftsvereinigung wurde keine Erklärung abgegeben.

Der Wirtschaftsminister wird also heute in Brüssel nicht mit einer einheitlichen Meinung der deutschen Stahlindustrie aufwarten können. Dennoch hofft man, den deutschen Anteil an der EG-Stahlproduktion von 31,7 Prozent, den man für „fair" hält, halten zu können. Widerstand *könnte* von Frankreich und Italien kommen.

Auch in Ankara Bedenken gegen Freizügigkeit?

E. N./DW. **Bonn**

In Bonn ist mit Interesse vermerkt worden, daß kein türkischer Politiker bei den Gesprächen mit Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann in Ankara das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft (EG) und Ankara angesprochen hat. Es war im September 1963 geschlossen worden und wurde lange Zeit dahingehend interpretiert, daß türkischen Arbeitnehmern von 1986 an völlige Freizügigkeit innerhalb der Mitgliedstaaten der EG einräume.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte allerdings schon vor längerer Zeit gegen diese Interpretation des *Assoziierungsabkommens* einen Rechtsvorbehalt eingelegt. Darin wurde dargelegt, das Abkommen beinhalte keine uneingeschränkte Übernahme der innerhalb der EG gültigen Freizügigkeitsregelungen.

Im übrigen wird die Anwesenheit von 1,7 Millionen Türken in der Bundesrepublik Deutschland, darunter jetzt 120 000 Arbeitslosen, von deutscher Seite als eine Situation bezeichnet, die bei Abschluß des Abkommens noch nicht gegeben gewesen sei; es liege jetzt also eine veränderte Geschäftsgrundlage vor.

Daß die Türkei gleichwohl beim Besuch Zimmermanns diese Thematik nicht angeschnitten hat, wird in Bonn als Hinweis darauf gedeutet, daß auch die Türkei ihre Position im Hinblick auf diesen Punkt des Assoziierungsabkommens überdenkt. Dabei könnte auch eine Rolle spielen, daß die Türkei fürchtet, griechische Arbeitnehmer könnten die dann auch ihnen zustehende Freizügigkeit dazu *nutzen, in der Türkei zu* arbeiten.

Offensive gegen Kurden. Iran dringt in Irak ein

Grenzgebiet im Norden umkämpft / Hohe Verluste gemeldet

rtr/AP, **Teheran**

Mit einer neuen Offensive sind am Wochenende iranische Streitkräfte im Norden des Irans auf irakisches Gebiet vorgedrungen. In heftigen Land- und Luftgefechten sollen bisher mehr als 3600 irakische Soldaten getötet worden sein, hat das iranische Oberkommando über Radio Teheran gemeldet. Der Irak bezifferte die iranischen Verluste mit 600 Mann.

Ziel der Operation, der eine dreitägige „Säuberungsoperation" gegen kurdische Rebellen auf der iranischen Seite der Grenze vorausgegangen war, sei die Einnahme einer irakischen Kommandozentrale und eines kurdischen Stützpunktes gewesen, um die kurdischen Rebellen vom Waffennachschub abzuschneiden. Dies meldete die Teheraner Nachrichtenagentur IRNA. Die iranischen Kampfverbände hätten ferner den Auftrag gehabt, eine durch das Gebirge führende Fernstraße zu blockieren. Die Straße ist in dem Bergland der einzige Verbindungsweg beider Länder und wird von Rebellen, die gegen die Regierung in Teheran für die kurdische Autonomie kämpfen, als Nachschubweg benutzt.

Nach Darstellung Teherans sollen die iranischen Truppen inzwischen mehr als 20 Stellungen und Ortschaften eingenommen haben. Darunter sei auch die irakische Kommandozentrale bei Hadsch Omran, die nach stundenlangen Gefechten erobert worden sei. In einem Kommuniqué wird die Einnahme eines 2375 Meter hohen Berges besonders hervorgehoben, von dem aus irakische Artillerie auf iranische Städte geschossen habe.

Radio Bagdad meldete, daß der irakische Präsident Saddam Hussein nach Beginn der Offensive die Front inspiziert habe. Ein danach in Bagdad veröffentlichtes Kommuniqué des Oberkommandos der irakischen Streitkräfte ging nicht direkt auf die Erfolgsmeldungen der iranischen Seite ein. In ihm war lediglich von schweren Kämpfen mit iranischen Truppen die Rede. Die im Grenzgebiet lebenden Kurden nähmen auf beiden Seiten der Grenze an den Kämpfen teil, hieß es in dem Kommuniqué.

Bei den Kämpfen in der insgesamt 200 Quadratkilometer großen Gebirgsgegend handelt es sich um die erste größere Kampfhandlung seit April. Der Golfkrieg dauert mittlerweile drei Jahre.


DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Syriens Ziele

Von Peter M. Ranke

Ohne greifbare Ergebnisse und daher unglücklich kehrt heute der libanesische Präsident Amin Gemayel aus Washington zurück. Er hat im Grunde nur erfahren, daß die Amerikaner keinen Weg wissen, wie man die über 40 000 syrischen Soldaten aus dem malträtierten Libanon hinauskomplimentieren kann.

Die schnelle Opferung von Philip Habib, der in Damaskus unerwünscht ist, durch die Reagan-Administration konnte Gemayel nicht überzeugen, daß Washington die syrische Politik realistisch einschätzt. Da es aus Rücksicht auf Syrien bisher auch kein kritisches Echo in Washington gegenüber dem Raketen-Hagel der syrischen Truppen und ihrer befreundeten Milizen auf Beirut, den Hafen, den Flugplatz, Militärlager und die christlichen Wohnviertel und Städte an der Küste gibt, obwohl Dutzende von Toten zu beklagen sind, riß dem libanesischen Präsidenten in Washington der Geduldsfaden: Er verurteilte scharf den Terror der Syrer, deren Bomben auf Damaskus zurückfallen würden.

In der Tat ist es unbegreiflich, daß viele westliche Regierungen und Diplomaten so tun, als handele es sich bei der nun schon zwei Monate dauernden Bombardierung Beiruts und der Küste durch die Syrer und ihre Milizen lediglich um „Fehlschüsse" der im Bergland kämpfenden Drusen und Christen.

Mitten im Frieden wird die Bevölkerung gnadenlos unter Feuer genommen. So machten es die Syrer schon auf den Golan-Höhen, ehe sie dort von den Israelis vertrieben wurden, und in den Jahren 1978 und 1981 vor Beirut: Terror, Rache, Einschüchterung. Am Samstag haben sie dem Bomben-Terror und dem Krieg im Shouf auch ein politisches Ziel gegeben. Ihre Satelliten Dschumblatt, Kerame und Frandschieh, der die Truppen 1976 ins Land ließ, sollen gegen Amin Gemayel, die Regierung, die Armee und die Bevölkerung um die „nationale Einheit" kämpfen – die Einheit mit Syrien. Es gibt also eine Gegenregierung. Hinter ihr steht Syrien mit der Absicht, Libanon endgültig zu teilen und zu unterjochen.

Neue Lage, alte Klage

Von Günther Bading

Die Bundesregierung unternehme nichts gegen die Arbeitslosigkeit; aber sie bekämpfe die Interessen der Arbeitnehmer. So urteilt der DGB-Vorsitzende Ernst Breit über die Bemühungen des Kanzlers und seiner Mannschaft, das in den Jahren liberal-sozialistischer Regierungszeit fest auf den Sand gesetzte Wirtschaftsschiff wieder flottzubekommen.

Der Vorwurf ähnelt sehr den Anklagen gegen die SPD-geführte Regierung anno 1982. Vor Jahresfrist bereiteten die Gewerkschaften Demonstrationen gegen den von der damaligen Regierung angeblich betriebenen Sozialabbau, gegen das rücksichtslose Übergehen der Arbeitnehmerinteressen, gegen mangelnde Initiativen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor.

Zwischenzeitlich aber hat sich etwas ereignet, das auch Breit nicht übersehen kann. Die Regierung hat nicht nur durch Entscheid des Parlaments gewechselt. Die Mehrheit der Wähler – und wer ist das, wenn nicht „die" Arbeitnehmer! – hat die jetzt inkriminierte Politik gutgeheißen. Sie hat Kanzler Kohl das Vertrauen für genau diese Politik ausgesprochen, die sich nach Ansicht des DGB-Vorsitzenden gegen ihre eigenen Interessen richtet.

Seit Jahren, eigentlich schon seit 1977, fordert der DGB Initiativen gegen die Massenarbeitslosigkeit; 1981 hat er sein 50-Milliarden-Programm vorgelegt, mit dem wieder neue Beschäftigung geschaffen werden soll. Es verfing bei den Sozialdemokraten nicht, solange diese regierten. Erst in der Opposition – also fern der Verantwortung – tritt man dem Gedanken jetzt wieder näher.

Auch die Regierung Kohl wird das DGB-Programm nicht übernehmen. Sie setzt auf ihre guten Erfahrungen mit einer florierenden, weil ertragbringenden Wirtschaft. Was immer seine Funktionäre ihm zuflüstern, Ernst Breit sollte erkennen, daß „die Arbeitnehmer" genau diesen Weg gewollt haben. Eben weil dieser Weg ihren Interessen dient, und nicht umgekehrt.

Hinter Marx zurück

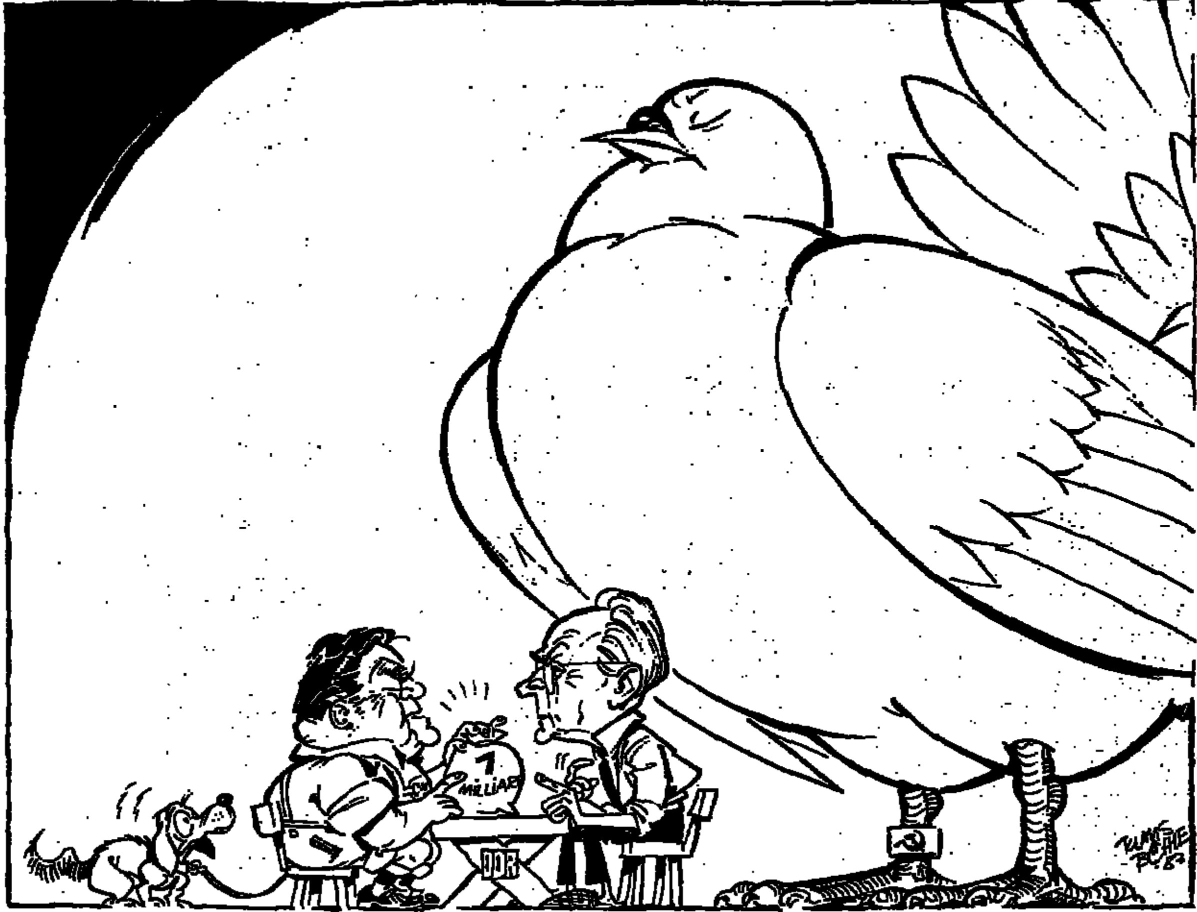
Von Carl Gustaf Ströhm

Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Historismus. So könnte man die berühmten Eingangsworte aus Marxens „Kommunistischem Manifest" paraphrasieren, wenn man sich heute in den kommunistischen Ländern des alten Kontinents umschaut. Überall, ob in Rußland oder den einstigen baltischen Republiken, ob in Ungarn oder Jugoslawien, entdecken die Menschen ihre Vergangenheit.

In den Moskauer Buchhandlungen sind Bild- und Textbände über das alte Rußland, über Ikonen, Zaren und Zwiebeltürme gefragt wie nie zuvor. In Polen erntete der Papst ein gewaltiges Echo, als er König Johann Sobieski und das Jahr 1683 beschwor, als das polnische Heer die Türken an der Eroberung Wiens hinderte und damit das christliche Europa rettete. In Mitteldeutschland wird Martin Luther gefeiert, in den Balkanländern sucht man nach den Spuren einstiger nationaler Herrlichkeit aus den Zeiten vor dem Osmanensturm.

Was bewegt die Menschen im Zeichen einer die Vergangenheit verachtenden, allein auf die Zukunft gerichteten Ideologie, sich plötzlich der Vergangenheit zuzuwenden?

Der bedeutendste zeitgenössische Schriftsteller Jugoslawiens, Dobrica Cosic, der selber einst glühender Kommunist, Partisan, politischer Kommissar und ZK-Miglied war, gab eine prägnante Antwort, als er bei einem Besuch in Wien vor dem Stephansdom die Hoch- und Deutschmeisterkapelle in ihren alten kaiserlichen Uniformen aufspielen sah: „Die Lüge und der Selbstbetrug, denen wir in jungen Jahren zum Opfer gefallen sind, war der Mythos von der unbegrenzten Zukunft. In Wirklichkeit ist die Zukunft dunkel und ungewiß. Das einzige, worüber wir als Einzelpersonen wie als Nationen sicher verfügen, ist unsere Vergangenheit und folglich die Geschichte. Sie ist das einzige Gut, das uns niemand wegnehmen kann."



„Brauchen S' noch mehr Friedensfutter?" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Staatsschiff im Nebel

Von Enno v. Loewenstern

Strauß nach Gesprächen in Polen nun in der „DDR" – das ist nicht unwichtig. Beweist es doch wieder einmal, daß die Kommunisten mit jedem reden, den sie eben noch geschmäht haben. Es ist aber auch nicht wichtig. Denn nicht wir haben der anderen Seite zu beweisen, daß unsere Politiker friedliebend und vertrauenswürdig sind. Schon gar nicht, falls das Eintrittsgeld eine Milliarde DM betragen haben sollte.

Doch hat uns Strauß belehrt, daß diese Milliarde erstens keine Bürgschaft, sondern praktisch nur ein Vorschuß war, und daß sie zweitens, dennoch, mancherlei menschliche Erleichterungen bewirkt habe. Man neigte also erst einmal dazu, Straußens einstigen Hohn auf eine „Politik der Vorleistungen" zu vergessen und anzunehmen, daß eine Regierung, die nicht à la Bahr und Schmidt, sondern à la Stärke und Vernunft verfährt, à la longue auch aus einem Vorschuß entsprechende Gegenleistungen herausschlägt.

Doch sind eben diese Stärke und Vernunft ins Zwielicht geraten. Strauß selbst trug kräftig dazu bei. Er beschrieb die polnische Kriegsrecht-zu-Notstandsrecht-Farce als „Schritt in die richtige Richtung". Er sah eine „Konsolidierung" in Polen und wies den Ausdruck „Chaos" energisch zurück. Er empfahl, die Paketsendungen nach Polen einzustellen, weil sie „unwürdig" seien.

Derartige Töne hört man im freien Deutschland noch nicht einmal von Bahr, sondern allenfalls von der Gräfin Dönhoff. Da ist jener Genscher noch skeptischer, den Strauß jüngst noch wegen „Kontinuitäts"-Verdachts aus dem Amt drängen wollte. Wenn hier schon von Würdelosigkeit die Rede sein muß, dann jedenfalls nicht im Zusammenhang mit den Polen. Mal sehen, wie Strauß diesmal erklärt, was in ihn gefahren ist. Daß die polnische Presse den Christkonservativen Strauß als vorbildlich gegenüber dem skeptischen Sozialisten Cheysson lobt, hebt die Peinlichkeit ins Uferlose.

Doch Genscher seinerseits hat gerade alle Befürchtungen hinsichtlich seiner Kompetenz durch absurde Spekulationen über den „Waldspaziergang" neu belebt. Er hat dann freilich nach den ersten scharfen Reaktionen beteuert, es sei ihm keinesfalls um den „Waffenmix" gegangen, sondern allein darum, die Sowjets daran zu erinnern, daß damals die britischen und französischen Raketen ausgeklammert wurden. Eine Ausrede, die ihm niemand abnimmt, denn Genscher sprach ausdrücklich vom „Ergebnis". Das Ergebnis aber war, daß im Osten Raketen, im Westen aber nur die viel weniger effektiven Cruise Missiles aufgestellt werden sollten.

Unter diesen Umständen erwartete man von Kohl die Klarstellung, daß

– entweder Genscher unautorisiert geredet habe und er ihn hiermit nachdrücklich desavouiere, oder

– daß Bonn tatsächlich zum Verzicht auf die Pershing 2 bereit sei, daß dies aber aus bestimmten Gründen kein Risiko für uns sei.

Bisher nämlich hat uns aller militärischer Sachverstand vom Pentagon bis zur Hardthöhe gesagt, daß die Pershing 2 im Angesicht der SS 20 für unsere Sicherheit und für die Abschreckung unverzichtbar sei; es sei denn, Moskau reduziere die Zahl seiner SS 20 auf null oder praktisch wie null. Doch hat uns Strauß, wenn auch spät, mit seiner Vorschuß-statt-Bürgschaft-Erklärung erfreut; so wartet man ab, ob die Bundesregierung auch eine neue Deutung zu den Cruise Missiles bereit hat.

Kohl aber hat nur zusätzliche Unklarheit gestiftet. Er und Wörner haben den „Waffenmix" zwar in höchstem F-Dur gepriesen, „falls es in Genf zu keiner Einigung kommen sollte". Keiner von beiden aber hat klipp und klar „Null oder Pershing" gesagt (Dreggers Worte können so verstanden werden, aber er ist nicht zuständig genug). Und niemand hat, andererseits, die Pershing als verzichtbar nachgewiesen, schon gar nicht die Amerikaner. Die sind ohnehin viel weiter mit neuen Vorschlägen in Genf (Angebot an Moskau, bei Parität die Sprengkopfzahl beliebig festzusetzen). Die ersten fahlen Signale der Irritation zucken über den Atlantik.



Wörner in Washington: Signale der Irritation FOTO: WEREK

Wenn Kohl nicht bald für klare Verhältnisse sorgt, kann ihn und uns alle das teuer zu stehen kommen. Er hat nun einmal leider nicht die Eloquenz, die ihm und seiner Regierung aufgegebene Wende zur Vernunft so mitreißend zu erklären, wie Brandt seinerzeit die Wende zum Reform-Unfug zu inszenieren verstand. Wenn, dann hat Kohl bisher durch Festigkeit und Klarheit des Kurses überzeugt. Wenn er dieses Kapital verspielt, verspielt er seine Geschäftsgrundlage. Im Augenblick macht seine Regierung einen schwachen Eindruck, der zu Pressionen einlädt. Falls Kohl kein schwacher Mann ist, und das ist dringend zu hoffen, so ist er im Augenblick ein außerordentlich schlecht beratener Mann. Und Strauß mit seinem derzeitigen Anfall von Wandel durch Anbiederung ist offensichtlich nicht das geeignete Gegengewicht zur Wiederherstellung der Vernunft.

IM GESPRÄCH Robert McFarlane

Nahost im Weißen Haus

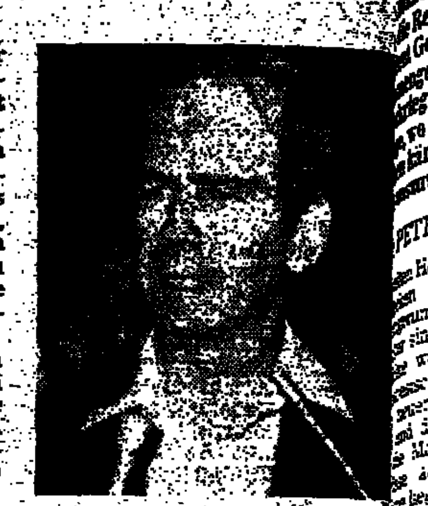
Von Dietrich Schulz

Robert Carl McFarlane heißt der neue amerikanische Sonderbotschafter für Nahost. Er löst Philip Habib ab, der nach achtmonatiger Tätigkeit auf eigenen Wunsch ins Privatleben zurückkehrt. Präsident Reagan gab das Revirement am Freitag bekannt, nachdem er vom libanesischen Staatspräsidenten Gemayel einen Augenzeugenbericht über die ziemlich verzweifelte Lage in Libanon erhalten hatte.

Der 45jährige McFarlane wird seine erste Nahost-Mission in etwa zehn Tagen antreten. Ziel der Reise wird es sein, auch Syrien wieder in die Bemühungen um eine Friedenslösung einzubeziehen. Habib war dazu nicht mehr in der Lage, da Syriens Präsident Assad es abgelehnt hatte, ihn zu empfangen. Washington hofft nun, daß McFarlane in Damaskus eine bessere Aufnahme finden wird, als es seinem Vorgänger beschieden war.

McFarlane wird auch während der Vermittlertätigkeit im Nahen Osten seinen Posten als Stellvertreter des Sicherheitsberaters Präsident Reagans, Clark, beibehalten. Dieses Amt hat McFarlane seit Januar 1982 inne. Clark, ein persönlicher Vertrauter Präsident Reagans seit vielen Jahren, hatte ihn aus dem State Department mitgenommen, nachdem er selbst den Posten des stellvertretenden Außenministers mit dem des Sicherheitsberaters im Weißen Haus vertauscht hatte.

Der neue Nahost-Unterhändler kommt aus dem Militär. Er diente bis 1979 in der Marineinfanterie, zuletzt mit dem Rang eines Obersten. Schon während seiner aktiven Militärzeit hatte McFarlane verschiedene Funktionen innerhalb der Regierung inne. In den frühen siebziger Jahren arbeitete er im Stab Henry Kissingers im



Nahostbeauftragter und Clark Stellvertreter: McFarlane FOTO: DP

Nationalen Sicherheitsrat, späte im Stab des Kissinger-Nachfolger Brent Scowcroft. In der Zeit de „Pendel-Diplomatie" Kissinger erwarb McFarlane auch die erste Erfahrungen im Nahen Osten.

McFarlanes Ernennung zum Nahost-Sonderbotschafter mach unter anderem deutlich, welch Bedeutung das Weiße Haus eine Lösung des Nahost-Konflikts be mißt. Praktisch hat das Weiß Haus, in Gestalt des Sicherheitsbe raters William Clark, jetzt die Ve antwortung für die Vermittlungs bemühungen an sich gezogen. Bis her war dafür in erster Linie da Außenministerium zuständig. Ihm fühlte sich Habib auch deshalb ve bunden, weil er selbst dort einst a politischer Staatssekretär tät war.

Habib hatte schon vor Monate angedeutet, daß er den Regie rungsauftrag zurückgeben möchte Er wird künftig wieder eine Lehr tätigkeit an einer Universität i Kalifornien ausüben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE NEW YORK TIMES

Die Zeitung kommentiert die Aufhebung des Kriegsrechts in Polen:

Diese Gesetze sind schlimmer als die Kriegsrechts-Bestimmungen. Das war der Kommentar Lech Walesas über die neuen Gesetze, die das Kriegsrecht in Polen ersetzen. Er hat nicht übertrieben. Das Kriegsrecht war ein zeitlicher Ausweg. Die neue Gesetzgebung, die genau so repressiv ist, bleibt auf Dauer bestehen. Gewerkschaften können weiter aufgelöst werden, Demonstranten geschlagen und Dissidenten eingesperrt werden- ... Das einzige humane Element der neuen Bestimmungen ist eine bedingte Amnestie für mehrere hundert Personen, die das Kriegsrecht verletzt haben.

Frankfurter Rundschau

Unter dem Titel „Waldesrauschen" heißt es in der Zeitung zur Raketendiskussion:

So vorsichtige und allianztreue Politiker wie Kohl und Genscher werden sich auch nicht aus ihrer sonst so perfekten Deckung herausbegeben haben ohne die Gewißheit, daß sie nicht völlig allein Waldesluft schöpfen. Denn „Waldspaziergang", das heißt nun einmal Verzicht auf die Pershing II, es sei denn, auf einem neuen Spaziergang würde ein neuer Cocktail gemixt, mit ein paar wenigen Musterexemplaren der Pershing II, wegen des kräftigeren Geschmacks. Es sieht ganz so aus, als ob es nun an den Sowjets liegt, sich auch wieder in Bewegung zu setzen.

DER BUND

Zur Reise des CSU-Chefs in die „DDR" schreibt die in Bern erscheinende Tageszeitung

Für die DDR bringt eine Begegnung mit dem „kalten Krieger" Strauß keine großen Risiken. Es mag für die Führung von Vorteil sein, mit dem schärfsten Kritiker zu sprechen. Strauß selber begibt sich auf ein glattes Parkett. Bis vor kurzem hat er Honecker als „Marionette Moskaus" und als „Kriegstreiber" angeprangert. Ob Honekker gerade ihm Zugeständnisse machen könnte, ist mehr als frag lich. Wenn Strauß aber von eine solchen Begegnung ohne „konkre te Gegenleistung" heimkehren un nur das Gespräch als „Wert a sich" deklarieren müßte, so täte e genau das, was er der sozial-libera len Koalition dreizehn Jahre lan aufs erbittertste angekreidet hatte

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Ernsthafte Meinungsverschiedenheiten der Frage der Euro-Raketen sieht die Ze tung im Bonner Regierungslager:

Helmut Kohl scheint den „Kompromiß Nitze-Kwitzinskij" für ein mögliche Verhandlungsgrundlag zu halten, auch wenn er es vermeidet, ihn formell zu billigen. Er ei somit seinem Außenminister, der Liberalen Hans-Dietrich Genscher zu Hilfe, der sich ausdrücklich z gunsten dieses Kompromisses au gesprochen hatte. Gleichzeitig abe bringt er einen anderen seiner M nister, Manfred Wörner, der da Verteidigungsressort innehat, in e ne mißliche Lage, da dieser di Stationierung der Pershing als u erläßlich bezeichnet hatte. Dies mehr oder weniger widersprüchl chen Erklärungen der verschiede nen deutschen Persönlichkeiten bestätigen, daß in Bonn in der Fra ge der Euro-Raketen ernsthafte D vergenzen bestehen.

Neue Zürcher Zeitung

Zu dem Milliardenkredit an die „DDR" schreibt das Blatt:

Kohl und noch in höherem Gra de Franz Josef Strauß, der hier ein besonders aktive Rolle gespiel hat, haben mit diesem Geschäft ei doppeltes Risiko auf sich genom men. Sie haben sich selber in W derspruch zu ihrer erklärten Pol tik gesetzt, die einseitige Zug ständnisse an die DDR, eben de an der Vorgängerregierung so ä zend kritisierten Handel „Kassa ge gen Hoffnung", eigentlich nich mehr erlauben würde. Aus diese Widerspruch zwischen Worten un Taten ergibt sich ein Glaubwürdig keitsproblem, das Strauß sogar in seiner eigenen, auf Mannestreu eingeschworenen bayrischen Ge folgschaft erheblich zu schaffen macht.

Vorerst hat der Schwung wieder ein wenig nachgelassen

Die Wirtschaft muß mit vielen Belastungen fertigwerden / Von Heinz Pentzlin

Der Aufschwung in der Wirtschaft scheint in den letzten Monaten an Schwung verloren zu haben. Die Aufträge aus dem Inland wie aus dem Ausland nehmen schon seit April nicht mehr zu, und die Produktion weist seit Mai in weiten Bereichen keine Steigerung mehr auf. Schon ist von „Stagnation" die Rede; an der Börse hat die Aufwärtsbewegung auch einen Dämpfer erfahren.

Zur Zeit ist es sehr schwierig, die richtigen Maßstäbe zur Beurteilung der Lage und die Aussichten für die bevorstehende Entwicklung zu finden. Ohne Zweifel gibt es seit der Jahreswende starke Auftriebskräfte. Andererseits bestehen noch schwere Belastungen, die vor einer Übersteigerung der Hoffnungen warnen, wenn sie auch keinen Anlaß zu Pessimismus geben müssen.

Allzulange ist die deutsche Wirtschaft einer übermäßigen Belastung ausgesetzt. Seit im Herbst 1969 zum ersten Mal Gewerkschaften zweistellige Tariferhöhungen – um 12 bis 15 Prozent – durchsetzten, sind die Arbeitskosten der deutschen Industrie fortlaufend stärker gestiegen als die ihrer ausländischen Konkurrenten. Die jüngsten maßvolleren Tarifabschlüsse bringen nicht die erwarteten Erleichterungen, weil durch die gewachsenen Kosten für Renten und Krankenkassen die Lohnnebenkosten zunehmen, die mehr als ein Drittel der gesamten Arbeitskosten ausmachen.

Seit 1972 hat sich zudem die Steuerlast erheblich vergrößert. Weil dazu noch die Staatshaushalte – beim Bund wie den Ländern und Gemeinden – immer höhere Defizite aufwiesen, die mit Krediten gedeckt wurden, stiegen die Zinsen und damit die Kapitalkosten der Unternehmen. Ihr Eigenkapital schrumpfte immer mehr, so daß viele Unternehmen allzu anfällig gegenüber Ertragsschwankungen geworden sind. Das hat den [illegible] Umfang eines Unternehmensterbens gebracht, das auch gegenwärtig noch nicht beendet ist. Das Weiterrollen der Konkurswelle wird leider auch zur Belastung des Arbeitsmarktes beitragen.

Daß angesichts dieser Belastungen die Produktion des verarbeitenden Gewerbes der Bundesrepublik vom Januar bis zum April dieses Jahres um gut neun Prozent stieg, war ein konjunkturell ganz ungewöhnlicher Vorgang. Es war nur dem Zusammenwirken verschiedener sachlicher und psychologischer Vorgänge zu verdanken. Es ist wohl als unausweichlich anzusehen, daß sich danach eine Abschwächung bis zu einem zeitweiligen Stillstand der Aufwärtsbewegung einstellt.

Das besagt nicht, daß die Auftriebskräfte sich nicht bald wieder geltend machen werden. Vorausgesetzt, daß keine wirtschaftspolitischen Fehler gemacht werden, die sie abwürgen könnten. Vor allem muß unterbleiben, was – wie etwa falsch angesetzte Arbeitszeitverkürzungen – die Arbeitskosten wieder steigern könnte oder eine wirkungsvolle Steuerentlastung der Unternehmen länger aufhält. Ebenso wichtig ist die Verhinderung eines neuen Zinsauftriebs oder besser die Unterstützung weiterer Zinssenkungen.

Dank der Besserung der Leistungsbilanz braucht die Bundesrepublik keinen Kreditzufluß aus dem Ausland; sie ist insofern vom internationalen Zinsniveau unabhängig geworden. Soweit höhere Zinssätze auf Auslandsplätzen zu Geld- und Kapitalaufschub und damit zu einem Zinsauftrieb führen, sollte man nicht aus falsch verstandenem Liberalismus davor zurückschrecken, hier – wie andere Länder es in solchen Fällen praktizieren – Bremsen anzulegen.

Während des Konjunkturrückgangs haben viele Unternehmen Arbeitskräfte gehalten, für die keine volle Beschäftigungsmöglichkeit mehr bestand. Das ist einer der Hauptgründe dafür, daß die Produktionssteigerung in den ersten Monaten dieses Jahres keine entsprechenden Neueinstellungen gebracht hat und sie vielleicht auch in den nächsten Monaten noch nicht bringen wird. Mit einiger Besorgnis ist das Ergebnis einer Umfrage des Ifo-Institutes über die Investitionsvorhaben der Unternehmen aufgenommen worden (vgl. DIE WELT vom 14. Juli). Danach würde der Gesamtumfang der Kapazitäten der deutschen Industrie zum erstenmal in der Geschichte der Nachkriegszeit nicht mehr wachsen.

Aber nach den Erfahrungen der letzten Jahre haben die Unternehmer allen Anlaß zu vorsichtigen Dispositionen. Und ein großer Teil der vorhandenen Kapazitäten – man denke nur an die Stahlindustrie – ist nicht mehr zu gebrauchen, muß also abgebaut werden. Dafür werden aber in anderen Bereichen neue Kapazitäten benötigt und geschaffen werden.

Robert McFarlane

ßen Haus



DER ANDEREN

gelassen

Haß regiert das Land der Barrikaden

Prosyrische Kräfte, unter ihnen Drusen-Führer Walid Dschumblatt, haben sich zu einer libanesischen Front gegen die Regierung unter Präsident Gemayel zusammengeschlossen. Der Bürgerkrieg im Schuf-Gebirge, wo Drusen gegen Christen kämpfen, droht sich auszuweiten.

Von PETER M. RANKE

Im weiten Hof des Bergschlosses decken Sandsäcke den Springbrunnen. Auch die Bogenfenster sind gesichert. Hier in Beiteddine war der Sommersitz des libanesischen Staatspräsidenten in neuerer Zeit. Aber das Schloß und die Gärten sind verwaist, die Mauern haben einige Einschüsse abbekommen. Denn Beiteddine liegt mitten in den Bergen des Schuf, dem Kampfgebiet zwischen christlichen Maroniten und den Drusen des Bergfürsten Walid Dschumblatt.

Wir sind auf Umwegen von Beirut gekommen. Ein libanesischer Freund fand sich bereit, denn Taxifahrer lehnen die gefährliche Fahrt zwischen Dutzenden von Kontroll-Barrikaden der Drusen oder der christlichen Milizen von den „Lebanese Forces" strikt ab oder verlangen glatt tausend Dollar. „Wenn mir etwas passiert, müssen Sie für meine Familie sorgen", sagte uns einer. Also lieber nicht.

Beteddine ist seit einem halben Jahr fast verlassen von der Bevölkerung, meist maronitischen Christen. Häuserwände und Dächer zeigen Einschläge von Granatwerfern oder sowjetischen Grad-Raketen, die von der Drusen-Miliz der linken Dschumblatt-Partei PSP (Parti Socialiste Progressiste) aus dem nur einen Kilometer entfernten, gut sichtbaren Baakline herübergefeuert werden. Manchmal bleibt es tagelang ruhig, oder es fallen auch zwei Raketen pro Minute mit sturer Regelmäßigkeit. Gestürmt wird nicht, nur geschossen und zerstört.

In den Stellungen dösen einige gutbewaffnete uniformierte Soldaten der „Lebanese Forces" in der Sonne. Sie hindern uns am Weitergehen durch einen Obstgarten, in dem reife Aprikosen im Gras verfaulen. Feldarbeit ist unmöglich geworden, auch der Verkehr auf den Straßen im Schuf ist völlig zum Erliegen gekommen. Die Schulen und die meisten kleinen Geschäfte sind längst geschlossen, Nachschub kommt nur auf Umwegen in die christlichen und drusischen Dörfer.

An den vielen Barrikaden gilt die erste Frage der Religionszugehörigkeit. Eine Entführung ist dann wahrscheinlich, wenn man an der „falschen" Barrikade aufgehalten wurde. Beide Seiten sind schuldig, wenn bereits ganze Familien ausgerottet wurden. Erst an diesem Wochenende haben nach Vermittlung der israelischen Truppen – der Befehlshaber im Schuf ist ein israelischer Druse, Major Kabalan – in Dhour Abadye Drusen und Christen Geiseln ausgetauscht, die wochenlang festsaßen.

Die Kaserne von Beiteddine, die im vorigen Sommer noch von einem Bataillon drusischer Soldaten belegt war, dann aber von den israelischen Truppen geräumt wurde, ist mit Christen-Milizen belegt. Sie halten die Straßen nach Deir-el-Khamar offen, ebenfalls einem Bergdorf der Maroniten, wo viele Menschen wohnen. Deir-el-Khamar ist die Heimat des Ex-Präsidenten Camille Chamoun. Bürgermeister Georges Dib beklagt wie viele Christen hier den Krieg mit den Drusen, den angeblich niemand gewollt hat. Dib muß für seine Kontakte mit Beirut oder auch mit Beiteddine ein Funktelefon benutzen, da die Leitungen zerschossen sind. Er sagt am Telefon aber nicht viel, da er abgehört werden kann.

„Im Schuf hat jetzt jeder jeden umzingelt", sagt uns ein Offizier der „Lebanese Forces". Die einzelnen Bergdörfer, meist auf den Höhen der Pinien-Hügel gelegen, sind praktisch voneinander abgeschnitten oder bilden kleine „Wehrgruppen" von drei bis sechs Dörfern. Die Bevölkerung ist geflohen, soweit in den Ortschaften Drusen und Christen zusammenwohnten: die Drusen in rein drusische Dörfer, die Christen zu den Christen. Die verlassenen Häuser wurden auf beiden Seiten gesprengt oder geplündert.

Der Haß ist groß, praktisch herrscht ja Bürgerkrieg seit einem Jahr. Er begann im vorigen Juli damit, daß christliche Dörfler, vertrieben von Palästinensern und Drusen, unter dem Schutz der „Lebanese Forces" und der meist ahnungslosen israelischen Truppen in ihre Heimatorte zurückkehrten. Die Drusen widersetzten sich der Stationierung der christlichen „Schutztruppe" im Schuf, denn viele der Milizmänner stammten aus ganz anderen Gebieten und hatten von der ausgeklügelten sozialpolitischen und religiösen Balance zwischen Maroniten und Drusen keine Ahnung.

Drusen, Angehörige einer ehemals schiitischen Geheimsekte aus dem 11. Jahrhundert und seit ewiger Zeit von den strenggläubigen Moslems verfolgt, und die Maroniten, die schon nach dem 7. Jahrhundert in die libanesischen Berge kamen, lebten als die kriegerischen Herren Libanons lange getrennt, wobei die Grenze etwa die heutige Fernstraße Beirut–Damaskus bildete. Aus den Provinzen Kesruan und Metn nördlich dieser Straße wanderten dann die Maroniten im vorigen Jahrhundert auch in die südlicher gelegenen Berge des Schuf ein, das Zentrum der Drusen. Seitdem gab es lange Friedensperioden, aber auch furchtbare Gemetzel.

Der Drusen-Aufstand gegen die Maroniten mit 15 000 bis 20 000 Toten von 1860/61 ist bei den Christen unvergessen, ebenso die Ermordung von mindestens 87 Priestern, Frauen, Kindern und alten Männern in acht Schuf-Dörfern im März 1977, nach der Ermordung des Drusen-Chefs Kamal Dschumblatt, dem Vater des heutigen Drusen-Führers Walid. Sein Bergschloß Mukhtara liegt nicht weit von Beiteddine, aber der Weg ist nur Drusen offen. Walid Dschumblatt ist der Anführer der prosyrischen Politiker Libanons, ist der Mann von Damaskus gegen den gewählten maronitischen Präsidenten Amin Gemayel.

Die Frontstellung Drusen gegen Maroniten überdauerte den Bürgerkrieg 1975/76 und den Einmarsch der Israelis 1982, die bei den Drusen im Schuf keinen Widerstand antrafen und ihnen daher die Waffen ließen. Am 8. November 1982 kam es zu einem neuen Gemetzel. Nach einer Familienfehde überfielen in Kfarnabrak bei einer Beerdigung Drusen den christlichen Trauerzug, erschossen zwölf Männer und Jungen und entführten acht Dorfbewohner. Man fand sie acht Tage später ermordet in einem Brunnenschacht. Seitdem ist im Schuf kein Friede mehr zwischen Christen und Drusen.

Wie Danny Chamoun von der National-Liberalen Partei und Joseph Haschem von den Kataeb betonen die „Lebanese Forces": „Wir ziehen ab, wenn die Armee im Schuf die Macht übernimmt. Dann dürfen nur noch lokale Verteidigungskräfte bleiben."

Das ist aber nicht die Meinung der Dschumblatt-Drusen. Der frühere Minister Marwan Hamadeh, ein Statthalter Dschumblatts in Beirut, erklärt: Solange es keine politische Lösung gebe, dürfe die Armee nicht in den Schuf und dort die Israelis ablösen. Sonst gebe es dauernden Krieg. Seine Furcht ist, daß die Armee gemeinsam mit den 20 000 Mann der Christen-Milizen die Drusen aus dem Schuf vertreibt oder einen Beirut treuen Drusen-Staat etabliert.

Die politische Lösung, die von Dschumblatt schon im Bürgerkrieg verlangt wurde, soll den Drusen und den „fortschrittlichen Kräften" eine stärkere Beteiligung an der Regierung garantieren, das System der politisch-familiären *Erbhöfe abschaffen und vor allem* jederlei Abkommen mit Israel ausschließen sowie die Wende zum „arabischen Libanon" vollziehen. Für Amin Gemayel wäre dieses Programm eine Kapitulation vor Syrien. (SAD)



Seit einem Jahr herrscht Bürgerkrieg in den Bergen des Schuf, südlich der Straße Beirut–Damaskus. Milizen der christlichen Maroniten stehen bewaffneten Verbänden der Drusen gegenüber. Das Foto zeigt drusische Milizionäre mit AK-47-Gewehren vor einem Bunker in den Bergen. FOTO: AP

Der Kreml präsentiert einen Bluff Stalins

Der akademische Nachwuchs der Sowjetunion soll animiert werden, den technologischen Vorsprung der USA aufzuholen. Dieses Ziel scheint auch ein Artikel des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften zu verfolgen: „Wie das USA-Atombomben-*Monopol gebrochen wurde*"

Von WERNER KAHL

Mit einem Pokerface täuschte Stalin während der Potsdamer Konferenz der Siegermächte USA, Großbritannien und Sowjetunion in einer wichtigen Frage Ahnungslosigkeit vor. Dies enthüllte nun der Präsident der Akademie der Wissenschaften in Moskau, Anatoli Alexandrow.

Als US-Präsident Harry Truman in Schloß Cecilienhof die heißeste Nachricht des Jahrhunderts – den Bau der ersten Atombombe – verkündete, habe der Sowjetführer mit gleichgültigem Gesicht dagesessen, schreibt Alexandrow in einem für den akademischen Nachwuchs bestimmten Artikel der Zeitschrift „Nauka i Schisn" (Wissenschaft und Leben). Aber Stalin habe Truman und Churchill geblufft.

In den Memoiren des britischen Premierministers werde dem Leser bedeutet, so Alexandrow, Stalin habe damals anscheinend überhaupt nicht begriffen, welche Perspektiven die sensationelle Mitteilung im Kreis der Großen Drei über die Herstellung einer Kernwaffe in den USA eröffnete. Doch Stalins Pokerface war dem Bericht des Akademiepräsidenten zufolge, der ungeklärt läßt, welche Quellen ihm offenstanden, auf diese Wirkung ausgerichtet. Befriedigt über den scheinbar ahnungslosen „Uncle Joe" sollten die westlichen Führer aus Potsdam abreisen, mit der trügerischen Meinung, die Sowjets hätten keinen blassen Schimmer von der Atombombe.

„Stalin wußte jedoch sehr gut, worum es ging, und die Arbeiten wurden bei uns noch angespannter betrieben", schreibt Alexandrow. Von den *Agentenringen, zu denen* das Ehepaar Rosenberg und der vor Hitler emigrierte deutsche Physiker Klaus Fuchs (heute Professor und Mitglied des ZK der SED in Ost-Berlin) gehörten, war der Kreml nicht nur über den Bau der ersten US-Bombe orientiert, sondern auch in der Lage, die Arbeiten für eine eigene A-Bombe aufzunehmen.

„Heute kann man in Churchills Memoiren nachlesen", leitet Akademiepräsident Alexandrow seinen Bericht über die Aufholjagd der Russen auf dem Kernwaffensektor ein, „wie der neue USA-Präsident Truman nach dem Ende des Krieges gegen Deutschland auf der Potsdamer Konferenz nach Absprache mit Churchill Stalin mitteilte, daß in den USA eine Atomwaffe von außerordentlicher Zerstörungskraft geschaffen worden sei. Churchill sollte während dieser Mitteilung auf Stalins Gesichtsausdruck achten. Er schrieb, Stalins Gesicht habe sich überhaupt nicht verändert, anscheinend habe er nicht begriffen, worum es sich handelte."

Daß die Russen im Krieg von der Arbeit westlicher Physiker an der ersten A-Bombe erfuhren, war, wenn man Alexandrow Glauben schenkt, schlichter Aufmerksamkeit am Schreibtisch zu verdanken. „Uns war aufgefallen, daß aus der wissenschaftlichen Literatur des Westens Publikationen zur Kernphysik, zur Isotopentrennung und so weiter verschwunden waren." Eine Feststellung, die sich wie eine Anleitung für Spione liest. „Die Namen der Wissenschaftler fanden sich nicht mehr in Veröffentlichungen. Wie es schien, wurden Arbeiten über kernphysikalische Probleme geheimgehalten", wunderten *sich die bis dahin an schrankenlose* Offenheit des Westens gewöhnten Sowjets.

Die Beobachtungen waren für den Kreml das Signal, die Geheimdienste zu alarmieren, alle Register zu ziehen, um in den Laboratorien der USA und Englands Fuß zu fassen, worüber der Akademiepräsident heute jedoch in seiner Erinnerung kein Wort verliert. Um des Friedens willen lieferten Klaus Fuchs, die Rosenbergs und andere den Sowjets den Rahm ihrer Erkenntnisse über die neue Spitzentechnologie.

Folgt man dem Bericht Anatoli Alexandrows, so befahl Stalin Ende Oktober 1942 dem Physiker Igor Kurtschatow, damals 39 Jahre alt, eine Kernwaffe zu entwickeln. Klaus Fuchs arbeitete in dieser Zeit bereits am Bau der Bombe in den USA. Nach der Emigration hatte sich der Deutsche, Jahrgang 1911, bei Max Born in Edinburgh habilitiert und war danach in den USA in das bestgehütete Staatsgeheimnis der Anti-Hitler-Koalition eingeweiht worden. Als Flüchtling vor den Nazis galt er als unverdächtig, und nach Kontakten mit dem sowjetischen Geheimdienst fragte niemand in den Vereinigten Staaten.

Die Russen lagen damals nach Einschätzung Alexandrows zwei bis drei Jahre hinter den USA zurück. Während sie durch Spione aus Übersee bald auf dem laufenden waren, was dort geschah, war das über Westeuropa ausgeworfene Netz der Agentenorganisation „Rote Kapelle" nicht in der Lage, zu erkunden, wie weit die Deutschen mit der Bombe waren. Kurtschatow hatte Befehl, so Alexandrow, „unser Land in derselben Zeit mit der Bombe zu versehen, in der sich Deutschland oder die USA nuklear bewaffneten".

Deutschland oder die USA – im Kreml wußte man lange Zeit während des Krieges nicht, daß sich Hitler an der Entwicklung der neuen Waffe nicht interessiert zeigte, sondern alles auf die Raketenproduktion setzte. Erst als die Russen in Berlin standen, so Alexandrow, „verdichteten sich die Informationen, daß das faschistische Deutschland mit seinen kerntechnischen Entwicklungen gescheitert war und daß die Arbeit in den USA trotz des Sieges über Deutschland geheim weitergeführt wurde".

Jetzt eröffneten die Sowjets die Jagd nach deutschen Wissenschaftlern, die möglicherweise an einer A-Bomben-Entwicklung im NS-Staat beteiligt gewesen waren. Zugleich begann in den Westzonen die Aktion „Paperclip" (Heftklammer): Gesucht wurden deutsche Wissenschaftler aus der Rüstungsproduktion, die nach England oder in die USA gebracht wurden.

Am 29. August 1949 wurde laut Anatoli Alexandrow die A-Bombe der Sowjets erfolgreich getestet. Nach weniger als drei Jahren meldete Kurtschakow (Spitzname „Boroda", der Bart) Stalin auch den ersten Test der thermonuklearen Bombe, ein halbes Jahr vor der amerikanischen H-Bombe, berichtet der Präsident der Moskauer Akademie der Wissenschaften.

Der groß aufgemachte Bericht hat offenkundig propagandistische Ziele. Es geht darum, den Nachwuchs unter der akademischen Jugend zu stimulieren, den technologischen Vorsprung des Westens einzuholen. Darauf deutet bereits die Schlagzeile „Wie das USA-Atombomben-Monopol gebrochen wurde".

Der Name Andrej Sacharows dem als Geheimnisträger der Atombomben-Forschung die Ausreise in den Westen verwehrt wird, erscheint in dem Rückblick über die Entwicklung der sowjetischen Kernwaffen nicht.



Pokerspiel in Potsdam: Josef Stalin und Harry S. Truman FOTO: DIE WELT



Mit dem „Komet" durch die Nacht: Lokomotivführer Josef Never bei der Arbeit FOTO: D. BERTHELSEN

Unterwegs mit kostbarer Fracht und dem Fahrplan im Nacken

Nur wenige Lokführer arbeiten bis zur Altersgrenze von 63 Jahren. Die meisten scheiden aus gesundheitlichen Gründen früher aus. Ein Beruf, der hohe Anspannung erfordert.

Von D. BERTHELSEN

Es ist kurz vor Mitternacht. In der Bahnhofshalle Hannover ist es ruhiger geworden. Nur ein Fahrkartenschalter ist noch geöffnet. Drei Penner kämpfen mit der Müdigkeit in der schwachbeleuchteten Ecke hinter dem Zeitungskiosk. Nur das Summen des Elektrokarrens, der kreuz und quer durch die Halle fährt und überquellende Papierkörbe ausleert, ist zu hören, als Josef Never frisch rasiert und hellwach seinen Dienst beginnt. Kein Wunder, der 56jährige Lokomotivbetriebsinspektor (Lokbi) ist erst vor zwei Stunden aufgestanden. Er wartet am Ende von Bahnsteig 9 auf den „Komet" Hamburg–Basel.

Pünktlich um 23.55 Uhr fährt der Schlaf- und Liegewagen D-471 ein, und Never klettert in den E-Lok-Führerstand, quetscht seine schwarze Hängetasche hinter den Sitz und öffnet die beiden kleinen Seitenfenster des schmalen Führerraums. Dann zwängt er sich in den engen, spärlich beleuchteten Maschinenraum der fünf Millionen Mark teuren Lok, nimmt den Fahrtenschreiber der „induktiven Zugbeeinflussung" (Indusi) heraus, beschriftet den Streifen neu mit Name, Datum und Zugnummer. Die „Indusi" verhindert, daß durch Unachtsamkeit des Lokführers ein „Halt" zeigendes Signal überfahren wird. Sie ist bei der Deutschen Bundesbahn auf allen Strecken vorgeschrieben, die eine höhere Geschwindigkeit als 100 km/h zulassen.

Der Bremszettel gehört zur Pflichtlektüre

Auf dem Bahnsteig ruft der Zugführer nach Josef Never, er muß ihm den Bremszettel übergeben. Aus Sicherheitsgründen ist der Lokführer verpflichtet, den Bremszettel vor der Abfahrt zu lesen. Denn von ihm erfährt er die Bremsverhältnisse im Zug, Gesamtzuglänge und die Höchstgeschwindigkeits-Begrenzung.

Durch die Funksprechanlage ertönt plötzlich die Stimme des Rangiermeisters, der ihm kurz seine Anweisungen durchgibt. Es werden noch zwei Wagen angekuppelt. Kaum wahrnehmbar läßt Never den Zug zwanzig Zentimeter zurückfahren. Er legt das Führerbremsventil in „Bremsstellung", bis er das Kommando „lösen" des Rangiermeisters hört. „Bremsen in Ordnung!" Bei diesem Bremstest wird geprüft, ob alle Wagenbremsen anlegen und sich wieder lösen.

Auf der Bahnsteiguhr ist es 00.09 Uhr, als Josef Never die Armaturen überprüft und dabei entdeckt, daß der Druckluftanzeiger auf Null steht. Sofort eilt er in den Maschinenraum, kontrolliert Schalter, Hebel und Sicherungen. Alles richtig eingestellt, doch der Anzeiger bewegt sich nicht, obwohl bei der Bremsprobe Druckluft vorhanden war.

Es ist 0.13 Uhr, und seit einer Minute zeigt das Abfahrtsignal Grün. Nevers Puls schlägt zum zweitenmal schneller. Wird er fahrplangerecht abfahren können? Der „Komet" hat bereits drei Minuten Verspätung. Never klopft jetzt kräftig mit seinen Handknöcheln an den Druckluftanzeiger. Beim drittenmal zeigt das Instrument korrekt den Betriebsdruck an.

Linke Hand am Handfahrschaltrad (das Gaspedal der E-Lok), rechte Hand am Bremsventil (Zugbremse), und beide Füße auf dem „Sifa"-Fußtritt, der Sicherheitsfahrschaltung, startet Josef Never um 00.15 Uhr die 10 000-PS-Lok. Die „Sifa", auch „Totmanneinrichtung" genannt, ist neben dem „Indusi" eine zweite Überwachungseinrichtung, mit der die Dienstfähigkeit des Lokführers überwacht wird.

Eine Reihe von erleuchteten, tennisballgroßen Bodensicherheitsanlagen, auch „Schotterzwerge" genannt, leiten den D-471 durch ein Netz von Gleisen auf die Hauptstrecke in Richtung Frankfurt. Der Zug hat die Vororte der nieder*sächsischen Hauptstadt hinter sich* gelassen. Straßenbeleuchtungen werden weniger. Mit 140 km/h fährt Never in die Dunkelheit hinein. Er ist allein mit der Verantwortung für 450 Fahrgäste, die sich unbeschwert hinter ihm in Morpheus Armen wiegen. Er kann die nächsten Stunden nicht einmal daran denken, zu träumen. Seit der Abfahrt ist er unter der Kontrolle der „Sifa". Alle 25 Sekunden muß er den „Wachsamkeitsfußtritt" einmal loslassen.

„Sifa" kontrolliert, ob der Fahrer schläft

Um 0.30 Uhr tritt er zum 123. Mal, als der Zug den Bahnhof Nordstemmen in Richtung Kreiensen passiert. Vergißt er es, leuchtet eine grelle Meldelampe auf. Wird sie ignoriert, erfolgt Sekunden darauf ein Alarmsignal, und die automatische Zwangsbremsung wird ausgelöst. Die Schlafenden würden mit Wucht aus den Betten geschleudert. In Nevers Lokführerlaufbahn hat die „Sifa" noch keine Zwangsbremsung ausgelöst.

Aufgeklappt liegt vor ihm neben dem Fahrschalthandrad ein 87 Seiten starkes Heft. Hier sind die Hinweise der vorübergehend eingerichteten Langsamfahrstellen, Baustellen, Abschnitte mit besonderer Betriebsregelung oder sonstigen Besonderheiten auf dieser Strecke festgehalten. Es erscheint wöchentlich. Oft muß es täglich aktualisiert werden. Links auf der Armaturenfläche steht sein Fahrplanbuch. Auch dieses muß er im Auge behalten. Es instruiert ihn, von welchen Kilometertafeln an welche Geschwindigkeit gefahren *werden muß, zu welcher Zeit die* Streckenbahnhöfe zu durchfahren sind, wo angehalten werden muß.

Der gebürtige Schlesier Josef Never kennt zwar die Strecke nahezu zwanzig Jahre. Er fuhr sie schon als Heizer auf einer Dampflok. Doch niemand kann sich Hunderte von ständig wechselnden Geschwindigkeits-Anweisungen und Uhrzeiten merken. Immerhin hat er 22 verschiedene Streckenverläufe im Kopf, die von Hannover aus in alle Himmelsrichtungen führen. Oft kommt es vor, daß er sie alle innerhalb von acht Tagen befahren muß.

Daher reagiert er gefaßt, als im Leinetal Nebel auftaucht. Gelassen fährt er mit 140 km/h in die dichte graue Wand. Er kann nichts mehr erkennen. Die Geschwindigkeit wird aber beibehalten. In seinem Nacken sitzt der unerbittliche Antreiber Fahrplan – und die drei Minuten Verspätung. Jeder Autofahrer würde anhalten. Man sieht Nevers gespanntem Gesicht an, daß er sich auf Unvorhergesehenes einrichtet. Neunundzwanzig Minuten dauert die Fahrt unter erschwerten Sichtbedingungen.

Hinter Bovenden fängt es an zu nieseln. Als bei Göttingen die Strecke zu steigen beginnt, drehen die Räder auf den schmierigen Schienen durch. Sofort betätigt Never den Sandstreuer. Die Räder fassen wieder, und der Geschwindigkeits-Anzeiger steigt. Auf die Minute, wie im Fahrplanbuch vorgegeben, rauscht der D-471 um 2.16 Uhr durch den Oberhausener Bahnhof. Never ist zufrieden.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Lokführers ist es, pünktlich zu sein. Gibt es Verspätungen, wird der Grund von übergeordneter Stelle untersucht. Sind die Ursachen in Defekten der Lok zu suchen, die „normalerweise" vom Lokführer hätten behoben werden können, gibt's Minuspunkte: Aus einer Beförderung wird nichts, wenn sich die Verspätungen häufen.

Zu der Monotonie des Schwellen-Singsangs gesellt sich das Hin und Her des Scheibenwischers. Die Sichtverhältnisse sind schlechter geworden. Seit einer Stunde schlägt Regen gegen das Lokfenster. Keine hundert Meter fliegen vorbei, ohne daß ein Signal, ein Hinweis oder ein Streckenzeichen wahrgenommen werden muß.

Ein großer Hund taucht plötzlich in der Gleismitte auf und sieht erschrocken zu dem Elektro-Riesen herauf. Ein dumpfer Schlag. Sofort informiert Never durch den Zentralen Bahnfunk das nächste Stellwerk: Hund zwischen Kilometer-Tafel 140.7 und 137.5 überfahren. Täglich muß ein Lokführer irgendwo in der Bundesrepublik notbremsen, weil ein Selbstmörder auf die Schienen springt. Jeder Lokführer hat das schon einmal in Alpträumen durchlitten: Es könnte auch mir passieren.

„Lokführer werden heißt eine solide achtzehnmonatige Ausbildung. Lokführer bleiben ist reine Nervensache", meint Never.

Gerne übergibt er im „fliegenden Wechsel" in Frankfurt-Süd seinem hessischen Kollegen die Lok. Den ersten Teil seines Schichtdienstes hat Never hinter sich. Um 7.23 Uhr wird er schon wieder den IC 694 Mannheim–Kiel von Frankfurt Hauptbahnhof nach Hannover fahren. Es ist inzwischen 3.36 Uhr und noch dunkel. Never fährt im Personenzug zum Hauptbahnhof. Dort meldet er sich bei der Lokleitung und legt sich dann angezogen um 5.39 Uhr auf eine Plastikliege. Sein Reisewecker meldet sich eine halbe Stunde später.

Frankreich pensioniert schon mit 50 Jahren

In Frankreich werden die Lokführer mit 50 Jahren pensioniert, in Österreich mit 54 Jahren. In der Bundesrepublik mit 63 Jahren, denkt Never laut nach, während er zwischen den parkenden Loks auf den Abstellgleisen „seine" sucht, mit der es in gut einer Stunde wieder Richtung Norden geht.

Never wirkt abgespannt und müde, als er nach dreizehn Stunden wieder zu Hause ist. Es ist heller Tag, Zeit zum Schlafen. Um 23 Uhr fängt die nächste Schicht an. „Ich bin vom normalen Leben abgemeldet; das wird sich wohl erst bei meiner Pensionierung wieder ändern, wenn ich dann noch gesund bin", sagt Never.

97 Prozent seiner Kollegen erreichen ihr Pensionsalter von 63 Jahren nicht unbeschadet. Sie müssen mit angeschlagener Gesundheit (zumeist Herz- und Kreislauferkrankungen) den Dienst quittieren. In der Bundesrepublik leisten 25 000 Lokführer unter ähnlichen Bedingungen ihren Dienst. „Never hat einen ‚normalen' Schichtdienst von 13 Stunden hinter sich. Im Durchschnitt ist aber ein Lokführer", so stellt die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands fest, „15 bis 18 Stunden von zu Hause weg."

Zimmermann plädiert für Distanzwaffe

AP/dpa, **Frankfurt**

Mitten in der Diskussion um die befürchteten Auseinandersetzungen zur NATO-Nachrüstung hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann am Wochenende eine effektivere Bewaffnung von Bundesgrenzschutz und Polizei angekündigt. Dazu gehört nach seinen Worten ein neu entworfenes Wuchtgeschoß. Gegen die Einführung dieser Waffe haben sich inzwischen sowohl der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei im Deutschen Beamtenbund, Benedikt Martin Gregg, als auch der stellvertretende Vorsitzende der Polizeigewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund, Horst Geier, ausgesprochen.

Zimmermann hatte in einem Interview mit den „Westfälischen Nachrichten" in Münster von der geplanten Einführung von gepanzerten Sonderfahrzeugen, die durch eine eingebaute Klima- und Sauerstoffanlage von äußeren Bedingungen unabhängig operieren können, gesprochen und erklärte weiter, daß demnächst auch eine im Entwurf bereits feststehende Distanzwaffe zum Einsatz komme. Dabei handelt es sich um ein Wuchtgeschoß, das einen möglichen Aggressor zu Boden werfe, ohne ihn ernstlich zu verletzen.

Vor den möglicherweise unabsehbaren Folgen des von Zimmermann geplanten Gummi-Wuchtgeschosses hat der Gewerkschaftsvorsitzende Gregg gewarnt. Er sprach sich für die Ausrüstung der Polizei mit Gummi-Schrotgeschossen aus, die von der zuständigen Kommission der Innenministerkonferenz als geeignetes Einsatzmittel eingestuft worden waren. Im Saarländischen Rundfunk kritisierte auch Geier den Vorschlag Zimmermanns. Die Gewerkschaft der Polizei im DGB sei sowohl gegen die Einführung von Gummi-Schrot- wie auch von Gummi-Wuchtgeschossen.

IG Druck: Ab 1986 35-Stunden-Woche

dpa, **Stuttgart**

Die Industriegewerkschaft Druck und Papier will bis spätestens Ende 1986 die 35-Stunden-Woche voll durchsetzen. Wie der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft, Erwin Ferlemann, der auf dem bevorstehenden Gewerkschaftstag im Oktober in Nürnberg zum Nachfolger des Vorsitzenden Leonhard Mahlein gewählt werden soll, in einem Interview sagte, schließe er einen Arbeitskampf zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche nicht aus. Für Ferlemann ist die Einführung der 35-Stunden-Woche eine „Abwehrstrategie" gegen den weiteren Verlust von Arbeitsplätzen. Ferlemann plädierte für eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von zweimal zweieinhalb Stunden. Die erste Stufe müsse dabei 1984 in Kraft treten. Spätestens nach einem Jahr Pause sollte dann im Jahre 1986 die zweite Stufe wirksam werden.

Gemeinschaftswerk: „Rettet den Wald"

AP, **Fulda/Bonn**

Die Einrichtung eines bundesweiten Gemeinschaftswerkes „Rettet den Wald" hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann gestern in einem Grußwort an den Deutschen Wandertag in Fulda vorgeschlagen. Notwendig sei ein Instrument, das das vorhandene Engagement in der Bevölkerung wirksam macht, durch Aufklärung zur „Versachlichung der Diskussion" beiträgt und zusätzliche Gelder zur Bekämpfung des Waldsterbens erschließt. Eine derartige Initiative werde breitere Zustimmung in der Öffentlichkeit finden als die Verordnung neuer Abgaben oder die Einführung eines „Waldpfennigs", sagte Zimmermann.

Bonn erläßt Uganda Schulden

rtr, **Kampala**

Die Bundesrepublik Deutschland hat Uganda Schulden in Höhe von 50 Millionen Mark erlassen und die Rückzahlung der übrigen Schulden über zehn Jahre gestreckt. Wie Radio Uganda meldete, sei ein entsprechendes Abkommen in Kampala unterzeichnet worden.

„Hausärzte der Friedensbewegung"

AP, **Berlin**

Ärzte aus der Bundesrepublik Deutschland wollen angesichts des erwarteten „heißen Herbstes" mit Widerstandsaktionen gegen die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik einen begleitenden Sanitätsdienst einrichten. Wie die Sektion der Vereinigung „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges" in Berlin mitteilte, teile sie die Sorgen der Bevölkerung gegen die geplante Stationierung. Die Vereinigung betonte, daß sie mit ihrem Vorhaben keineswegs die offiziellen Hilfsorganisationen von ihren Verpflichtungen entbinden wolle. Vielmehr verstanden sich die beteiligten Mediziner als „Hausärzte der Friedensbewegung", die sich aus innerster Überzeugung an den Aktionen beteiligten und zugleich ihre beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten zur Verfügung stellten.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Hamburg: Ein GAL-Antrag bringt die SPD in die Zwickmühle

Die Alternativen wollen erstmals ein Bundesland zur atomwaffenfreien Zone erklären

HERBERT SCHÜTTE, **Hamburg**

Die Spitzenpolitiker der regierenden Hamburger SPD – auf welchem Flügel sie auch stehen – sind sich einig: Es wird ein heißer September. Die Partei, die im vergangenen Dezember mit der Rückgewinnung der absoluten Mehrheit allen Anlaß zu Selbstvertrauen und Gelassenheit erhielt, sieht mit Sorge auf die Zuspitzung der innerparteilichen Auseinandersetzungen in den nächsten Wochen. Den Sorgenmacher enthält ein Antrag der Grün-Alternativen Liste: Mit der Drucksache 11/817 fordert die GAL die Bürgerschaft auf, „das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg wird zur atomwaffenfreien Zone erklärt". Bonn und die Signaturstaaten des Deutschlandvertrages sollten einen entsprechenden Beschluß des frei gewählten Parlaments in ihren weiteren Plänen berücksichtigen.

Kurze Zeit nach der mit Spannung erwarteten Bürgerschaftssitzung Anfang September findet ein SPD-Landesparteitag statt. Die Fraktion der Regierungspartei, in der das Mitte/Rechts-Lager bisher eine leichte Mehrheit besitzt, muß sich also wenige Tage nach ihrer Entscheidung vor den Parteitagsdelegierten verantworten. Der Appell des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt nach dem Wahlsieg vom Dezember: „Wenn die SPD beginnt, wieder mit den Flügeln zu schlagen, dann würde ihr das die Wählerschaft nicht verzeihen", steht auf dem Prüfstand.

Drei der sieben Hamburger Bezirksversammlungen haben mit ihrer Mehrheit von SPD und GAL bereits eine atomwaffenfreie Zone ausgerufen, ein vierter Bezirk – Harburg – wird vermutlich folgen. Im Rathaus hat man die Beschlüsse der Bezirke bisher kühl zur Kenntnis genommen. Sie seien „unsinnig" und würden „die Weltgeschichte nicht verändern", befand Bürgermeister Klaus von Dohnanyi. „Atomwaffenfreie Zonen in einzelnen Städten und Gemeinden führen in die Irre", meinte Fraktionschef Henning Voscherau, sie spiegelten dem Bürger „einen Fortschritt vor, den es nicht gibt."

Für die acht Grün-Alternativen Landesparlamentarier wäre die Annahme ihres Antrags ein bundesweiter Erfolg. Zwar haben sich schon Städte, Gemeinden, Straßenzüge, Musikhochschulen und Kasernenstuben für atomwaffenfrei erklärt. Doch ein ganzes Bundesland – das wäre für die GAL die Krönung ihrer bisherigen parlamentarischen Störkampagnen. Schon vor einem Jahr brachte ein ähnlicher Antrag die Hamburger SPD – damals noch ohne absolute Mehrheit – haarscharf an den Rand eines Bruches. Damals rettete ein Kompromißpapier, an dem wesentlich der ehemalige Bürgermeister Hans-Ulrich Klose und Innensenator Alfons Pawelczyk beteiligt waren, die Fraktion vor dem Zerfall.

Zwar bemüht sich jetzt das linksorientierte „Hamburger Forum" darum, die GAL zu einer Rücknahme ihres Parlaments-Antrags bis nach dem SPD-Parteitag zu bewegen. Doch der GAL-Abgeordnete Thomas Ebermann höhnte: „Das ist ein SPD-Gefälligkeitszeitplan und sonst nichts" (dem „Forum" gehören 21 der 64 SPD-Bürgerschaftsabgeordneten an). Fraktionsvorsitzender Henning Voscherau zweifelt: „Es würde mich sehr wundern, wenn die GAL ihren Antrag für einige Zeit zurücknähme."

Die Kugel rollt also. In eine Richtung, die – so meint CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau – „die Nahtstelle zwischen GAL und linker SPD treffen soll". Der Oppositionsführer in der Bürgerschaft fühlt sich durch den Antrag in seiner Analyse der GAL-Strategie bestätigt, die Grün-Alternativen wollten der linken SPD-Klientel beweisen, daß die GAL-Abgeordneten die besseren Sozialisten seien. Die CDU wird – so Perschau – „sauber durchformuliert" einen Antrag beisteuern, mit dem die Beschlüsse einiger Bezirksversammlungen, ihre Territorien für atomwaffenfrei zu erklären, als rechtswidrig zurückgewiesen werden sollen. Ein solches Begehren wiederum würde – so sagte ein Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes voraus – im Regierungslager „ein mittleres Erdbeben" auslösen.

Fühlungnahmen zwischen SPD- und CDU-Spitze zur Entschärfung des heißen politischen Septembers sind nicht ausgeschlossen. Die Union verfügt über zugkräftige Argumente, die ihr die Sozialdemokraten frei Haus geliefert haben. Als ein SPD-Parteitag sich am 23. Januar 1982 für eine atomwaffenfreie Zone in Europa ausgesprochen hatte, bemühte sich Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, diesen Beschluß als „Panne" herunterzuspielen. Das „Mißverständnis", so verkündigte er in einer eilig zusammengerufenen Pressekonferenz, wäre vermieden worden, „wenn ich nicht leider außerhalb des Saales gewesen wäre".

Vatikan-Zeitung: Kampfstrategie gegen Marxismus

dpa, **Vatikanstadt**

Auf die „tödliche Herausforderung des Marxismus" müßten die Katholiken notfalls mit einer „Kampfstrategie" antworten, hat die Vatikanzeitung „L'Osservatore Romano" gefordert. In erster Linie sollten die Katholiken jedoch auf eine „Strategie von Kritik und Dialog" setzen.

In einer für den „Osservatore" ungewöhnlich scharfen Form kritisiert der Theologe Battista Mondin den Marxismus als „eine schwere Gefahr, die die Menschheit von allen Seiten bedroht". Um sich vor „diesem furchtbaren Feind zu schützen", müsse man ihn und seine Irrtümer erkennen.

„Wo die ‚Diktatur des Proletariats' verwirklicht wurde, gibt es weder Gerechtigkeit zwischen den gesellschaftlichen Klassen noch Freiheit", heißt es weiter in dem Kommentar. In Wirklichkeit habe der Marxismus dort zur Errichtung von Konzentrationslagern und zur Internierung von Regimegegnern in psychiatrischen Anstalten geführt. Dabei sei es in den Ländern mit marxistischer Ideologie – der Theologe nannte in diesem Zusammenhang die Sowjetunion, Polen und Ungarn – keinesfalls zum Niedergang der Religion gekommen. Nicht nur alte Menschen, sondern auch junge entdeckten wieder mehr und mehr die Werte der Religion.

Der Marxismus kann sich nach den Formulierungen des Leitartiklers „mit nichts anderem brüsten als mit Gewalt und Diktatur". Es werde ihm nie gelingen, „die Seele einer Gesellschaft zu werden, und das, weil ihm alle notwendigen Elemente zum Hervorbringen einer authentischen Kultur fehlen".

Fortschritte bei Craxis Gesprächen

dpa, **Rom**

Der Chef der Sozialistischen Partei Italiens, Bettino Craxi, hat gestern seine bislang erfolgreichen Bemühungen um eine Koalitionsregierung mit Christdemokraten, Republikanern, Sozialdemokraten und Liberalen unterbrochen und kündigte für heute Begegnungen mit den Führern von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden an. Craxi könnte der erste sozialistische Ministerpräsident Italiens werden. In der ersten Gesprächsrunde mit den angepeilten Koalitionspartnern tauchten allem Anschein nach keine Schwierigkeiten auf. Entsprechend äußerten sich jedenfalls alle Beteiligten.

Armenier fordern die Türkei zum Dialog auf

Kongreß lehnt Terror als politisches Kampfmittel ab

WALTER H. RUEB, **Lausanne**

Unter dem Eindruck blutiger Anschläge in Brüssel und auf dem Pariser Flughafen Orly durch armenische Terroristen ging in einem Lausanner Luxushotel der 2. Armenische Weltkongreß über die Bühne, ohne seine Ziele zu erreichen. Die radikalen Gruppierungen der weltweiten armenischen Diaspora blieben weitgehend unter sich, weil die gemäßigten und einem Weg der Vernunft verschworenen armenischen Organisationen dem Kongreß aus Furcht vor Anschlägen und aus Protest fernblieben. Viele Gruppen protestierten damit gegen den Vorwurf der Kongreßleitung in der Einladung, sie hätten bisher keine gemeinsame Plattform für die politischen Bemühungen der Armenier schaffen können und dadurch versagt. Der Vorsatz, der armenischen Bewegung endlich eine handlungsfähige politische und diplomatische Führung als Alternative zum Terror zu geben, mußte daher von vornherein unerreichbar bleiben.

Der Kongreß verurteilte offiziell zwar Gewalt und Terror als Mittel des politischen Kampfes, den größten Beifall erhielt dennoch ein Delegierter mit der Bemerkung, Gewalt als Mittel für die Durchsetzung politischer Ziele sei oft nützlich und unerläßlich. Der Kongreß selbst verlief auch nicht ohne Aktionen von Gewalt: Nur das Schweizer Fernsehen erhielt Zutritt zum Sitzungssaal, der von einem großen Polizeiaufgebot abgeschirmt und beschützt wurde.

Sämtliche ausländischen Fernsehteams waren von der Kongreß-Leitung wegen der Anwesenheit des türkischen Fernsehens ausgesperrt worden. Letzteres hatte sich hartnäckig geweigert, freiwillig auf die Kongreß-Berichterstattung zu verzichten. Zahlreiche Delegierte wiederum lehnten es ab, den Sitzungssaal vor den aufnahmebereiten Kameras aus Ankara zu betreten. Um einen Eklat vor Beginn des eigentlichen Kongresses zu vermeiden, schloß deren Leitung schließlich neben dem Fernsehen auch sämtliche türkischen Journalisten aus, garantierte ihnen jedoch die Teilnahme an einer Pressekonferenz zum Abschluß des Kongresses.

Als die Türken die Kongreß-Führung am Freitag mit Fragen bezüglich ihrer Einstellung zur berüchtigten „Geheimen Armee für die Befreiung Armeniens" (ASALA) bestürmten, auf deren Konto fast sämtliche Terroranschläge gegen türkische Diplomaten und andere Personen kommen, antwortete diese zunächst ausweichend, distanzierte sich aber schließlich „von gewissen Methoden der Gewalt". Dies ließ militante und radikale Armenier handgreiflich werden. Sie stürzten sich auf die anwesenden türkischen Journalisten und zerrten sie vor den Augen sämtlicher Kongreßteilnehmer sowie der eidgenössischen Polizei aus dem Saal. Dem türkischen Fernsehen, das die gewalttätigen Szenen von der Halle des Hotels aus gefilmt hatte, wurden der Film entrissen und die Kamera zerschlagen.

Die Gewalt-Szenen am Rande des Kongresses waren jedoch nicht die einzigen Ergebnisse des Kongresses: Immerhin wurden die türkische Regierung zu einem Dialog mit den Armeniern und die UNO zur Aufnahme des Armenier-Problems auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung aufgefordert und eine Zehn-Punkte-Charta, in der sich die drei Millionen Armenier in aller Welt verpflichten, für die nationale Befreiung sowie die Räumung des von der Türkei besetzten armenischen Territoriums einzutreten, verabschiedet.

Der Kongreß fand übrigens im gleichen Hotel statt, in dem am 24. Juli 1923 der Friedensvertrag zwischen der Türkei, den Westalliierten vom Ersten Weltkrieg sowie Griechenland unterzeichnet wurde, der „die Armenierfrage politisch beerdigte", wie der seit über 30 Jahren in der Schweiz lebende Pastor und Kongreß-Organisator James Karnusian feststellte.

Vom jüngsten Terroranschlag in Orly distanzierte sich der Kongreß. Frankreichs Staatspräsident Mitterrand aber wurde gebeten, die 20 verhafteten Armenier nicht an die Türkei auszuliefern, weil ihnen dort der sichere Tod drohe. Karnusian zeigte sich vom Geschehen in Orly „tief schockiert". Um so mehr müßten endlich andere Mittel gefunden werden, um die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die „armenische Sache" zu lenken.

Was Karnusian als „armenische Sache" betrachtet, umschrieb er so: „Der Völkermord von der Türkei im Jahr 1915 an 1,4 Millionen Armeniern muß endlich anerkannt werden. Die Türkei muß die Verantwortung für die Taten ihrer früheren Regierungen übernehmen wie die Bundesrepublik Deutschland die Verantwortung für den Holocaust des Dritten Reiches an den Juden übernommen hat ..."

106 Industriebetriebe arbeiten in der „DDR" für die Rüstung

Für Waffenproduktion werden auch Häftlinge eingesetzt / Napalm im Programm?

GEORG BENSCH, **Berlin**

In der „DDR" erlebt die Rüstungsindustrie einen gewaltigen Aufschwung. Was in östlichen Zeitungen verschwiegen wird, stellten westliche Nachrichtendienste fest: In der „friedliebenden DDR" arbeiten 106 Industriebetriebe für die Rüstung. Die Produktion reicht von der Armeepistole bis hin zum Nervengas. Dies alles geschieht mit Zustimmung und unter Aufsicht der Sowjets.

Für die kommenden Jahre hat die „DDR"-Regierung den weiteren Ausbau ihrer Rüstung beschlossen. Staats- und Parteichef Honecker vor Studenten in Dresden: „Die Verantwortung dafür tragen jene, die in der BRD für die Aufrüstung stimmten." Deutlicher noch sagt es der für die Bewaffnung zuständige stellvertretende Verteidigungsminister Generaloberst Werner Fleissner. Er kündigte an, daß die kommenden Jahre eine „weitere Veränderung in der Ausstattung der NVA (Nationale Volksarmee) mit moderner Technik und Ausrüstung" bringe, die „in kürzeren Fristen als bisher bewältigt" werden müsse. Nach Fleissners Worten sei die „DDR" gezwungen, „entsprechende finanzielle und materielle Mittel einzusetzen".

Schon seit Jahren werden in zwei Munitionsfabriken und drei Sprengstoffwerken Granaten (Kaliber 37 bis 120 Millimeter), Schützen- und Panzerminen, Flammenwerfer, Brandmunition und Gasgranaten hergestellt; in der Munitionsfabrik Schönebeck an der Elbe beispielsweise Gewehrmunition und die berüchtigten Todesautomaten. Die Maschinenpistole „AK-77 M" (Kalaschnikow) und die sowjetische Armeepistole „Makarow" werden im „VEB-Ernst-Thälmann-Werk" in Suhl gefertigt. Auch Granatwerfer, Flugabwehrkanonen und Bordgeschütze für Schiffe stellen die „volkseigenen" Betriebe der „DDR" her.

Das „VEB Kombinat IFA" in Chemnitz-Hainichen (Karl-Marx-Stadt) und das Zweigwerk in Ludwigsfelde produzieren Militärfahrzeuge. Spezielle Kettenfahrzeuge werden im „VEB Kombinat Sachsenring" in Zwickau und im „VEB-Robur" in Zittau hergestellt, wo mehr als 230 Strafgefangene mithelfen, die Produktionspläne zu erfüllen. Auch die „VEB-Bekleidungswerke" in Seifhennersdorf „beschäftigen" 80 Häftlinge. Hier werden neben Uniformen auch Fallschirme gefertigt.

Auch die chemische Industrie produziert für die Rüstung. Westliche Nachrichtendienste haben in Erfahrung gebracht, daß in den pharmazeutischen Werken „VEB Fahlberg-List" in Magdeburg Nervengas hergestellt wird. Chemische Kampfstoffe werden aber auch im „VEB Arzneimittelwerk" Dresden und im „VEB Acid-Werk" Dessau, produziert. Es gibt Hinweise darauf, daß die „DDR" auch Napalm-Bomben im Programm hat.

Von allen Staaten des Warschauer Pakts ist die „DDR" führend bei der Herstellung optischer Geräte. 60 Prozent der Produktion des weltbekannten Betriebes „VEB Carl Zeiss" in Jena dient der Rüstung. Nicht nur Infrarot-Ferngläser und Nachtsichtgeräte, auch Bombenzielgeräte und Panzer- und Artillerie-Optiken gehören zur Palette seiner Rüstungsgüter. In einer Spezialabteilung sind auch in diesem Betrieb Häftlinge eingesetzt.

Alle „DDR"-Rüstungsbetriebe sind in der VVB (Vereinigung Volkseigener Betriebe) Eisen, Blech, Metall in Chemnitz zusammengeschlossen und unterstehen direkt der Ingenieurtechnischen Verwaltung im „Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR" in Strausberg bei Ost-Berlin.

Übrigens: Die „DDR" exportiert ihre Rüstungsartikel bis nach Afrika, Südamerika und in die arabischen Länder. Nur ein Produkt taucht in ihrem „Katalog" bisher nicht auf: der Sebstschußautomat SM-70.

Antarktis bleibt ein heißes Thema

Das Bonner Treffen war nur „eine Konferenz in einer langen Kette"

E. N. **Bonn**

Ohne jeden greifbaren Erfolg ist die Sonderkonferenz in Bonn von 14 Konsultativstaaten des Antarktis-Vertrages, die hier vom 11. bis 22. Juli tagten, zu Ende gegangen. Die Presse-Erklärung zum Abschluß der Veranstaltung, an der auch Repräsentanten der UdSSR teilnahmen, enthält keinen Hinweis darauf, daß der Leitgedanke, unter den die Bundesregierung die Konferenz stellte, irgendein Echo gefunden hat. Um die Rohstoffe auf dem sechsten Kontinent solle es keine „Verteilungskämpfe" geben, hatte Bonn vor Beginn der Gespräche angeregt.

Der Konferenzvorsitzende und Leiter der Bonner Delegation, Botschafter Ernst Jung, beschränkte sich zum Ende des Treffens auf die Angabe, es seien „gute Fortschritte" erzielt worden, man werde aber noch Jahre brauchen, um endgültige Regelungen der komplizierten Materie zu treffen. Außerdem eigne sich das vorgelegte Material zur Erarbeitung verschiedener Modelle zur Ausbeutung der Antarktis-Bodenschätze in der Zukunft nicht für eine öffentliche Diskussion.

Hintergrund solcher Feststellungen ist die Tatsache, daß Argentinien, Chile, Großbritannien, Frankreich, Australien, Norwegen und Neuseeland territoriale Ansprüche in der Antarktis erheben, die von anderen Mitgliedstaaten des 1959 geschlossenen Vertrages, dem sich Bonn 1980 anschloß, nicht anerkannt werden. So haben die Sowjetunion, die USA, Japan und die Bundesrepublik, die seit 1980 rund 380 Millionen Mark für die Polarforschung investierten, ausdrücklich betont, daß sie keine Ansprüche dieser Art stellen. Nachdrücklich haben sich die Länder der Dritten Welt gegen solche Inbesitznahmen gewandt.

Nach dem Antarktis-Vertrag sind alle territorialen Ansprüche „neutralisiert", zur friedlichen Nutzung steht der Südpol allen Nationen offen. Militärische Maßnahmen, auch Manöver, sind dort verboten, ebenso Atomversuche und die Ablagerung von Nuklearmüll. Der Vertrag garantiert, worauf in Bonn besonders hingewiesen wurde, die Freiheit wissenschaftlicher Untersuchungen und verlangt, daß die Ergebnisse wissenschaftlicher Beobachtungen und Ergebnisse unter den insgesamt 27 Vertragsstaaten ausgetauscht werden müssen.

Die Dauer dieses Vertrags sei unbegrenzt, und er habe die Antarktis als eine „Zone des Friedens und der internationalen Kooperation" erhalten. Die Bonner Konferenz sei nur eine in einer „langen Kette", die folgen würden.

Unbezahlter Sonderurlaub auf Wunsch

ÖTV beurteilt Vorstoß von Bochum skeptisch / „Kein Mittel gegen Arbeitslosigkeit"

sg. **Bonn**

In den Umschlägen ihrer Gehaltsabrechnungen für den Juli fanden die Angestellten des öffentlichen Dienstes in Bochum dieses Mal ein schriftliches Angebot, mit dem die Stadtväter hoffen ihren Etat entlasten zu können: Unbezahlter Sonderurlaub von sechs Monaten bis zu drei Jahren wird jedem der rund 6000 Arbeiter und Angestellten der Stadt Bochum angeboten.

Ein Sprecher der Stadt erklärte, daß bisher, aufgrund der Kürze der Aktion, noch keine Reaktionen vorlägen. Insgesamt hofft man in Bochum rund vier Millionen Mark Personalkosten einsparen zu können.

Voraussetzung für einen solchen Sonderurlaub ist, daß die Abteilung, in der der Betreffende arbeitet, in ihrer Funktion nicht erheblich gestört wird. Ein „Unikat" wie der Fachmann für die elektronische Steuerung der Ampeln wird beispielsweise keinen Sonderurlaub bekommen können. Da ein Großteil der städtischen Angestellten im technischen Bereich arbeitet, wird für sie das neue Angebot weniger in Frage kommen.

Bei dem Angebot denkt man vor allem an junge Mütter unter den Verwaltungsangestellten. Ihnen wird zwar nicht exakt derselbe Schreibtisch nach drei Jahren wieder, wohl aber ein ihrer bisherigen Tätigkeit verwandter Arbeitsplatz zugesichert. Eine Weiterbeschäftigung erheblich unter ihrem bisherigen Tätigkeitsniveau ist dabei aus tarifrechtlichen Gründen ausgeschlossen. Die Gehälter bleiben jedoch auf jeden Fall entsprechend dem Tarifvertrag mit dem Verband kommunaler Arbeitgeber erhalten.

Der Kreisverband der Gewerkschaft für öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) sieht dem Angebot bis jetzt noch mit gemischten Gefühlen entgegen. Da es darum ginge, Geld zu sparen und gerade keine zusätzlichen Planstellen einzurichten, werde erstens der Arbeitsmarkt nicht entlastet, so der Kreisverbands-Vorsitzende Claus Balder, und zweitens komme auf die am Arbeitsplatz Zurückgebliebenen eine zusätzliche Mehrbelastung zu.

Auch andere Städte verhalten sich noch zurückhaltend. „Für Bonn kann dies kein Vorbild sein", hieß es aus der Bundeshauptstadt. Gemessen an den Aufgaben sei hier eine ausreichende Personalzahl beschäftigt. Außerdem sähe man organisatorische Probleme und keinen Vorteil für die Bewältigung der Arbeitslosigkeit.

Jesse Jackson – Kandidiert ein Schwarzer für das Präsidentenamt?

Von GITTA BAUER

Der Empfang war um so wärmer, je näher er der Basis kam. Das Demokratische Nationalkomitee, die letzte große Zusammenkunft der Demokraten vor dem Wahlkonvent nächstes Jahr um diese Zeit in San Francisco, begrüßte den Noch-Nicht-Kandidaten Jesse Jackson in Detroit höflich, aber mit Argusaugen. Immerhin räumte es ihm zehn Minuten Sprechzeit ein, während sonst nur die erklärten Kandidaten, sechs an der Zahl, zu Wort kommen.

Im „Black Caucus" des Komitees erhielt der schwarze Pfarrer aus Chicago schon mehr: eine Resolution, die das Konzept eines schwarzen Präsidentschaftskandidaten der Demokraten für den Wahlkampf 1984 unterstützt – allerdings ohne Namensnennung.

Ganz klar war es dann in der „Little Rock Missionary Baptist Church". Die Gemeinde sang „Sign Me Up", ein Spiritual der Bürgerrechtsbewegung, das die Registrierung schwarzer Wähler behandelt. Der Pfarrer begrüßte seinen Amtsbruder mit „Run, Jesse run!". Die Zustimmung der schwarzen Wähler, das Interesse der Medien, die dem 41jährigen Bürgerrechtler und Schüler Martin Luther Kings auf dem Fuße folgen, machen Jesse Jackson, obwohl er noch nie ein Wahlamt bekleidet hat, zu einem ernstzunehmenden Kandidaten und Rivalen im demokratischen Lager. Für die Reagan-Administration ist er Anlaß einer Reihe von Maßnahmen, die ihren unverdient schlechten Ruf bei den schwarzen Bürgern aufbessern sollen.

Die Möglichkeit, daß ein Schwarzer eines Tages das höchste Amt der Vereinigten Staaten bekleidet, hat nichts Schreckhaftes mehr für Amerikaner. Das Gallup-Institut legt seit 25 Jahren den Wählern die Frage vor: „Wenn Ihre Partei einen allgemein gut qualifizierten Mann als Präsidenten nominieren würde und dieser schwarzer Hautfarbe wäre, würden Sie dann für ihn stimmen?" 77 Prozent bejahten in diesem Jahr die Frage, 16 Prozent beschieden sie negativ, sieben Prozent äußerten keine Meinung.

In der gelasseneren Atmosphäre nach den Bürgerrechtskämpfen der sechziger und siebziger Jahre wurden mehr als 5000 Schwarze in Wahlämter gehoben, davon 223 Bürgermeister. Achtzehn von ihnen stehen Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern vor, darunter Los Angeles, Chicago und Detroit. Von den 435 Repräsentanten des Kongresses bilden 21 den einflußreichen „Black Caucus". Die Zahl der möglichen schwarzen Wähler wurde beim letzten Zensus mit 17 Millionen angegeben – das sind 10,5 Prozent der gesamten amerikanischen Wählerschaft. Da sie seit Roosevelt jedoch traditionell für die Demokratische Partei stimmen, bilden sie für diese ein wesentlich stärkeres Potential. Auf dem Parteikonvent der Demokraten, der den Kandidaten der Partei mit dem Symbol des Esels zu bestimmen hat, werden von 3923 Delegierten schätzungsweise 778 Schwarze sein – ein Block von knapp 20 Prozent.



Jesse Jackson hat in der schwarzen Prominenz Amerikas hohen Bekanntheitsgrad FOTO: DPA

Das sind die Überlegungen, die einen Mann wie Jesse Jackson bewogen haben, eine Kandidatur ernsthaft ins Auge zu fassen. In einem Gespräch mit dem Magazin „U. S. News and World Report" sagte Jackson, „schon als ein noch nicht erklärter Kandidat, nur als jemand, der die Probleme aufzeigt, schneide ich besser in den Umfragen ab, als Cranston, Hart, Hollings und Askew". In der Tat placierte eine Umfrage kürzlich Jackson überraschend unmittelbar hinter die Spitzenkandidaten, den früheren Vizepräsidenten Walter Mondale und den Ex-Astronauten und Senator John Glenn. Er hat den höchsten Bekanntheitsgrad in der schwarzen politischen Prominenz. Als geschulter Baptistenprediger verfügt er über eine gute Rhetorik.

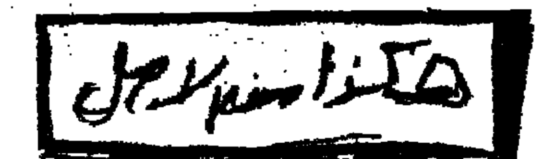
Weißen Zuhörern in seinem samstäglichen säkularen „Gottesdienst", in einem Kino in Chikagos schwarzem Slum der South Side, gefiel, daß Jackson die jungen Leute zu Selbstdisziplin, zu Enthaltung von Drogen und Alkohol aufforderte. Sie sollten nicht jeden persönlichen Nachteil auf die Sklaverei schieben, sondern bei sich selbst anfangen.

Mit 17 Millionen Wählern, selbst wenn die geschlossen zur Wahl gingen, ist ein schwarzer Kandidat offenkundig nicht durchzubringen, zumal das amerikanische Wahlsystem vor die Nominierung an die 30 „Primärwahlen" setzt, das heißt vom demokratischen oder republikanischen Parteivolk zu treffende Vorabstimmungen. So wollte der schwarze Ausschuß des Demokratischen Nationalkomitees in Detroit von Jesse Jackson denn auch wissen, ob er die Registrierung schwarzer Wähler fördern, sich tatsächlich nominieren lassen, eine politische Aussage machen oder eine starke Verhandlungsposition gegenüber einem kraftvollen demokratischen Bewerber aufbauen wolle.

Auf keine dieser Fragen gab der unerklärte Kandidat eine direkte Antwort. Nur soviel sagte er, daß jeder dieser Gründe für sich bereits eine Kandidatur rechtfertige. „Nichts produziert mehr Wähler als ein echter Kandidat", räumte ein hoher Funktionär der Demokraten ein. Die Frage, die sich den Demokraten jedoch stellt, heißt: Sollte es Jackson gelingen, zwei oder mehr Millionen neue Wähler im Süden hinzuzugewinnen – wem kommen die zugute? Hier beginnen Jacksons Schwierigkeiten mit seiner Partei (als Unabhängiger will er nicht kandidieren).

In erster Linie ist der Spitzenkandidat der Demokraten, Mondale, auf die Stimmen der schwarzen Wählerschaft angewiesen. Er führte denn auch in Detroit gleich zwei Gespräche mit Jackson, „nicht etwa, um ihm eine Kandidatur auszureden". Ein schwarzer Kandidat würde notwendigerweise einen großen Teil der Probleme im Wahlkampf ansprechen, die Mondale als Vertreter der „Interessen der Minderheiten" für sich pachten möchte. Das Beispiel der Bürgermeisterwahl in Chicago hat gezeigt, daß schwarze Wähler bei einer Konfrontation schwarz-weiß diszipliniert zu dem Kandidaten der eigenen Hautfarbe stehen.

So muß der weiße demokratische Spitzenkandidat befürchten, daß er auf dem Parteikonvent mit den Wünschen und Ansprüchen eines kraftvollen schwarzen Mitbewerbers konfrontiert wird. Er muß sie im Wahlprogramm berücksichtigen. Ein zu radikal gefärbtes Programm aber kann die Mitte abschrecken, um die es bei jeder Präsidentschaftswahl letztlich geht. (SAD)



„Prawda": Mangelnde KP-Solidarität

AFP/dpa, **Moskau**

Über mangelnde „internationalistische Solidarität" kommunistischer Parteien im Ausland hat sich die sowjetische Führung beklagt. In einem von Wadim Sagladin, dem Ersten Stellvertreter des Leiters der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU, verfaßten Artikel im Parteiorgan „Prawda" hieß es, es habe sich hier und da der Standpunkt in kommunistische Kreise eingeschlichen", daß der Sozialismus ebenso wie der Imperialismus für das Ansteigen der Spannungen in der Welt verantwortlich sei. Es sei zu bedauern, daß den „ideologischen und propagandistischen Manövern des Klassenfeindes" seitens gewisser kommunistischer Parteien keine „angemessene Antwort" erteilt worden sei.

In einigen Fällen, so Sagladin, sei eine Schwäche in der internationalistischen Solidarität beobachtet worden, vor allem in Beziehung zu Polen und Afghanistan, aber auch zu Äthiopien, Angola und El Salvador.

Sagladin rief die kommunistischen Parteien in den westlichen Ländern auf, den Kampf innerhalb der „Friedensbewegung" zu intensivieren. Es komme jetzt darauf an, ein tieferes Verständnis für die Verantwortung und die internationale Zusammenarbeit der „friedliebenden" Kräfte, vor allem der Kommunisten, zu entwickeln.

Portugal: Soares auf Konfliktkurs?

dpa, **Lissabon**

Portugals Regierungschef Mario Soares hat Staatspräsident Antonio Ramalho Eanes nach zuverlässigen Informationen aus Lissabon aufgefordert, den Generalstabschef des Heeres, Amadeu Garcia dos Santos, abzusetzen. Der 47jährige General war nach der Wiederwahl des Präsidenten im Dezember 1981 zum obersten Heereschef ernannt worden, nachdem er zuvor als höchster Militärberater im Präsidialamt eng mit Eanes zusammengearbeitet hatte.

Alles deutet darauf hin, daß Soares eine Kraftprobe mit dem Präsidenten sucht, obwohl er erst vor kurzem gegenüber Journalisten erklärt hatte, es gebe gegenwärtig zwischen Regierung und Präsidialamt keinerlei Probleme. In den vergangenen drei Jahren hatten Spannungen zwischen dem Regierungs- und dem Staatschef die Innenpolitik immer wieder belastet. Falls Eanes seine Zustimmung zur Absetzung von General dos Santos versagt, muß das Parlament mit einer Zweidrittelmehrheit entscheiden.

Jagd auf Wale wird eingeschränkt

dpa, **Brighton**

Die Jagd auf die von Ausrottung bedrohten Wale wird weiter eingeschränkt. Darauf einigte sich die Internationale Walfangkommission auf ihrer Jahrestagung im südenglischen Seebad Brighton. Die Fangquote soll für die kommende Jagdsaison um mehr als 2000 auf rund 10 000 gesenkt werden.

Ein totales Verbot des kommerziellen Walfangs ab 1986, wie es die Kommission im vergangenen Jahr beschlossen hatte, ist aber noch weit von der Verwirklichung entfernt. Vor allem die UdSSR, Japan und Norwegen opponierten erneut gegen eine solche Maßnahme.

Rodolfo Llopis gestorben

AFP, **Albi**

Rodolfo Llopis, Mitbegründer der Sozialistischen Internationale und früherer Chef der spanischen Exilregierung während der Franco-Ära, ist in seinem Wohnort Albi in Südfrankreich im Alter von 88 Jahren gestorben.

Managua fühlt sich durch Reagans Pläne in die Enge getrieben

„New York Times": Einsatz schließt Blockade nicht aus / Sorge in Nicaragua

W. THOMAS/DW. **Managua**

In Managua beherrscht gegenwärtig ein Thema die Diskussionen – die von US-Präsident Reagan angekündigte verstärkte militärische Präsenz in Mittelamerika. Die einzige offizielle Stellungnahme kam vom Innenminister Nicaraguas, Tomas Borge, und sie fiel äußerst vorsichtig aus. Die bevorstehenden Seemanöver der USA würden „in keiner Weise die Entspannung fördern. Wir hoffen, daß sie uns nicht den Krieg bringen."

Die „New York Times" hatte am Wochenende unter Berufung auf hohe US-Regierungsvertreter berichtet, Reagan habe das Verteidigungsministerium mit der Planung eines stärkeren Militäreinsatzes in Mittelamerika beauftragt und sehe eine mögliche begrenzte Militärblockade Nicaraguas vor.

Die US-Regierung hat bereits eine Reihe militärischer See-, Luft- und Landübungen angeordnet, die im August in Mittelamerika und in der Karibik beginnen sollen. Laut „New York Times" sind diese Übungen zum Teil dazu bestimmt, eine Militärquarantäne um Nicaragua in der Planung vorzubereiten. Weiter berichtet das Blatt, daß an der Atlantik-Küste von Honduras eine US-Luftwaffen-und-Flotten-Basis im Wert von 150 Millionen Dollar gebaut werden soll.

Bisher keine Proteste

Die sandinistische Regierung in Managua, sonst schnell mit Attak*ken gegen Washington zur Hand*, hat mit ungewöhnlicher Zurückhaltung auf die Entsendung von zwei Flottenverbänden an die Küsten Nicaraguas reagiert und bisher keine Protesterklärung abgegeben.

Als US-Truppen und honduranische *Soldaten Anfang des Jahres* das gemeinsame Manöver „Große Kiefer" abhielten, war Managua von einer antiamerikanischen Welle überflutet worden. Vor der US-Botschaft kam es zu Demonstrationen.

Die reservierte Reaktion vom Wochenende reflektiert Ratlosigkeit und Sorge. Zum erstenmal greift das Gefühl um sich, daß die Reagan-Regierung die Nicaragua-Schraube kräftig anzieht und am Ende auch militärisch intervenieren könnte. Die Amerikaner haben eine Maschinerie des psychischen Drucks in Bewegung gesetzt, die *manchen Beobachter in Managua* an die Falkland-Flotte Margaret Thatchers erinnert: Entscheidungszwang der anderen Seite durch herannahende Kriegsschiffe. Ähnlich wie der ehemalige argentinische Präsident Galtieri geraten nun auch die Comandantes in die Klemme.

Niemand weiß, ob die Reagan-Regierung den Sandinisten noch einen breiten Handlungsspielraum lassen will. Es geht heute nicht mehr vordringlich um El Salvador. Der Mittelamerika-Konflikt konzentriert sich wieder auf Nicaragua.

In Managua wird vermutet, daß Reagan von den Sandinisten eine Rückkehr zu den ursprünglichen Verpflichtungen fordern könnte: politischer Pluralismus, Blockfreiheit, Garantien für den Privatsektor. Als der Comandante Bayardo Arce vergangene Woche US-Botschafter Anthony Quainton fragte, was zu tun sei, um amerikanische Wünsche zu erfüllen, antwortete Quainton: „Verlegt den Wahltermin vor." Nach den bisherigen Plänen werden Wahlen 1985 stattfinden.

Der Karikaturist des sandinistischen Sprachrohrs „Barricada" geht davon aus, daß die Amerikaner nicht mehr mit sich verhandeln lassen. Er zeichnete einen Uncle Sam aus rauchenden Kanonenrohren, der wissen wollte: „Noch eine Frage?"

Die *schärfsten Kritiker der Comandantes*, unter ihnen viele Vertreter des gehobenen Mittelstandes, hoffen, daß die Reagan-Regierung tatsächlich die militärische Lösung sucht. Als typisch mag die Äußerung eines Geschäftsmannes gelten: „Die Privatwirtschaft wird systematisch erwürgt. Bald werden hier Ostblock-Verhältnisse herrschen."

Die Bemühungen, antiamerikanische Ausfälle in Grenzen zu halten, waren bereits bei der Revolutionsfeier am Dienstag vergangener Woche zu erkennen gewesen. Junta-Chef Daniel Ortega hatte bei dieser Gelegenheit ein Sechspunkte-Programm zur Lösung der Mittelamerika-Krise vorgelegt. Die USA sind darauf jedoch bisher nicht eingegangen. Zwei Tage später meldeten die Zeitungen, daß die Kriegsschiffe kommen.

Ein gutes Wort einlegen

Die „Barricada" stellte die Flotte ausführlich in Wort und Bild vor. Auf der Titelseite war der gewaltige Flugzeugträger „Ranger" abgebildet, innen der Zerstörer „Marvin Shields", die Fregatte „McCorwick" und das in der Unterschrift als *„imposant"* bezeichnete Versorgungsschiff „Wichita". Die Berichterstattung mußte jeden Leser beeindrucken und alarmieren.

Da sich die Comandantes mit Kommentaren zurückhalten, zitieren die Blätter ausländische Kritiker. „Nein zur Kanonenboot-Politik", lautete die Schlagzeile des „Nuevo Diario", der anderen Regierungszeitung. Und „Die Welt verurteilt die Kriegstreiberei der Yankees." In diesem Zusammenhang wurde auch der venezolanische Präsident Luis Herrera Campins erwähnt, der die Seemanöver als „inopportun" eingestuft hatte. Auf Herrera Campins, einen der vier Präsidenten der Contadora-Länder (neben Venezuela noch Mexico, Panama und Kolumbien), konzentrieren sich jetzt die Hoffnungen der Sandinisten: Er wird Anfang August in Managua erwartet. Er soll in Washington ein gutes Wort einlegen. Kubas Staatschef Fidel Castro hat die Friedensbemühungen der Contadora-Gruppe begrüßt und zugleich Nicaragua „volle Unterstützung" für den Fall einer Blockade zugesagt. (SAD)

Ruf der Basken nach Selbständigkeit läuft dem Autonomie-Staat zuwider

Dialog mit Ministerpräsident Gonzalez festgefahren / Navarra bleibt Streitobjekt

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Achteinhalb Stunden dauerte der „Zweikampf" im Madrider Regierungspalast. Als Spaniens Ministerpräsident Felipe González und der baskische „Lendakari" Carlos Garaikoetxea gegen halb drei Uhr morgens auseinandergingen, stand nur eines fest: Die Aufteilung Spaniens in 17 Länder hat ihren Hauptzweck verfehlt, wenn dadurch eine Eindämmung des Separatismus erreicht werden sollte.

Wie Garaikoetxea zum ersten Mal in einem Interview mit der WELT erklärte, werden sich die baskischen Nationalisten nicht damit einverstanden erklären, auf der gleichen Stufe mit den übrigen 16 Ländern gestellt zu sein. Ihr Lendakari (Landesministerpräsident, eigentlich Führer) sagte noch vor einem Jahr: „Wir wollen nicht einmal so viel wie eine deutsche Landesregierung." Jetzt (siehe die WELT v. 30. 6.) fordert er die Selbständigkeit der Basken im Rahmen eines Staatenbundes – nicht *einmal eines Bundesstaates*. Folgende „Nationen" sollen diesem Bund angehören: Kastilien/Spanien, das Baskenland, Katalonien und Galizien. Genau das aber wollten die Väter der Verfassung vermeiden, als sie den „Autonomie-Staat" schufen.

Garaikoetxea sagte auch, wohin seiner Meinung nach die Entwicklung führen wird, wenn Madrid weiterhin grundsätzliche Fragen wie die Zugehörigkeit der reichen Provinz Navarra zum Baskenland den demokratischen Spielregeln überlassen will. 70 Prozent der Bevölkerung *Navarras* sprachen sich in einem Referendum gegen den Anschluß an das Baskenland aus. Der baskische Führer will keine „zufälligen, künstlichen Mehrheiten" gelten lassen. Für die nationalistische Minderheitsregierung im Baskenland kann jedoch nur die „qualifizierte Minderheit der militanten" Befürworter des Anschlusses ausschlaggebend sein.

Für den Fall, daß sich Madrid und Navarra – inzwischen ebenfalls ein autonomes Land – nicht in Verhandlungen mit den Basken einlassen, drohte der Lendakari mit dem, was sich im Baskenland längst abzeichnet: dem Bürgerkrieg. Wörtlich sagte er: „Dann wird es hier Zustände wie in Ulster geben." Er nannte auch die treibende Kraft hinter dem baskischen Nationalismus; als Voraussetzung für einen Waffenstillstand mit den Terroristen der ETA verlangte Garaikoetxea die „volle Anerkennung jeder Ideologie im freien Spiel der Kräfte".

Die baskische Terrororganisation ETA und ihr politischer Arm, die auch in Madrid immer noch zugelassene Herri-Batasuna-Partei, verkörpern aber den revolutionären, internationalen Marxismus. Die bürgerliche Nationalistenpartei PNV ist jedoch auf Herri-Bata*suna und damit auf die ETA* angewiesen, weil sie in Vitoria, der Landeshauptstadt, nur eine Minderheitsregierung stellt. Ihr Hauptgegner ist zunächst also nicht Madrid, sondern die auch im Baskenland vordringende Sozialistische Partei, der sich im Interesse der nationalen *Sicherheit im Baskenland* auch die konservative Volksallianz AP angeschlossen hat. Und das kann eine Änderung im Landesparlament bedeuten.

Dies ist der wahre Hintergrund des Gespräches González/Garaikoetxea. Vor ihm verblassen sämtliche Punkte der Gesprächsrunde wie die Übertragung der Kompetenzen von Madrid an die Landeshauptstadt Vitoria. Die baskischen Nationalisten sind der Meinung, daß die sozialistische Regierung hier bremste, seit sie an der Macht ist.

Über das neue „organische Gesetz zur Harmonisierung des Autonomieprozesses" (LOAPA) wollen die Kontrahenten in den acht Stunden kein Wort verloren haben. Aber dies Gesetz ist laut Garaikoetxea die Waffe in der Hand der sozialistischen Regierung bei ihrem Bemühen, den „Autonomieprozeß zu bremsen". Offenbar wollen Madrid und Vitoria ein Urteil des Verfassungsgerichtes über die *LOAPA abwarten. Man hält es für* möglich, daß die Verfassungsrichter hierin den Basken recht geben werden. Wie auch immer die Entscheidung ausfällt – in beiden Fällen liegt hier eine Ursache der vielfältigen Schwierigkeiten. Die mit heißer Nadel genähte Verfassung *gibt nämlich beiden recht: der Ma*drider Regierung in der Verteidigung Spaniens als „Nation" und den baskischen Nationalisten bei ihren Forderungen nach voller Anerkennung als „Nationalität", worunter die Basken natürlich eine Herausforderung als Nation verstehen. (SAD)

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Freiheit, die sie meinen

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Scheinheiligkeit des nordrhein-*westfälischen Innenministers* schlägt auf den Magen. Herr Schnoor, der sich als der Hüter der Liberalität im Demonstrationsstrafrecht gebärdet, bedenkt zu wenig, welch rigorose Maßnahmen er selbst ergreift, wenn es gilt, politisch unliebsame Demonstranten in ihrem Demonstrationsrecht zu beeinträchtigen.

Als ehemaliger stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union erinnere ich mich noch sehr gut an eine Großdemonstration anläßlich des Breschnew-Besuches in Bonn im Jahre 1981. Damals belegte Herr Schnoor eine große Zahl von afghanischen Flüchtlingen, die in der Bundesrepublik Deutschland im Exil leben, mit der Auflage, sich alle vier Stunden bei der Polizei am Wohnort zu melden. Damit war eine Teilnahme an der Demonstration für „Frieden und *Menschenrechte", die mit über* 50 000 Teilnehmern übrigens völlig friedlich verlief, absolut unmöglich.

Auf Proteste der Jungen Union gegen diese Willkürmaßnahme schützte Herr Schnoor vor, es handele sich bei seiner Maßnahme um den notwendigen und gebotenen Schutz für einen Staatsgast. Der jedoch kam – und das war von den Veranstaltern der Demonstration vorher haarklein mit der Polizei vereinbart – gar nicht in die Nähe des Demonstrationszuges. Nebenbei handelte es sich bei den angeblich so gefährlichen Demonstranten u. a. um Angestellte der Deutschen Welle.

Mit freundlichen Grüßen
Elmar Brok, MdEP,
Bielefeld

Anmaßung der Harlekine

Sehr geehrte Herren,
lassen Sie mich Ihnen dafür danken, daß Sie in Ihrer Ausgabe vom 20. Juli den großen geistigen und seelischen Bogen aufzeigen, der vom Deutschland des Zweiten Weltkrieges mit dem 20. Juli 1944 zur – noch freien – Bundesrepublik Deutschland des entscheidenden Jahres 1983 führt. Dazu trägt der Hauptkommentar von Herrn Matthias Walden („Freiheit, für die sie starben") ebenso bei wie die Artikel der Herren Heinz Barth („Sand im Getriebe") und Heinz Pentzlin („Marktwirtschaft und Christentum: kein Gegensatz").

Herr Walden macht deutlich, daß es eine Anmaßung der „Harlekine der Happenings und Demos" des Jahres 1983 ist, *für ihr zerstörerisches Tun den Begriff* „Widerstand" zu verwenden, der in Deutschland mit dem mutigen Einsatz gegen das verbrecherische NS-Regime verbunden ist. Dies geschieht – und zwar mit Unterstützung eines Teils unserer Medien – zu einem Zeitpunkt, in dem wir auf das geistige Erbe der Männer und Frauen des 20. Juli 1944 besonders angewiesen sind. Dieses Erbe gerät sogar in die Gefahr, durch Menschen, die – wie Herr Walden es ausdrückt – „Libertinage mit Liberalität verwechseln", verschleudert zu werden. Wer für „Frieden ohne Freiheit" plädiert, verrät das, wofür es am 20. Juli 1944 – um die Worte von Herrn Walden zu wiederholen – ging: „Freiheit des Rechts und der Ordnung, der Liebe und der Menschlichkeit, des Dienstes und der Demut, eine Freiheit im Gehorsam zu Gott."

Wie man das heute in der Außenpolitik macht, weist Herr Barth in seiner treffsicheren Glosse zum Nicht-Ergebnis der KSZE-Folgekonferenz (m. E. Abkürzung für: „Keine Sicherheit zu erreichen") nach: Verzicht auf eine adäquate Berücksichtigung von „Korb III". Das bedeutet Hintanstellung der Menschenrechte durch die auf Anpassung bedachten, kleinkarierten europäischen Staaten einschließlich der ge-„wendeten" Bundesrepublik Deutschland.

Mir selbst bleibt unklar, wie unser vor Liberalität fast aus den Nähten platzender Herr Außenminister und Vizekanzler es vor seinem Gewissen verantworten kann, das vorgesehene Schlußdokument von Madrid mit seinem prakti*schen Verzicht auf die Menschen*rechte als Erfolg zu preisen. Was mögen Sacharow oder die in psychiatrischen Anstalten untergebrachten Angehörigen der Helsinki-Gruppen in der Sowjetunion, was die inhaftierten KOR-Leute in Polen darüber denken?

Durch die Betrachtung von Herrn Pentzlin wird u. a. deutlich, wie gewisse Vertreter unserer Kirchen (letztere spielten im Kampf gegen den Hitler-Staat eine tragende Rolle) mit ihrer Ablehnung der sozialen Marktwirtschaft der freiheitlichen Ordnung unseres Staates auf dem wichtigen Gebiet seines ökonomischen Systems die Grundlage zu entziehen versuchen. Ihre Vorgänger haben vor 40 Jahren im Widerstand eine Tradition des Dienens im besten Sinne geschaffen, die die heutigen selbsternannten Beauftragten der „Theologie der Befreiung" durch ihr risikoloses Wirken in ihr Gegenteil verkehren. Auf einem anderen, sicher ebenso wichtigen Gebiet wie dem der äußeren Sicherheit haben dies die evangelischen „eiskalten Pfarrer" von Mayen nicht nur versucht, sondern bereits vorbildlich praktiziert.

In aufrichtiger Verbundenheit
mit freundlichen Grüßen
Ernst-Ulrich Hantel,
Bonn 1

Ferienanfang

Sehr geehrte Redaktion,
alle Jahre wieder die gleichen „Probleme" zu Ferienanfang. Die Ströme der Ferienreisenden und der Wochenendfahrer treffen zusammen, ergießen sich mit geballter *Kraft auf* Autobahnen und Bundesstraßen, führen zu endlosen Staus – und diese wiederum zu Streß, Nervosität und Erschöpfung. Dann kommen gut gemeinte Ratschläge und auch aktive Hilfen.

Hier nun eine Idee: Erster und auch letzter Ferientag sei ein Mittwoch. Dann wird *mit* Sicherheit kein Wochenendfahrer den Ferienverkehr zusätzlich belasten; und alle, ohnehin kaum beachteten Bitten und Empfehlungen, nicht gleich am ersten Tage in die Ferien zu starten, werden überflüssig.

Niemand sage, daß eine solche *Regelung recht eigentlich ganz* naheliegend sei. Solche Überlegungen spielen sicher in einer Ministerialbürokratie keine Rolle.

Otto Haefcke,
Mölln

Schutz vor wem?

„Irregeführte Verbraucher": WELT vom 19. Juli

Mit Vergnügen habe ich den Artikel über die „selbsternannten Verbraucherschützer" gelesen und möchte Herrn Posny zu seinem gelungenen satirischen Beitrag gratulieren. Allerdings bin ich als regelmäßiger WELT-Leser nicht unbedingt gewohnt, Satire auf der Wirtschaftsseite zu finden!

Mein Vorschlag: Vielleicht sollte eine Organisation gegen „Wettbewerbsverzerrungen durch Verbrauchervereine" gegründet werden. *Denn so kann es ja nicht weitergehen!*

Rolf Schneider,
Stelle 2

Wort des Tages

❝Gut sein ist edel. Aber anderen zeigen, wie gut sie sein sollten, wirkt edler und macht nicht so viel Mühe.❞

Mark Twain, amerik. Autor (1835–1910)

Personalien

ERNENNUNG

Korea ist durch einen neuen Generalkonsul vertreten. **Yoon-Taik Kim** wurde von der Bundesregierung das Exequatur erteilt. Der Konsularbezirk umfaßt die Stadtstaaten Hamburg und Bremen und die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Erloschen ist das Exequatur von Generalkonsul **Kong Chun Choi**.

EHRUNGEN

Herbert Sauer, Vizepräsident des Landesrechnungshofes Nordrhein-Westfalen, ist von Bundespräsident **Karl Carstens** mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet worden.

*

Walter Justus Schütz, Leiter des Referats Pressedokumentation, Pressearchiv und Bibliothek im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und als Publizistikwissenschaftler und Pressestatistiker in Fachkreisen geschätzt, wurde von der Philosophischen Fakultät der Uni Münster mit dem „Dr. phil. h. c." ausgezeichnet.



„Mit großer Sympathie" hat **Noël Museux**, Chef der französischen Delegation bei der Bonner Antarktis-Konferenz die Pinguin-Demonstration von Greenpeace registriert. Der stellvertretende Direktor der juristischen Abteilung im Quai d'Orsay: „Ausbeutung des Kontinents darf es nicht geben, wenn nicht die Risiken für die Umgebung beachtet werden."

FOTO KEIL

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion, 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Precheit

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

FECHTEN

10 000 Mark für Werbung mit Dorina

ANDREAS SCHIRMER, Wien

Die sportlichen Wege der beiden Fechterinnen werden sich noch oft kreuzen. Italiens neue Weltmeisterin Dorina Vaccaroni wird die Attacken von Christiane Weber aus Düllingen abwehren müssen. „Sie ist nach Cornelia Hanisch das größte Talent", schwärmt Damen-Bundestrainer Horst-Christian Tell.

Bei den Weltmeisterschaften in Wien schaffte Christiane Weber erstmals den Sprung ins Finale und wurde Fünfte. Bis zum Finale hatte die 21 Jahre alte Medizinstudentin von 17 Gefechten nur zwei verloren. Im deutsch-deutschen Finalkampf gegen die Ostberlinerin Mandy Niklaus unterlag sie jedoch mit 7:9 Treffern. „Wenn man so weit gekommen ist, muß die Enttäuschung groß sein", trauerte Christiane Weber einer möglichen Medaille nach.

Fechtexperten sagen voraus, daß sie eines Tages – vielleicht schon bei den Olympischen Spielen in Los Angeles – die Hauptrolle auf der Fecht-Bühne übernehmen kann. Ihre elegante Klingenführung, die aufrechte Körperhaltung und ihre perfekte Technik machen sie schon heute zu einer Ästhetin ihres Sports. Gleichwohl hat sich dieser klassische französische Fechtstil hinderlich beim Aufstieg Christiane Webers ausgewirkt. „Früher bin ich in Schönheit gestorben, jetzt habe ich auch zu kämpfen gelernt", bekennt sie freimütig.



Jetzt fehlt ihr nur noch eine olympische Medaille: Dorina Vaccaroni. FOTO. UPI

Gewichtigen Anteil am Erfolg von Christiane Weber hat Bundestrainer Tell („er hat meinen Stil geprägt"), der Cornelia Hanisch zweimal zum Welttitel führte. Die Offenbacher Ausnahmefechterin ist das große Vorbild von Christiane Weber.

Bei den Weltmeisterschaften in Wien mußte Christiane erst einmal die Freundin trösten, die erstmals seit 1978 vor der Finalrunde scheiterte und gemeinsam mit Sabine Bischoff, Ingrid Losert und Ute Wessel in der K.-o.-Runde hängenblieb. „Ich hatte kein Selbstvertrauen, warum, weiß ich nicht", rätselt die niedergeschlagene Ex-Weltmeisterin.

Trainer Tell, der mit großem Optimismus („Kleine Siege sättigen mich nicht") nach Wien gereist war, war sichtlich enttäuscht. 1982 in Rom hatten mit Losert, Bischoff und Hanisch gleich drei seiner Damen im WM-Finale gestanden. „Conny wird aber noch einmal ganz oben stehen, vielleicht schon in Los Angeles", hofft Tell, daß seine Musterschülerin noch ein weiteres Glanzlicht in ihrer Karriere setzt.

Zutrauen könnte man einen olympischen Medaillen-Coup auch Christiane Weber. Ein Jahr ist viel Zeit, um Fehler auszumerzen, reifer zu werden und die italienische Konkurrentin, Dorina Vaccaroni, zu studieren. Die hübsche, temperamentvolle, exzentrische Fechterin war in dieser Saison die absolute Nummer eins. Zuvor als ewige Zweite abgestempelt, gewann sie in diesem Jahr alles, was es zu gewinnen gab. Die 20jährige siegte bei der Europameisterschaft, holte Weltcup und Weltmeistertitel. Nur olympische Lorbeeren fehlen noch in ihrem Siegerkranz.

Fast professionell – abgesichert durch reiche Eltern in Venedig und durch reichliche Werbeeinnahmen –, trainiert Dorina Vaccaroni sechs Stunden pro Tag. Deutsche Fechter verbringen kaum die Hälfte der Zeit auf der Planche. Zusammen mit der Ex-Weltrekordlerin im Hochsprung, Sarah Simeoni, ist sie die populärste Sportlerin Italiens. Kein Wunder, daß die Werbefirmen der fotogenen Fechterin nachlaufen. Vor der WM soll Dorina Vaccaroni rund 10 000 Mark pro Monat aus der Werbung erhalten haben. Auch das Nationale Olympische Komitee (CONI) zeigte sich großzügig. Nach dem Junioren-Weltmeistertitel 1981 erhielt sie 2500 Mark und für die Wiener Goldmedaille soll die fünffache Summe auf das Konto überwiesen werden.

Für deutsche Verhältnisse sind dies finanzielle Dimensionen, von denen Mädchen wie Christiane Weber nur träumen können. Die deutschen Florett-Herren schlugen Jugoslawien 9:0 und China 9:4. Damit qualifizierten sie sich für das Viertelfinale.

TENNIS / Deutsche Damen verpaßten im Finale des Federation-Cups eine große Chance: Niederlage gegen CSSR

Schwache Nerven und eine Zerrung im Rücken: Weinend gab Bettina Bunge auf – Trainer Hofsäß: „Woche auf dem Hochseil"

H. J. POHMANN, Zürich

Auch im vierten Anlauf hat es das deutsche Federationcup-Team der Damen nicht geschafft, diese offizielle Mannschafts-Weltmeisterschaft zu gewinnen. Das Finale in Zürich gegen die Tschechoslowakei endete sogar mit einem sportlichen und menschlichen Drama. Denn nach einem 2:6 im ersten Satz mußte Bettina Bunge nach einem 0:3 im zweiten Satz das Spiel gegen Hana Mandlikova aufgeben. Damit war das Finale entschieden, denn im ersten Einzel hatte Claudia Kohde bereits überraschend mit 4:6, 6:2, 2:6 gegen Helena Sukova verloren.

Nun saß sie da, die Bettina Bunge, die die ganze Last der Verantwortung auf ihren schmalen Schultern trug, und weinte bitterlich. Immer wieder hielt sie sich das nasse Handtuch vors Gesicht, um die Tränen zu verbergen. Sie zitterte am ganzen Körper und war mit den Nerven am Ende. Sie, die den wichtigen Punkt zum 1:1 holen sollte, hatte aufgeben müssen, weil ihr eine Verletzung zu schaffen machte, weil aber auch Hana Mandlikova für die Achte der Weltrangliste an diesem Nachmittag in Zürich einfach zu stark war. Offiziell hieß es, Bettina Bunge habe wegen einer Zerrung am linken Gesäßmuskel das Spiel abbrechen müssen. Bereits am Samstag habe sich diese alte Verletzung zum ersten Mal wieder bemerkbar gemacht. Bundestrainer Klaus Hofsäß: „Sie hat immer wieder Schmerzen in dieser Gegend gehabt."

Sie habe sich kaum drehen und wenden können, so Bettina Bunge, die Schmerzen seien zu stark gewesen. Vor allen Dingen beim Aufschlag seien sie fast unerträglich gewesen. Das ist auch eine Erklärung dafür, daß sie bis zur Aufgabe sechs Doppelfehler produzierte.

Gleich im ersten Satz unterliefen ihr sogar zwei Doppelfehler hintereinander. Die Bälle gingen weit ins Aus, weil sie sich beim Aufschlag nicht strecken konnte. Schon da schaute sie fast hilflos zum Bundestrainer. Jan Kukal, Trainer der CSSR, aber hatte offenbar mitbekommen, was mit Bettina Bunge los war. Er wies Hana Mandlikova an, den Ball nur noch im Spiel zu halten. Sonst ist die Spielerin aus Prag nämlich dafür bekannt, daß sie jeden Ball mit letztem Einsatz und vollem Risiko schlägt. Doch jetzt konnte sie einen Gang zurückschalten und brauchte nur noch auf die Fehler von Bettina Bunge zu warten.

Bundestrainer Klaus Hofsäß: „Bettina sagte mir während des ganzen Spiels, daß die Schmerzen immer stärker werden. Schon beim 0:1 im zweiten Satz wollte sie aufhören. Ich habe sie überredet, es noch zwei Spiele zu versuchen."

Beim 0:3 war es dann so weit, der Aufforderung des Schiedsrichters zum Weiterspielen kam Bettina Bunge nicht mehr nach, die CSSR hatte das Finale gewonnen. Für den Bundestrainer war damit eine Woche mit Bettina Bunge zu Ende gegangen, die er selbst als „eine Woche auf dem Hochseil" bezeichnete. Hofsäß meinte damit die schlechte nervliche Verfassung der Deutsch-Amerikanerin seit ihrer Niederlage in Wimbledon gleich in der ersten Runde gegen die Schweizerin Christiane Jolissaint. Sah es bis gestern noch so aus, als hätte Bettina Bunge ihr Selbstvertrauen wiedergewonnen, so war die Aufgabe – trotz der Verletzung – der Beweis dafür, daß sie sich innerlich doch noch längst nicht gefestigt hat.

Die deutsche Mannschaft hat damit eine große Chance verpaßt, zum erstenmal diesen Titel zu gewinnen. Doch auch das läßt sich heute schon sagen: In Zürich wurde eine Chance vertan, die so schnell nicht wieder kommen wird. Wenn es für das deutsche Team überhaupt einen Trost gibt, dann liegt der bestimmt im gewonnenen Preisgeld. Rund 85 000 Mark erhält der Verlierer des Finales, und die Erfolgsprämien des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) dürften pro Spielerin zwischen 21 000 und 30 000 Mark liegen.

Ungewöhnlich war es, wie die CSSR in dieses Finale ging. Um elf Uhr war das erste Spiel angesetzt, doch Claudia Kohde und Helena Sukova begannen das erste Einzel erst um 12.15 Uhr. Das CSSR-Team wollte erst noch ein Training absolvieren. Das ist eigentlich nicht erlaubt, denn so etwas sieht die Tennisregel nun einmal nicht vor. Ob die deutschen Mädchen dadurch schon nervös geworden sind?

Die Bedenken von Jürgen Kilsch, Stiefvater von Claudia Kohde, lagen jedenfalls woanders: „Hoffentlich bewegt sich unsere Lange heute gut." Diesen Gefallen tat ihm dann die 19 Jahre alte Claudia nicht. Viermal hatte sie bereits gegen Helena Sukova gespielt und jedesmal gewonnen. Doch ausgerechnet in diesem bedeutenden Spiel fand sie nicht zu ihrer Form. Die Saarbrückerin wirkte im ersten Satz gehemmt und überließ ihrer Gegnerin die Initiative. Vor allen Dingen bei den Returns bewegte sie sich nicht und verschlug deshalb leichte Bälle. Auch bei ihr war diesmal der Aufschlag das große Problem. Da stimmte der Rhythmus nicht, da war der Bewegungsablauf schlecht.

Erst im zweiten Satz faßte sie mehr Mut und hatte auch Erfolg. Jetzt sah es so aus, als würde Helena Sukova konditionell nicht mehr mithalten können. Im dritten Satz wandte die Pragerin einen kleinen psychologischen Trick an, um Claudia Kohde vollends aus dem Konzept zu bringen. Sie unterbrach einfach das Spiel, weil ein kleines Kind laut geschrieen hatte ...



Zu viele Unsicherheiten beim Aufschlag: Claudia Kohde FOTO: MOENKEBERG



Im zweiten Satz aufgegeben: Bettina Bunge FOTO: SVEN SIMON

LEICHTATHLETIK: Belgier übersprang 2,34 m

Coe: „Als ich Gas geben wollte, kam nichts . . ."

U. FIBELKORN/dpa, London

Zwei Ereignisse kennzeichneten die Szenerie der internationalen Leichtathletik an diesem Wochenende: In London verlor der englische Weltrekordler Sebastian Coe einen Meilenlauf gegen den Amerikaner Steve Scott, und in Brüssel übersprang der belgische Hochspringer Eddy Annys 2,34 m. An den neuen Weltrekordhöhen 2,38 m und 2,40 m scheiterte der 24jährige Antwerpener.

Englands dreifacher Weltrekordler Sebastian Coe kann nun auch auf der klassischen englischen Meile (1609 m) offenbar nicht mehr gewinnen. Bei den Internationalen Britischen Meisterschaften in London verlor der 26jährige nach zwei Schlappen über 1500 m in 3:52,93 Minuten gegen den amerikanischen WM-Favoriten Steve Scott (3:51,56). Coe: „Ich habe alles richtig gemacht, doch als ich Gas geben wollte, kam nichts." Und: „Ich kann nur hoffen, daß bei der Weltmeisterschaft in Helsinki die Schnelligkeit wieder da ist."

„Ich wollte 'mal etwas Einmaliges machen", sagte Eddy Annys, als er bei den belgischen Meisterschaften im Brüsseler Heysel-Stadion die Hochsprunglatte auf 2,40 m legen ließ. Annys riß diese Höhe, doch zuvor war er nur hauchdünn zweimal an 2,38 m gescheitert. Mit 2,34 m hatte er belgischen Rekord gesprungen. Diese Höhe hatten in diesem Sommer zuvor auch die beiden Deutschen Paul Frommeyer und Carlo Thränhardt gemeistert.

Annys, mit 1,86 Meter Körpergröße bei 70 Kilogramm Gewicht, einer der kleineren Hochspringer der Weltklasse, hatte im vorigen Jahr noch eine Bestleistung von 2,25 Meter zu Buche stehen. Weil ihm im Winter erstmals keine Verletzungen plagten, hat er es auch mal mit Krafttraining versucht. Das zahlte sich bisher aus: Eddy Annys, Sportlehrer in einem Antwerpener Fitness-Center, steigerte sich von 2,25 m kontinuierlich bis 2,29 m, erzielt in Edmonton (Kanada). Am Samstag in Brüssel wollte er unbedingt 2,30 m hoch springen. Das gelang fast mühelos. Annys: „Als ich da drübergekommen war, hatte ich auf einmal keine Nerven mehr, so entspannt, so locker war ich." Da merkte er denn auch kaum, daß er auf einmal über 2,34 m flog. Viel Luft war da noch zwischen Körper und Latte – im Grunde war es ein Sprung über die Weltrekordhöhe von 2,37 m.

Annys schüttelte danach erstaunt den Kopf. Denn diese Höhen hatte er sich jetzt noch nicht zugetraut, weil er mitten im harten Vorbereitungstraining für die Weltmeisterschaft Anfang August in Helsinki steckt. Die neue Weltrekordhöhe von 2,38 m riß er dann äußerst knapp. Für die Weltmeisterschaften hatte sich der junge Antwerpener, der ohne Trainer auskommt, bisher einen Platz unter den besten acht der Welt ausgerechnet. Nach seinen Höhenflügen von Brüssel sagt er: „Vielleicht gewinne ich eine Medaille."

Die einzige Weltjahresbestleistung des Wochenendes wurde übrigens von der Vize-Europameisterin Jarmilla Kratochvilova (CSSR) über 400 Meter mit 48,45 Sekunden erzielt.

Eine B-Auswahl des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) siegte in Begrad bei einem Vier-Länder-Kampf mit 189 Punkten vor der Auswahl der russischen Sowjetrepublik (180), Jugoslawien (176) und Griechenland (148).

RADSPORT / Fazit der Tour de France 1983 – Veränderung für einen Sommer?

Laurent Fignon, neue junge Helden und das Ende der großen alten Männer

FRANS VERMEEREN, Paris

Als vor vier Wochen der Bretone Bernard Hinault wegen einer Knieverletzung seine Teilnahme an der Tour de France absagte, verlor sein Teamchef Cyrille Guimard die Nerven. Der junge amerikanische Vize-Weltmeister Greg Lemond sollte an seiner Stelle als Mannschaftskapitän von Renault-Gitane die Tour fahren. Lemond weigerte sich, weil sein Vertrag das nicht vorsah. Guimard drohte, das gesamte Team nicht starten zu lassen. Doch das stieß auf den Widerstand des Renault-Managements.

Gestern nun fuhr ein Renault-Profi im Gelben Trikot des Spitzenreiters ans Ziel in Paris ein: Laurent Fignon, vor 22 Jahren in Paris geboren, Tour-Neuling und einst einer der Wasserträger Hinaults. Das Team der Namenlosen hatte wieder einen Star. Und es hatte in dem 24jährigen Franzosen Marc Madiot einen weiteren Fahrer, der zu den zehn Besten dieser 70. Frankreich-Rundfahrt gehörte. Guimard, der Mann, der vier Wochen zuvor die Nerven verloren hatte, jubelte: „Wer soll meine Equipe noch schlagen können? Mit Hinault, Fignon, Madiot und Lemond sind wir nicht mehr auszurechnen."

Wunschträume oder realistische Einschätzung der Radprofi-Szene 1983? Die Tour hat neue Helden hervorgebracht – ob es nur für einen Sommer war, wird sich zeigen. Jedenfalls haben die drei Wochen in Frankreich eine veränderte Sachlage in diesem Sport ergeben: Von den einst so großen Stars konnte sich lediglich der 37 Jahre alte Belgier Lucien van Impe im Vorderfeld halten. Er gewann zum sechsten Mal die Bergpreiswertung und egalisierte damit den Rekord des Spaniers Federico Bahamontes. Ansonsten aber setzten sich die jungen und vielfach bislang unbekannten Fahrer in Szene: neben Laurent Fignon dessen Landsmann Pascal Simon, der acht Tage lang das Gelbe Trikot trug und dann wegen eines gebrochenen Schulterblattes aufgeben mußte. Der Holländer Peter Winnen, 25 Jahre alt und im Vorjahr bereits Tour-Vierter, hat sich endgültig im Kreis der besten Radprofis der Welt etabliert. Der Spanier Angel Arroyo, 26 Jahre alt, ein fleißiger, daheim bisher stets vordere Plätze ergatternder Bergspezialist, knüpfte an die einst so großen Erfolge seiner berühmten Landsleute Bahamontes und Ocana an. Der Däne Kim Andersen trug das Gelbe Trikot, und der Amerikaner Jonathan Boyer zeigte in den Pyrenäen und Alpen eine gleichmäßige Leistung ohne Formeinbuße.

Freilich, die jungen Fahrer profitierten auch von den Umständen, die diese Tour de France mit sich brachte: Lucien van Impe verlor die Tour bereits auf der ersten Pyrenäen-Etappe, weil er die Attacken der kolumbianischen Amateure nicht ernst genug einschätzte. Der holländische Ex-Weltmeister Hennie Kuiper stieg aus, weil sein Vater im Sterben lag und die Familie daheim Hilfe brauchte. Sein Landsmann Joop Zoetemelk, Tour-Sieger 1980, wurde der verbotenen Anabolika-Einnahme überführt und wird deshalb die Tour-Direktion vor einem Pariser Gericht verklagen (Frage: Wer hat Mijnher Zoetemelk das Zeug in die Suppe geschüttet?). Der Holländer Johan van der Velde stürzte in einen Abgrund und lädierte sich die Schulter.

Drei andere verrechneten sich: Der Franzose Jean-René Bernadeau, nun endgültig nicht mehr der Kronprinz im Schatten Hinaults, verlor beim 15-km-Bergzeitfahren von Morzine nach Avoriaz alle Chancen auf den Sieg, als er auf Fignon beinahe vier Minuten einbüßte. Der Magen, der Kreislauf – nichts stimme mehr, klagte der Südfranzose schon Tage zuvor. Der fast 40jährige Portugiese Joaquino Agostinho mußte seinem glücklosen Kapitän Sean Kelly aus Irland assistieren, statt selber zu attackieren. Damit war die Lage für die beiden aussichtslos. Denn Kelly hatte seine Vorbereitungen in den Schweizer Bergen bei der Tour de Suisse zu optimistisch eingeschätzt.

Laurent Fignon, Pascal Simon, Marc Madiot, Peter Winnen, Kim Andersen, Jonathan Boyer, der Schotte Robert Millar, der die schwere Pyrenäen-Etappe gewann, sie waren die Stars der 70. Tour de France. Zweifellos haben sie, nachdem Hinault (vorübergehend?) das Zepter abgab, die bisherige Radsport-Hierarchie verändert. Zumindest die Szene der Tour de France.

Alles andere bedarf der Einschränkungen. Denn nicht nur Hinault fehlte bei dieser Tour. Es fehlten, wie eh und je, die stärksten Italiener mit Weltmeister Giuseppe Saronni an der Spitze. Es fehlten die renommierten Belgier Ludo Peeters, Fons de Wolf und Frank Hoste. Die Italiener und ihre ausländischen Fahrer in italienischen Diensten, wie die beiden Deutschen Dietrich Thurau und Gregor Braun, wären eine große Bereicherung gewesen. Doch die italienischen Geldgeber sehen in Frankreich keinen Markt und damit keine Werbemöglichkeiten.

Die Tour hat neue Helden hervorgebracht, vor allem französische. Bei der Weltmeisterschaft im September in der Schweiz sind sie gefordert.

NACHRICHTEN

Wittchen neuer Trainer?

Gummersbach (dpa) – Herbert Wittchen, früherer Trainer beim Handball-Regionalklub TV Emsdetten, gilt als aussichtsreichster Kandidat für den Trainerposten beim Deutschen Meister und Europapokalsieger VfL Gummersbach. Beim TV Emsdetten, der in der letzten Saison bis ins Pokal-Halbfinale vorgedrungen war, hatte Wittchen aufgehört, weil er seine profihaften Vorstellungen nicht verwirklichen konnte.

Mang siegte in Salzburg

Salzburg (sid) – Motorrad-Weltmeister Anton Mang (Inning) kam nach sechsmonatiger Verletzungspause beim fünften Lauf zur Deutschen Meisterschaft auf dem Salzburgring in der Klasse bis 500 ccm erstmals wieder zu einem Sieg.

Schockemöhle in Form

London (sid) – Kurz vor Beginn der Springreiter-Europameisterschaft in Hickstead (28.–31. 7.) bewies Titelverteidiger Paul Schockemöhle (Mühlen) bei der Royal Horse Show in London gute Form. Zum Abschluß des Turniers erreichte er in einem Einladungsspringen hinter Malcolm Pyrah (England) den zweiten Platz. Im höchstdotierten Springen des Turniers wurde er hinter Eddie Macken (Irland) und Lesley McNaught (England) Dritter.

Box-Union greift nicht ein

Rom (sid) – Die Europäische Box-Union (EBU) wird im Dopingfall Rudi Koopmans (Niederlande) nicht eingreifen. Das bei Koopmans nachgewiesene Testosteron steht nicht auf der Verbotsliste des Verbandes. Die Dopingprobe war nach Koopmans K.-o.-Sieg über Manfred Jassmann um den Europameister-Titel im Halbschwergewicht durchgeführt worden.

Junge Reiter Zweiter

Geesteren (dpa) – Die deutsche Equipe belegte bei der Springreiter-Europameisterschaft der Jungen Reiter (bis 21 Jahre) in Geesteren (Niederlande) hinter England den zweiten Platz. Neben Dirk Hürkamp, Ralf Runge und Frank Müller gehörte auch Thies Luther, der Sohn von Peter Luther (Hamburg) zum deutschen Team.

Wolfenbüttel holt White

Wolfenbüttel (dpa) – Der MTV Wolfenbüttel, der dem Abstieg aus der Basketball-Bundesliga in der letzten Saison nur knapp entgangen ist, hat den Amerikaner Greg White verpflichtet. Der 27 Jahre alte White war zuletzt Spielertrainer in Birmingham.

Dörr nur Dritter

Heilbronn (sid) – Titelverteidiger Dieter Dörr (Gelnhausen) belegte bei den Deutschen Meisterschaften im Kunst- und Turmspringen in Heilbronn vom 3-Meter-Brett nur Platz drei. Meister wurde überraschend Albin Killat (München).

Keegan verlängerte

Newcastle (sid) – Der frühere englische Fußball-Nationalspieler Kevin Keegan, der in der Bundesliga für den Hamburger SV gespielt hatte, verlängerte seinen Vertrag beim englischen Zweitligaklub Newcastle United um ein Jahr. Sollte der Verein allerdings ab Ende Dezember keine Aufstiegschancen mehr haben, kann Keegan für eine Ablösesumme von 300 000 Mark wechseln.

Dreimal Weltmeister

Westbury (sid) – Ideal du Gazeau gewann mit Eugene Lefevre im Sulky in Westbury in der Nähe von New York zum dritten Mal hintereinander die Weltmeisterschaft der Traber. Besitzer Pierre Morin erhielt für den Sieg des französischen Trabers fast 320 000 Mark. Der von Helmut Biendl gefahrene Isenburger belegte unter neun Teilnehmern den sechsten Rang.

Mirsojan hob Weltrekorde

Moskau (sid) – Oksen Mirsojan (UdSSR) stellte bei der sowjetischen Sommer-Universiade in Moskau zwei Weltrekorde im Gewichtheben auf. Im Bantamgewicht verbesserte er die Weltrekorde im Reißen auf 127,5 Kilogramm und im Zweikampf auf 287,5 Kilogramm.

Golf – auf dem Weg zum Volkssport tatsächlich schon einen Schritt weiter?

ULRICH SCHMIDLA, Köln

Heute beginnen auf der Anlage des Golf- und Landclubs Köln in Refrath die 49. Offenen Golfmeisterschaften mit der Qualifikation. Die Titelkämpfe, die zum sechsten Mal in Köln-Refrath ausgetragen werden, sind mit 265 000 Mark (44 160 Mark erhält der Sieger, 660 Mark der 65.) dotiert. Damit liegt das Preisgeld um 70 000 Mark höher als im letzten Jahr. Titelverteidiger ist Bernhard Langer, Deutschlands einziger Golfspieler der Weltklasse, der zur Zeit auf Platz drei der europäischen Rangliste liegt.

Nach einem Pro-Am-Turnier am Mittwoch – hier spielen ein Profi mit jeweils drei Amateuren in einem Team – werden ab Donnerstag (jeweils ab 8.00 Uhr) die vier Runden der Meisterschaft ausgespielt. Für die erste Runde sind 132 Profis und zehn Amateure startberechtigt. Prominentester Teilnehmer neben Bernhard Langer ist der Spanier Severino Ballesteros, der in diesem Jahr bereits das Masters-Turnier gewann und in Refrath zusammen mit dem Briten Nick Faldo mit 64 Schlägen für eine Runde den Platzrekord hält.

Die Offenen Deutschen Meisterschaften sind auch in jedem Jahr aufs neue eine Standortbestimmung für die Entwicklung des deutschen Golf. Vor den Titelkämpfen sprach die WELT mit Jan Brügelmann (62), dem Präsidenten des Deutschen Golf-Verbandes (DGV) über die Probleme, die der Sport in Deutschland noch immer bewältigen muß. Jan Brügelmann ist für die FDP Bürgermeister in Köln und war einer der ersten, der Bernhard Langer in seinen Lehrjahren finanziell unterstützte.

WELT: In dieser Woche finden in Köln die Lufthansa German Open statt. Was kann dieses Golfturnier, bei dem 265 000 Mark Preisgelder ausgeschüttet werden, für den Golfsport in Deutschland leisten?

Brügelmann: Wir rechnen mit 5000 Besuchern, vielleicht auch mit 8000. Das Fernsehen überträgt am Finaltag zwei Stunden live. Da werden viele Laien feststellen, daß Golf ein interessanter Sport ist und nicht langweilig wird. Um aber das Ansehen der German Open zukünftig noch weiter anzuheben, muß auch das Preisgeld erhöht werden.

WELT: Herr Brügelmann, von Ihnen weiß man, daß Sie den Golfsport in Deutschland zum Volkssport machen wollen. Seit 18 Monaten sind Sie Präsident des DGV. Welche Ziele konnten Sie bisher verwirklichen?

Brügelmann: Das Angebot an Golfplätzen ist erweitert worden. Neben den privaten Golfklubs haben sich öffentliche Golfplätze und auch solche durchgesetzt, die eine rein geschäftliche Basis haben. Es ist doch vernünftig, wenn der Geldgeber Anteilsrechte des Platzes verkauft, damit er nicht die ganzen Kosten alleine tragen muß. Schon in Paragraph zwei unserer Satzung ist die Förderung des Golfsports in Deutschland verankert. Mit der Popularität von Bernhard Langer und dem Interesse, das die Medien entwickelt haben, sind wir ein ganzes Stück vorwärtsgekommen. Doch es bedarf noch mehr Persönlichkeiten wie der des Düsseldorfer Stadtkämmerers, der als leidenschaftlicher Golfspieler den ersten öffentlich getragenen Golfplatz der Bundesrepublik in Düsseldorf errichten ließ.

WELT: Der Platz in Düsseldorf wurde aber bereits 1978 eröffnet. In fast fünf Jahren hat dieses Modell keine Nachahmung gefunden. Ist das ein Rückschlag für den angestrebten Volkssport Golf?

Brügelmann: Ich bin auch überrascht, daß es nicht mehr Nachahmer gibt. Aber selbst mir, der ich mich im Rathaus auskennt, ist es bisher nicht gelungen, in Köln einen öffentlichen Golfplatz zu gründen. Dabei lassen sich mit solch einem Platz auch Geschäfte machen. Der Düsseldorfer Platz arbeitet seit drei Jahren mit Gewinn.

WELT: Der DGV hat zur Zeit etwas mehr als 60 000 Mitglieder. Sie halten aber auch eine Zahl von 200 000 für möglich.

Brügelmann: 200 000 sind vielleicht etwas hochgegriffen. Aber neben den 60 000 organisierten Golfspielern gibt es noch die große Zahl von Nicht-Mitgliedern, die nur zahlen, wenn sie spielen. Dazu kommen die Leute, die Golf im Urlaub kennenlernen. Den Rest machen die potentiellen Golfspieler aus.

WELT: Was heißt das?

Brügelmann: Diese Spieler können nicht spielen, weil kein Golfplatz in ihrer Nähe liegt. Und die Verbreitung des Golfs ist unbedingt von der Anzahl der Plätze abhängig.

WELT: Naturschützer, Landbesitzer, die für den Verkauf überhöhte Preise verlangen, und der lange Weg durch die Behörden machen den Golfplatz-Initiatoren das Leben schwer. Welche Hilfe kann der DGV anbieten?

Brügelmann: Wir planen für den Herbst die Herausgabe einer Broschüre, die diesen Leuten bei ihren Problemen weiterhilft. Dieses Heft soll aber auch für Aufklärung in der Bevölkerung sorgen. Darin werden alle positiven Aspekte der Anlage eines Golfplatzes aufgezeigt. Ich denke noch darüber nach, ein Beiblatt speziell für die Stadtkämmerer einzulegen. Darin soll ihnen klargemacht werden, wie auch die Städte mit einem Golfplatz Geschäfte machen können. Aber es ist schon eine Art Spießrutenlaufen, wenn man die Errichtung eines Golfplatzes von A bis Z durchlaufen will. Dennoch könnte vieles einfacher sein, wenn mit allen Beteiligten vorher gesprochen würde. Die Leute fühlen sich eben vor den Kopf gestoßen, wenn sie vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollen.

WELT: Für einen Platz mit 18 Löchern werden etwa 50 Hektar Land benötigt, das sind 100 Fußballfelder aneinandergereiht. Darf man ein so großes Gebiet überhaupt für eine relativ kleine Gruppe von Golfspielern reservieren?

Brügelmann: Ich bin auch nicht unbedingt dafür, einen Golfplatz mit Stacheldraht einzuzäunen. Man könnte diese Plätze auch mit Spazierwegen versehen und so für mehr Menschen zugänglich machen, wie das bereits in anderen Ländern üblich ist. Außerdem müssen es nicht immer 18 Löcher sein. Mit neun oder noch weniger kann man auch anfangen. Wenn ein Übungsplatz dabei ist, ist das schon viel wert.

WELT: Kritiker behaupten, Golf könne schon deshalb kein Volkssport sein, weil er vom Normalbürger nicht zu bezahlen sei.

Brügelmann: Das mit dem Geld ist doch Quatsch. Man kann ja auch mit sechs Schlägern anfangen und eine einfache Segeltuchtasche über der Schulter tragen. Die Schläger halten doch jahrelang. Beim Skilaufen brechen die Ski, und die Tennisspieler müssen immer wieder ihre Schläger neu bespannen lassen. Und spielen kann man schon für wenig Geld. In meinem Klub in Köln-Marienburg schon für fünf Mark, und zwar jeder ...

GALOPP / Eine Stute gewann King George VI. and Queen Elizabeth Diamond Stakes in Ascot

Time Charter – der Beweis, daß in der Zucht Geld doch noch nicht alles ist

HARALD SIEMEN, Ascot

Seit Samstag nachmittag ist die Turf-Welt wieder in Ordnung. Zumindest für die in diesem Sport immer noch tonangebenden Engländer. So sprach der „Sunday Telegraph" gestern auch von einem „perfect result". Gemeint ist das Ergebnis der King George VI and Queen Elizabeth Diamond Stakes in Ascot, zusammen mit dem Prix de l'Arc de Triomphe in Paris das größte *Vergleichsrennen des europäischen Turfs.*

In Unordnung geraten war der Vollblutmarkt am Mittwoch letzter Woche, als Ölscheichs aus Dubai kaum faßbare 10,2 Millionen US-Dollar für ein einjähriges, noch ungeprüftes *Pferd auf einer Auktion* in Keeneland (USA) boten, der Erfolg schien nur noch eine Frage des Geldbeutels zu sein. In Ascot gewann nun mit der vierjährigen Stute Time Charter unter Jockey Joe Mercer (48) ein Pferd, dessen Züchter und Besitzer Robert Barnett (wohnhaft in Nordirland) die Beziehungen zum Geld im Galopprennsport noch nicht verloren hat. Er züchtet nicht mit Hengsten wie Northern Dancer (Decktaxe etwa eine Million Mark), sondern schaut sich auf anderem Reitniveau um.

Time Charters Vater ist der weitgehend unbekannte Hengst Saritamer, der außer Time Charter keine Beispiele seiner Vererbungskraft liefern konnte und nach Saudi-Arabien abgeschoben wurde. Barnetts Zuchtpolitik mit dem kleinen Geldbeutel zahlte sich aus. Schon im Vorjahr gewann Time Charter mit dem englischen Stuten-Derby und den Champion-Stakes große Rennen, nunmehr gab es für Besitzer Barnett gleich 550 000 Mark (Gesamtpreisgeld 900 000 Mark).

Trainer Henry Candy, ansonsten eher pessimistisch, gab schon in den Tagen vorher geradezu euphorische Auskünfte über die Form seiner Stute: „Sie ist besser als je zuvor", verkündete er. Das sprach *sich offenbar auch bei den wett*freudigen Briten herum. Denn innerhalb von nur fünf Tagen fiel der Wettkurs von 100:10 auf 60:10. Und das, obwohl Time Charter diesmal auf ihren gewohnten Reiter verzichten mußte. Billy Newnes (23) brach sich bei einem Sturz im Training das Schlüsselbein und mußte zuschauen. Für ihn schwang sich Altmeister Joe Mercer (48) in den Sattel. Mercer, angeblich der beste Stilist auf englischen Rennbahnen, war sich nicht zu schade, seinen jungen Kollegen am Donnerstag anzurufen und sich Tips geben zu lassen. „Laß sie in Ruhe auf die Beine kommen. Wenn du sie dann forderst, rennt sie los", riet Newnes, der am 1. November 1982 in München-Riem europäischer Lehrlings-Champion geworden war.

Daran hielt sich Mercer. Über die ersten 2000 m war er letzter, erst zu *Beginn der Zielgeraden (400 m vor* dem Pfosten) forderte er sein Pferd und hatte im Ziel mit dreiviertel Längen Vorsprung gewonnen. Den zweiten Platz belegte Diamond Shoal unter Lester Piggott, der auch nur als Ersatzreiter tätig war. *Piggott kam für Jungstar Steve* Cauthen, der für zwölf Tage gesperrt war, in den Sattel. Diamond Shoal bestätigte seinen Ruf als bester älterer europäischer Hengst. Er ist ein Vollbruder zu dem jetzt als Deckhengst tätigen Glint of Gold, der in Deutschland in den beiden letzten Jahren den Preis von Europa und den Großen Preis von Baden gewann. Auch Diamond Shoal versuchte sich im Vorjahr zweimal in deutschen Rennen, mit mäßigem Erfolg. Im Bayerischen Zuchtrennen von München wurde er hinter Anno Zweiter, im Preis von Europa wurde er nur Dritter. Der Hengst hat sich in dieser Saison *allerdings erheblich* gesteigert.

Die beiden Stuten Sun Princess und Awaasif belegten die Plätze drei und vier. Mitfavorit Caerleon kam angehalten als letzter ins Ziel, er verlor beide Vordereisen und *ging lahm. Seine Rennlaufbahn* dürfte beendet sein. Königin Elizabeth eilte wie fast jedes Jahr vom nahegelegenen Schloß Windsor auf die königliche Bahn. Sie überreichte die Ehrenpreise. Ein eigenes Pferd (1954 siegte Aureole in den *königlichen Farben) hatte sie dies*mal nicht am Start. In ihrem Rennstall (25 Pferde) ist derzeit eine Formkrise zu verzeichnen.



Lester Piggotts Arbeit mit der Peitsche nutzt nichts mehr (links), Time Charter mit Joe Mercer stürmt vor ihm und Sun Princess mit Willie Carson (Mitte) ins Ziel. FOTO: AP

Ataxerxes als Deckhengst nach Amerika verkauft

Der sechsjährige Hengst Ataxerxes aus dem Gestüt Schlenderhan, im Vorjahr Überraschungssieger im Preis von Europa in Köln, ist als Deckhengst nach Mittelamerika verkauft worden. Er bestritt seit dem Kölner Erfolg kein Rennen mehr. Trainer Heinz Jentzsch: „Er war stets problematisch zu trainieren." In Deutschland war eine Unterbringung als Deckhengst nicht möglich, da Ataxerxes nach einer Operation nur noch einen Hoden hat.

*

Ferdinand Leisten aus Köln amtierte seit Jahren bei bei den Jährlings-Auktionen während der Iffezheimer Rennwoche als Versteigerer. Für die Veranstaltung am 1. September 1983 hat Hendrik Pape (33), der Geschäftsführer des Badener Auktions-Syndikats, nun einen Nachfolger verpflichtet: Uwe Heckmann (33), hauptberuflich Auktionsleiter beim Zuchtverband Oldenburg mit der Auswahl und Zusammenstellung des Angebots zu den Elite-Reitpferdeauktionen beschäftigt.

*

Für den am 30. September 1983 in Dortmund ausscheidenden Geschäftsführer Walter Mehring (56) will der Vorstand keinen Nachfolger einstellen. Auch der Rennverein in Neuss wird seit längerem ohne hauptamtlichen Manager geführt. In Düsseldorf ist die Entscheidung über den Nachfolger von Jürgen von Sichart (57) gefallen: Enno Albert (42), bislang in Hannover tätig, wurde verpflichtet, *obwohl Präsident Herbert Lie*senfeld (70) einen anderen Kandidaten lieber genommen hätte. Sichart wird jetzt auch die Geschäfte des Derby-Wochen-Veranstalters Hamburg führen.

*

Nur ein halbes Jahr lang war der ehemalige Amateurchampion Stefan Wegner (21) als Profi-Jockey beim Stall Steintor in Hannover engagiert. Jetzt hat man sich getrennt. Hinter den Kulissen wird gemunkelt, daß es erhebliche Mei*nungsverschiedenheiten* gegeben haben soll, die Steintor-Besitzer Otto-Werner Seiler jedoch dementiert. KLAUS GÖNTZSCHE

Fernsehserie über die berühmteste deutsche Kaufmannsfamilie: Die Fugger

Der Kaiser blieb ein Jahr zu Gast

Als der Bauer und Weber Hans Fugger aus Graben im Lechfeld 1367 nach Augsburg zog, konnte niemand ahnen, daß er der Stammvater der berühmtesten deutschen Kaufmannsfamilie am Ausgang des Mittelalters werden würde. Die Weberei gehörte zu den wichtigsten Handwerksberufen der Reichsstadt Augsburg. Im Erwerb von Webstühlen, im Verkauf von Weberware, erweitert durch den Handel mit Tuchen, Seide und Gewürzen, lag die Basis der Fuggerschen Familienfirma, die sich am 18. August 1494 unter dem Namen *„Ulrich Fugger u. Gebrüder* von Augsburg" als erste offene Handelsgesellschaft im Reich konstituierte.

Auf Tuch- und Gewürzhandel folgte der Einstieg in das Bergwesen, in die Gewinnung von Kupfer, Blei, Silber und Quecksilber. Daneben verlegten sich die Fugger auf Kreditgeschäfte, vor allem mit den oft in Finanznöten befindlichen Fürsten im Reich, an der Spitze dem Kaiser aus dem Hause Habsburg. Kreditvergabe an politische Machthaber verschafft nach gängiger Ansicht eo ipso auch politischen Einfluß. Am Ende des Mittelalters waren solche Anleihen jedoch das risikoreichste Geschäft von der Welt, zumal wenn es sich bei den Schuldnern um sehr mächtige Potentaten wie den Kaiser *handelte. Im letzten* Drittel des 16. Jahrhunderts gingen die „Fugger des Nordens", die Loitze in Stettin, an faulen Polenkrediten zugrunde.

Die Fugger suchten Sicherheit im Erwerb oder in der Pachtung immer neuer Bergwerke bis nach Ungarn und Spanien hin und durch Kapitalanlage in Grundbesitz. 1507 kauften sie die Herrschaften Kirchberg und Weissenborn. 1536/1538 die Herrschaften Glött und Babenhausen in Schwaben, noch heute Familienbesitz.

Vom Webstuhl zur Weltmacht – ARD, 20.15 Uhr

Den Höhepunkt ihrer Handelsmacht erreichte das Haus, nunmehr unter dem Namen „Jakob Fugger u. Gebrüder Söhne", unter Jakob II. Fugger, den die Zeitgenossen „den Reichen" nannten *(1459 bis 1525). Jakob der Reiche* erhielt 1511 den Reichsadel, 1514 erhob ihn Kaiser Maximilian in den Reichsgrafenstand. Er unterhielt ein eigenes Bankhaus in Rom, seine „Faktoren" oder „Agenten" saßen in Danzig, Nowgorod, Malmö, Antwerpen, Madrid, Lissabon und Rom. Im europäischen Binnenhandel besaß die Handelsgesellschaft eine Monopolstellung.

Jakob Fugger finanzierte die Wahl Karls V. zum Kaiser 1519 in Frankfurt am Main, unterstützte den Kaiser bei seinen Kriegen gegen Frankreich und das Osmanenreich. Obwohl die Luthersche Reformation Augsburg überrollte, blieben die Fugger der alten Kirche treu. Zweimal, während des Reichstages zu Augsburg 1530 und dann 1547/48 über ein Jahr lang, war Kaiser Karl V. Gast der Fugger in ihrem prächtigen Stadthaus am Weinmarkt.

Papst, Kaiser und das Haus Fugger bildeten nicht nur der Geldgeschäfte halber eine stille Einheit. Das Bild wandelte sich mit der Abdankung Karls V. 1552. Infolge der Erschließung neuer Seewege nach Indien und Amerika verlor der deutsch-europäische Binnenhandel allmählich an Bedeutung. Schlimmer noch: Drei Generationen hindurch hatte die Familie immer wieder Kaufherren von Format gestellt. Nun bezeigten die Erben wenig Lust an großen Geschäften. Sie empfanden sich mehr und mehr als reichsgräfliche Grundherren in Schwaben.

Der unheilvolle Dreißigjährige Krieg zerriß vielerlei Verbindungen, ruinierte viele altgroßbürgerliche Geschäftspartner. Nur die soziale Verpflichtung, die Fürsorge für alte und arme Augsburger Bürger in der „Fuggerei"-Siedlung, wurde gewahrt. 1650 erlosch die Handelsgesellschaft. Im Mittelalter hatte es geheißen, Stadtluft mache frei. Jetzt befreite das Landleben die früheren Stadtherren von einer *untragbar gewordenen Last.*

WALTER GÖRLITZ

KRITIK

Als Schwefel und Feuer vom Himmel regneten

Dies ist das eine, das zu sagen ist zur Fernsehsendung **„Operation Gomorrha"** (ARD): Das Auge verweigert sich, alle Sinne sträuben sich, zu sehen, was nicht sein kann, und zu hören, was die abgestumpfte Zunge Bombardierung nennt, was aber mehr ist als Mord und Rache, nämlich zynische Anmaßung, die fünf Sodom-und-Gomorrha-Kapitel aus dem Ersten Buch Mose gewissermaßen in Gottes Stellvertretung selbst in die Hand zu nehmen. So wie der Herr „Schwefel und Feuer regnen ließ vom Himmel herab", gnadenlos. Als wäre jener berühmte Einsatzbefehl vom 27. Mai 1943 mit der Nummer 173 („Intention: To destroy Hamburg") vom lieben Gott ausgegeben und von Sir Arthur Harris, dem britischen Luftmarschall, nur „im Auftrag" unterzeichnet worden.

Und das ist das zweite: Daß der *lästerlichen Zynik* des *Luftmar*schalls in London eine gleich böse Menschenverachtung des deutschen Marschalls vorangegangen war, so daß die Brutalität des einen sich aufhob in dem schlechthin Bösen des anderen.

Aber drittens: Wo Menschen zu *kleinen stinkenden Puppen* verschmoren, wo Feuerstürme durch die Stadt gejagt werden, denen kein Mensch entgeht, wo das Leben von Tausenden von einem einzigen befehlsfrommen Kommandeur „ausgeklinkt" wird, ist da *noch Platz für Überlegungen vom* gerechten und ungerechten Krieg?

Der Film des Hamburgers Hans Brecht zeigt das Unvorstellbare, läßt ein Grauen aufkommen, das Datum und Anlaß der gigantischen Brandschatzung vergessen läßt. Was zu sehen ist, das sind die schwarzen Toten in den Straßen und die Gespenster der Lebenden davor. Was zu sehen ist, sind die Skelette der Menschenhäuser, die Ende Juli und Anfang August 1943 ausgekernt wurden, verbrannt und *ihrer Bewohner entledigt. Was zu* sehen ist und zu hören, das sind aber auch die friedlichen, selbstzufriedenen Gesichter der Befehlshaber und die Alte-Herren-Mienen der damaligen Flieger, die heute noch ihre ehemaligen Flieger-Gegner Hunnen nennen, die ihre Werkzeuge, die wenigen noch vorhandenen Stücke der Lancaster-Bomber, liebevoll pflegen, wie man erfährt.

Auch das ist zu sehen. Sie sprechen von „Sättigungszielen" und von „Sättigungsangriffen", als hätten sie vor 40 Jahren ein chemisches oder physikalisches Experiment veranstaltet. Das Leben geht, wie man weiß, weiter.

So ist denn dem NDR, der diesen Film veranlaßte und drehte, zu danken, daß er so vorbehaltlos zu zeigen versuchte, „wie es wirklich war". Es war entsetzlich genug, um heute vor dem Bildschirm, im Nachvollzug jener Tage und Nächte, auf jede formale Kritik zu verzichten und etwaige Schwächen und Unzulänglichkeiten der Produktion beiseite zu schieben. Es gibt im Vorweisen des Grauens Grenzen für jeden auch noch so gerechten Einwurf. Die Toten machen ihn geradezu unmöglich.

VALENTIN POLCUCH

MOTORSPORT

Maurer zog Team zurück

sid, Misano

Proteste, Gegenproteste, Skandale – das ist in diesem Jahr die Formel 2. Nachdem bereits die Europameisterschaftsläufe in Pau (Frankreich) und Jarama (Spanien) am Grünen Tisch entschieden wurden, dadurch mehrere Fahrer, so auch der Münchner Christian Danner, keine Gewißheit über die Höhe ihres Punktekontos haben, kam es beim neunten EM-Lauf in Misano (Italien) zu einem neuen Tiefpunkt. Am Samstag wurde der Gießener Stefan Bellof wegen Disziplinlosigkeit disqualifiziert, gestern zog sein Teamchef Willy Maurer den kompletten Rennstall vom Start zurück.

Die Begleitumstände sind nicht ganz geklärt. Einige Beobachter wollen gesehen haben, wie Bellof auf Rennleiter Giorgio Campana zugegangen war, nachdem er fünfmal mit der schwarzen Flagge an die Boxen geholt worden war. Nur das Eingreifen Maurers und einiger Mechaniker hinderten Bellof daran, den italienischen Funktionär zu verprügeln. Von offizieller Seite hieß es, Campana hätte sich bedroht gefühlt, als Bellof auf ihn zukam. Deshalb habe er sich durch zwei Carabinieri schützen lassen. Der Grund für Bellofs erzwungene *Boxenstopps war die Bodenfrei*heit seines Maurer-BMW, die angeblich nicht die vorgeschriebenen vier Zentimeter betrug.

Die Formel 2 hat die Skandale übernommen, die die Formel 1 in den letzten beiden Jahren überschatteten. In Jarama waren wegen des gleichen Deliktes alle fünf Erstplacierten disqualifiziert worden, Bellof und sein französischer Teamkollege Alain Fertè wurden zehn Tage später jedoch freigesprochen, Bellof sogar zum Sieger erklärt. Nach dem sechsten Lauf in Pau wurden Bellof und Fertè (Dritter und Sieger) disqualifiziert. Die Berufungsverhandlung steht noch aus.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . .

FUSSBALL

Intertoto-Runde, Gruppe 1: FC Zürich – Düsseldorf 5:2 (2:1), Lüttich – Enschede 4:2.

1. Lüttich	5 4 0 1	12:7	8:2
2. Enschede	5 3 1 1	13:10	7:3
3. Zürich	5 1 2 2	11:12	4:6
4. Düsseldorf	5 0 1 4	9:16	1:9

Gruppe 2: Bröndby Kopenhagen – Slavia Prag 2:0, Sofia – Young Boys Bern 0:1.

Gruppe 3: Bremen – Malmö 1:1, Stettin – St. Gallen 1:1.

1. Stettin	5 2 2 1	8:10	6:4
2. Bremen	5 2 1 2	10:7	5:5
3. Malmö	5 2 1 2	7:7	5:5
4. St. Gallen	5 1 2 2	9:10	4:6

Gruppe 4: Aarhus – Tel Aviv 2:1, Luzern – Nathanya 4:1. – **Gruppe 5:** Preßburg – Honved Budapest 1:1, Innsbruck – Tuzla 1:2. – **Gruppe 6:** Stavanger – Bohemians Prag 1:1, Eisenstadt – Odense 0:3. – **Gruppe 7:** Gdingen – Göteborg 0:0, Admira/Wakker Wien – 1903 Kopenhagen 3:0.

Gruppe 8: Bielefeld – Bryne 3:1 (1:0), Vratza – Hammarby 1:2.

1. Hammarby	5 5 0 0	17:2	10:0
2. Bielefeld	4 3 0 1	5:3	6:2
3. Vratza	4 1 0 3	3:5	2:6
4. Bryne	5 0 0 5	1:16	0:10

Gruppe 9: Videoton – Cheb 1:0, Krakau – Graz 1:1.

Gruppe 10: Boras – Vitkovice 1:2, Plovdiv – Braunschweig 0:1.

1. Vitkovice	5 4 1 0	12:6	9:1
2. Braunschweig	5 2 1 2	5:5	5:5
3. Plovdiv	5 1 1 3	6:7	3:7
4. Boras	5 1 1 3	3:8	3:7

Freundschaftsspiele: Volkmarsen – 1. FC Köln 1:7, Rastatt – Kaiserslautern 3:5, Kuppenheim – Hamburg 1:5, Südtirol-Auswahl – Bayern München 0:10, Lampertheim – Mönchengladbach 1:17, Kerkrade – Leverkusen 3:2, 1. FC Saarbrücken – VfB Stuttgart 4:2, Flieden – Kaiserslautern 1:5, Kempen – Uerdingen 1:12, Bodensee-Auswahl – Offenbach 0:10, Siegen – Kassel 1:3, Wiesbaden – Hertha BSC Berlin 1:6, TGB Darmstadt – SV Darmstadt 2:15, Göttingen – Bocholt 4:1, Duisburg – Auswahl Südkorea 4:2.

WASSERSPRINGEN

89. Deutsche Meisterschaften in Heilbronn, Herren, 3-m-Brett, Endstand: 1. Killat (München) 638,31 Punkte, 2. Kleemann (Stuttgart) 600,42, 3. Dörr (Gelnhausen) 588,18. – **Damen, Turm, Endstand:** 1. Kopp (Offenbach) 372,84, 2. Piotraschke (Aachen) 367,53, 3. Pecher (Köln) 342,21.

WASSERBALL

Junioren-Länderspiel in Kamen: Deutschland – USA 7:5.

TENNIS

Offene Meisterschaften der Niederlande in Hilversum, Herren-Einzel, Halbfinale: Smid (CSSR) – Maurer (Deutschland) 6:3, 3:6, 5:7, Taroczy (Ungarn) – Stadler (Schweiz) 6:1, 6:3. – **Grand-Prix-Turnier in Kitzbühel,** Herren-Einzel, Halbfinale: Leconte (Frankreich) – Schwaier (Deutschland) 6:2, 6:1.

KANU

Internationaler Slalom in Augsburg, Kajak-Einer, Damen: 1. Sharmann 268,80 Punkte, 2. Garriock 332,58, 3. Wilson (alle England) 342,38, 4. Deppe (Deutschland) 354,99. – **Kajak-Einer, Herren:** 1. Wolffhardt (Österreich) 223,43, 2. Prijon 224,43, 3. Deppe (beide Deutschland) 226,45. – **Canadier-Einer, Herren:** 1. Hedges (England) 241,35, 2. Schnitzerling (Deutschland) 245,08, 3. Ontko (CSSR) 259,93. – **Canadier-Zweier:** 1. Jamieson/Williams (England) 272,27, 2. Zatko/Pkac 282,07, 3. Slavik/Decastelo (beide CSSR) 316,91.

RADSPORT

Coca-Cola-Trophy für Profis, Zeitfahren, 1100 m: 1. Hindelang (Deutschland) 1:25,69, 2. Bishop (Australien) 1:25,83, 3. Schraner (Schweiz) 1:26,23. – Sprintwertung: 1. Rinklin 5 Punkte, 2. Neumayer 3, 3. Kristen (alle Deutschland) 2. – **Rundstreckenrennen,** 80 Runde= 88 Kilometer: 1. Schütz (Zürich) 2:01,32 Std., 2. Thurau (Deutschland), 3. Herlen (Liechtenstein). – **Zwischenstand** nach dem achten Tag: 1. Braun 60 Punkte, 2. Thurau 58, 3. Clark 40.

Bahnrad-Länderkampf in Büttgen, Gesamtwertung: 1. Nationalmannschaft 15 Punkte, 2. LV-Auswahl Nordrhein-Westfalen 12, 3. Belgien 7, 4. Australien 6. – **Einzelergebnisse: 1000-m-Zeitfahren:** 1. Bischoff (NRW) 1:07,88, 2. Schumacher (Nationalmannschaft) 1:08,71. – **4000-m-Einzelverfolgung:** 1. Gölz (Nationalmannschaft) 4:37,05. – **4000-m-Mannschaftsverfolgung:** 1. Nationalmannschaft 4:18,90. – **Punktefahren:** 1. Gölz 14, 2. Illegems (Belgien) 8, eine Rd. zur., 3. Donike *(Nationalmannschaft) 23.*

– **Tour de France, 21. Etappe, Einzelzeitfahren über 50 Kilometer in Dijon:** 1. Fignon (Frankreich) 1:11:37 Std., 2. Arroyo (Spanien) 1:12:12, 3. Roche (Irland) 1:12:14, 4. van Impe (Belgien) 1:12:45, 5. Winnen (Holland) 1:12:47. –

Gesamtwertung: 1. Fignon 90:26:55, 2. Arroyo 4:04 Min. zur., 3. Winnen 4:09, 4. van Impe 4:16, 5. Alban 7:53, 6. Bernaudeau (beide Frankreich) 8:59.

FECHTEN

Weltmeisterschaften in Wien, Damen-Florett, Finale: Vaccaroni – Ciconetti (beide Italien) 8:2. – Kampf um Platz drei: Yuyie (China) – Niklaus („DDR") 9:7. – 5. Weber (Deutschland), 6. Stefanek (Ungarn), 7. Zalaffi (Italien), 8. Dmitrenko (UdSSR). – **Herrenflorett,** Finale: Romankow (UdSSR) – Gey (Deutschland) 10:8, 3. Sypniewski (Polen) – Cerioni (Italien) 10:6, 5. Behr (Deutschland), 6. Omnes (Frankreich), 7. Hein (Deutschland), 8. Numa (Italien).

LEICHTATHLETIK

Vierländerkampf der Herren in Belgrad, Stand nach dem 1. Tag: Jugoslawien 103 Punkte, 2. Deutschland 92, 3. UdSSR 86, 4. Griechenland 70. – **Einzelergebnisse:** 400 m: 1. Giessing (Deutschland) 46,43, – 1500 m: 1. Zdravkovic *(Jugoslawien) 3:38,15, 2. Nabein* (Deutschland) 3:38,42. – 110 m Hürden: 1. Radzey (Deutschland) 13,7. – Weitsprung: 1. Stekic (Jugoslawien) 8,11. – Kugel: 1. Milic 20,61, 2. Ivancic (beide Jugoslawien) 20,02.

– **Sportfest** in Dingolfing, Herren: Diskus: 1. Wagner (Mainz) 63,56, 2. *Hartmann (Buchloe) 63,26. – Stabhoch:* 1. Winkler (Bonn) 5,50.

MOTORSPORT

Bayernpreis auf dem Salzburgring. Läufe zur Deutschen Motorrad-Meisterschaft (10 Runden = 42,460 km), Klasse bis 80 ccm: 1. Abold (Dillingen) Zündapp 16:54,66 Min., 2. G. Waibel (Schorndorf) Seel 17:12,26, 3. Klein (Leinfelden) FKN 17:31,45. – DM-Stand: 1. Waibel 47 Punkte, 2. Klein 45, 3. Bay (Wadgassen) 23. – Klasse bis 125 ccm (12 Runden = 50,952 km): 1. Lichtenberg (Waldkraiburg) MBA 21:02,79, 2. A. Waibel (Winterbach) Massa Real 21:10,29, 3. G. Waibel 21:10,68. – DM-Stand: 1. G. Waibel 52, 2. A. Waibel 47, 3. *Lichtenberg* 36. – Klasse bis 250 ccm (12 Runden = 50,952 km): 1. Herweh (Lampertheim) Massa Real 19:18,54, 2. Wimmer (München) Yamaha 19:21,77, 3. Roth (Amtzell) MBA 19:22,01. – DM-Stand: 1. Herweh 55, 2. Wimmer 49. – Klasse bis 350 ccm (12 Runden = 50,952 km): *1. Lederer (Lauffen) Yamaha* 17:36,60, 2. Herweh 17:38,87, 3. Fischer (Hanau) Yamaha 17:45,05. – DM-Stand: 1. Herweh 57, 2. Schmidt (Lebach) 51, 3. Förtsch (Neuss) 50, 4. Lederer 39.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3, 16, 27, 44, 46, 48, Zusatzzahl: 9. – Spiel 77: 1 1 4 2 7 7 7. – **Toto:** Elferwette: 0, 1, 1, 2, 1, 2, 0, 1, 2, 0, 0. – **Rennquintett:** Rennen A: 3, 13, 10. – Rennen B: 24, 21, 30. (Ohne Gewähr).

FUSSBALL / Fortuna Düsseldorf in der Intertoto-Runde nur ein Punktelieferant

Werder Bremens Abwehr mit Pezzey unsicher

sid/dpa, Bonn

Der Start der Fußball-Bundesliga (13. August) rückt immer näher, und allmählich kommen auch die deutschen Klubs in Form. Nach dem bislang recht schwachen Abschneiden in der Intertoto-Runde gab es am vorletzten Spieltag endlich *erfreulichere Resultate.* Arminia Bielefeld (3:1 über Bryne IL) und Eintracht Braunschweig (1:0 über Trakia Plovdiv) schafften sogar Siege. Werder Bremen trennte sich von Malmö FF mit 1:1. Aus der Reihe fiel – wie so oft in diesem Wettbewerb – Fortuna Düsseldorf. Beim 2:5 gegen den FC Zürich besaß Düsseldorf überhaupt keine Chance auf den Sieg und weist jetzt in der Bilanz bei 1:9 Punkten nur ein Unentschieden auf.

Braunschweig kann trotz des Sieges den mit 15 000 Schweizer Franken dotierten Gruppensieg nicht mehr schaffen, allein Bielefeld und Bremen dürfen noch hoffen. Der deutsche Vizemeister Werder Bremen wird es schwer haben, die erste Runde im UEFA-Pokal-Wettbewerb gegen den schwedischen Vertreter Malmö FF zu überstehen. „Ein dicker Brocken. Die Warnung kam zur rechten Zeit." So jedenfalls kommentierte Bremens Trainer *Otto Rehhagel* das 1:1 gegen Malmö. Die Schweden, die schon das Hinspiel mit 2:1 gewonnen hatten, imponierten vor allem durch ihre Athletik und Schnelligkeit, mit der die Bremer trotz einer sehr guten ersten Spielhälfte im Laufe der Spielzeit immer mehr Probleme bekamen.

Dennoch sehen die Schweden den deutschen Vizemeister im UEFA-Cup in der Favoritenrolle. Der frühere Braunschweiger Hasse Borg, einer der stärksten Schweden, meinte: *„Für mich bleiben die* Bremer Favorit. Schließlich sind sie erst in der Aufbauphase, und wir befinden uns schon mitten in *der Saison." Vor allen Dingen* hatte die Bremer Abwehr auch mit der Neuverpflichtung Bruno Pezzey (bisher Frankfurt) erhebliche Schwierigkeiten. Der Österreicher spielte erstmals Vorstopper, da Otto Rehhagel mit Klaus Fichtel den Libero der letzten drei Jahre aufbot, der eine starke Leistung bot.

Ansteigende Tendenz zeigte auch Arminia Bielefeld gegen den norwegischen Vertreter Bryne IL. Rautiainen (60. und 88.) sowie Meier (60.) drückten die Überlegenheit in Toren aus. Nach dem dritten Sieg liegen die *Bielefelder* (6:2 Punkte) in der Gruppe acht zwar noch deutlich hinter dem Spitzenreiter Hammarby IF (10:0), aber bei noch zwei ausstehenden Spielen können die Schweden noch eingeholt werden.

Deutlich verbessert präsentierte sich auch Eintracht Braunschweig in Plovdiv. Mit einem 1:0-Sieg kehrte der Bundesligaklub aus Bulgarien *zurück, das* einzige Tor hatte Geiger bereits in der 21. Minute erzielt. Der Gruppensieg ist jedoch nicht mehr möglich, da die Braunschweiger (5:5) fünf Punkte hinter Vitkovice (CSSR) liegen.

Die Rolle als Punktelieferant konnte Fortuna Düsseldorf auch beim FC Zürich nicht ablegen. Geschwächt durch das Trainingslager in Saig, bei dem hauptsächlich Konditionsarbeit auf dem Programm stand, waren die Düsseldorfer mit dem 2:5 noch recht gut bedient. Trainer Willibert Kremer hatte schon vor dem Spiel gesagt: „Meine Spieler werden vor Müdigkeit bestimmt umfallen. Hoffentlich können wir das Resultat im Rahmen halten." Für Düsseldorf waren Bockenfeld und Edvaldsson erfolgreich. Der frühere Karlsruher Gerhard Bold erzielte zwei Treffer für seinen neuen Schweizer Klub.

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.05 Fred Astaire:
Broadway Melody 1940
US-Musical-Film
11.45 Kein zweiter Vatikan
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

15.20 Unsere kleine Farm
Die Bedrohung (2)
16.10 Tagesschau
16.15 MM Montags-Markt
Ein Nachmittagsprogramm
Wie immer hat Gastgeberin Petra Schürmann ein breitgefächertes Unterhaltungsangebot parat. Da plaudert z. B. der älteste deutsche Flieger über seine Erlebnisse. Gelacht werden darf über die Clowns Illi und Olli. In der Spielhölle beantworten Kellnerinnen und Kellner knifflige Fragen. Weitere Gäste: Bestseller-Autorin Sandra Paretti, die Pianisten Marek und Vacek, die Sängerinnen Gillian Scalici und Frl. Menke.
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Vom Webstuhl zur Weltmacht
6teiliger TV-Film von Leopold Ahlsen
1. Teil Stadtluft macht frei
Mit Dieter Taier, Lutz Mackensy, Til Erwig, Karin Forsch u. a.
Regie: Heinz Schirk
21.15 Europa im Vergleich
Wie man sich bettet ... Ferienhotels und ihre Gäste.
Reinhard Behm berichtet aus Spanien, Walter Helfer aus England
22.00 Solo für Spaßvögel
Mit Monika Kroll
22.30 Tagesthemen
23.00 Nacht-Studio
Der Planet Venus
Italien. Spielfilm (1972)
Mit Bedi Moratti, Mario Piave u. a.
Regie: Elda Tattoli
Die junge Italienerin Amelia, Tochter aus gutem Hause, verliebt sich in Matteo, der in der *kommunistischen* Partei aktiv ist. Sie glaubt, durch ihn den bürgerlichen Moralzwängen zu entkommen.
00.35 Tagesschau

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Ivanhoe – der schwarze Ritter
Amerikan. Spielfilm (1952)
Mit Robert Taylor, Elizabeth Taylor, Joan Fontaine u. a.
Regie: Richard Thorpe
17.00 Ferienkalender
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast Walter Scholz
Wunschfilm der Woche (31. 7.)
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.25 Wagen 106
Die Suchfahrt
18.58 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
Präsentiert von Dieter Thomas *Heck*
20.15 Kontakte
Magazin für Lebensfragen
„Ich möchte wieder lachen können"
Trennung, Scheidung, Neuanfang
Eine Scheidung ist heute nichts Außergewöhnliches. Immerhin *scheitern in der Bundesrepublik* jährlich mehr als hunderttausend Ehen, und die Scheidungsrate steigt weiter an. Diese Sendung interessiert sich weniger für den juristischen Scheidungsvollzug, sondern mehr für die Frage: Wie werden Menschen mit einer Trennung persönlich fertig? Dazu berichten Geschiedene aus zwei verschiedenen Ehen. Außerdem wird ein Paar vorgestellt, das eine Trennungsberatung besucht hat.
21.00 heute-journal
21.20 Die Falle
Krimi von Robert Thomas
Mit Wolf Roth, Judy Winter u. a.
Regie: Oswald Döpke
23.00 Sport aktuell – aus Wien:
Fecht-WM
Florett-Mannschaft Herren
23.45 heute



Nach dem Tod ihres Vaters übernehmen Jakob Fugger I. (Lutz Mackensy, l.) und Andreas Fugger (Vladimir Matejcek) die Firma. (Vom Webstuhl zur Weltmacht – ARD, 20.15 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Mein Onkel Theodor (2)
oder Wie man viel Geld im Schlaf verdient
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Emm wie Meikel
Tierumschulung
18.30 Mein Onkel Theodor (2)
oder Wie man viel Geld im Schlaf verdient
19.00 Mickey Rooney
Mickeys Feuerwehr
USA (1932)
19.15 Schauplatz: Antarktis
Tierparadies im ewigen Eis

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Kein Staat mit dem Staat
Pragmatischer Exkurs für Demokraten
21.45 Wege zu Beethoven (4)
11teilige Sendereihe mit Leonard Bernstein, Maximilian Schell und den Wiener Philharmonikern
Heute: Die 4. Sinfonie und die Leonoren-Ouvertüre Nr. 3
22.45 Bild der Woche
„Die Blendung Samsons" von Rembrandt
22.55 Letzte Nachrichten
Nur für WEST
23.00 Die Rebellen vom Liang Shan Po
Nur für NORD/HESSEN
23.00 Dallas
Rodeo

SÜDWEST
Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S 3:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Wie Hass das Fliegen lernte
20.20 Ferienreise am Bildschirm:
Nationalpark Schweiz
21.05 Flash Gordon
Die Rückkehr zur Erde
21.25 Kamera: Richard Angst
Erinnerungen eines berühmten Kameramannes
22.25 Jazz am Montagabend

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Gentleman Jim, der freche Kavalier
Amerikan. Spielfilm (1942)
Mit Errol Flynn, Alan Hale, Alexis Smith, Jack Carson u. a.
Regie: Raoul Walsh
20.25 Karl Valentin und Liesl Karlstadt
Ein verhängnisvolles Geigensolo
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
Reportagen/Analysen/Interviews
22.00 Z. E. N.
22.05 Die Erben des Übels
Kranke Umwelt, kranke Kinder
22.50 Rundschau

Moskau: Malta soll bei KSZE einlenken

dpa, Madrid

Mit einer außerordentlichen Plenarsitzung hat das Madrider KSZE-Folgetreffen auch gestern versucht, die noch ausstehende Zustimmung Maltas zu dem von allen übrigen 34 Delegationen gebilligten Abschlußdokument zu erlangen. Ohne Billigung der Inselrepublik, die ein KSZE-Mandat für eine Sicherheitskonferenz für den Mittelmeerraum verlangt, kann bei der geforderten Einstimmigkeit das Madrider Treffen nicht abgeschlossen werden.

Die Sowjetunion forderte Malta auf der gestrigen Sitzung zum Einlenken auf. In einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Tass aus Madrid hieß es: „Jedermann hier erwartet, daß Malta den notwendigen Sinn politischer Verantwortung aufbringt, um das letzte Hindernis auf dem Weg zu einem erfolgreichen Abschluß des Madrider Treffens ohne Verzögerung beiseite zu räuen."

U-Boot-Jagd vor Schweden hält an

AP, Stockholm

Die Suche nach zwei in den schwedischen Küstengewässern vermuteten fremden U-Booten dauerte am Wochenende noch immer an. Wie die Stockholmer Tageszeitung „Dagens Nyheter" berichtete, sperrten Einheiten der schwedischen Marine die Ausfahrt des Hafens von Töre mit Baumstämmen und Unterseebootnetzen ab, um den Eindringlingen die Flucht unmöglich zu machen. Ein Militärsprecher bestätigte, daß die Suche fortgesetzt werde. Die Jagd in dem bei Kalix in der Nähe der finnischen Grenze gelegenen nördlichsten Tiefseehafen Schwedens war vor einer Woche aufgenommen worden. Vor dem Marinestützpunkt Karlskrona wurde ebenfalls weiter nach einem U-Boot gesucht.

Neuer Stabschef der NATO für Südeuropa

rtr, Neapel

Der amerikanische Generalleutnant John Blount hat die Nachfolge des Stabschefs der Alliierten Truppen in Südeuropa, Generalleutnant James Thompson, angetreten. In einem am Wochenende verbreiteten NATO-Kommuniqué hieß es dazu, Blount habe in Korea, Vietnam, der Bundesrepublik Deutschland, in der Panama-Kanalzone sowie im US-Verteidigungsministerium gedient. Zuletzt habe er ein Ausbildungskommando geleitet.

FDP mit den ersten 100 Tagen zufrieden

Hoppe sieht neue Stufe der Deutschlandpolitik

DW. Berlin/Oldenburg

Zwei führende Politiker der Freien Demokraten haben am Wochenende eine Zwischenbilanz der ersten 100 Tage der christlich-liberalen Koalition in Bonn gezogen und sich dabei im wesentlichen zufrieden geäußert. Der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick und sein Stellvertreter Hans-Günter Hoppe sprachen von einem guten Start, wenn es dabei auch Anlaufschwierigkeiten gegeben habe.

Mischnick erklärte in einem Interview der Oldenburger „Nordwest-Zeitung", es gebe „noch gewisse Schwierigkeiten bei der Koordination in der Koalition und hinsichtlich der öffentlichen Darstellung". Dennoch könne man „mit Befriedigung auf das zurückblicken, was bereits an konkreter Arbeit geleistet worden ist".

Den Sozialdemokraten hielt Mischnick vor, beim NATO-Doppelbeschluß nicht in der Konsequenz der Politik ihres früheren Kanzlers Helmut Schmidt zu stehen. „Die einstmals vorhandene gemeinsame Basis ist erheblich erschüttert worden. Durch oft widersprüchliche Erklärungen aus der SPD werden die Gespräche in Genf nicht erleichtert, sondern wesentlich erschwert."

Wenn es zur Nachrüstung kommen sollte, so wäre dies nach Mischnicks Ansicht zwar „eine gewichtige Entscheidung, aber nicht von grundsätzlicher Bedeutung, wie es eine Wiederbewaffnung war". Andererseits wäre es aber „eine Entscheidung von größter Tragweite, wenn in Genf erstmals eine Lösung gefunden werden könnte, die eine Nachrüstung überflüssig machen könnte", sagte Mischnick. Dies würde „entscheidende Auswirkungen auf die friedliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West in Europa haben".

In der Deutschlandpolitik gibt es nach den Worten des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Hans-Günter Hoppe, Anlaß zu einer kritischen Bestandsaufnahme. Es gebe Grund für eine neue Stufe dieser Politik, sagte Hoppe in einem von der „Berliner Morgenpost" veröffentlichten Interview. Die Regierung werde ein Konzept für einen neuen Start erarbeiten müssen. Ein Verhandlungspaket sollte sorgfältig geschnürt, aber nicht zur Unzeit präsentiert werden.

Den Milliardenkredit an die „DDR" hält Hoppe für eine finanzpolitische Entscheidung, die nicht nur ökonomisch zu verantworten gewesen sei, sondern sich auch politisch auszahlen werde. „Die Darstellung des Sachverhalts und seine politische Kommentierung waren sicher nicht geglückt", meinte der FDP-Politiker. „Ein durchaus sinnvoller ökonomischer Vorgang mit gesamtwirtschaftlichem Hintergrund bekam unnötig innenpolitische Schlagseite und verliert damit viel von dem, was er als innerdeutsches Signal der Bereitschaft zur Fortentwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen im Interesse der Menschen bewirken sollte und hoffentlich auch bewirkt hat."

Neuer Streit in der CSU

„Der Spiegel": Lambsdorff übte Kritik an Strauß

rtr/AP, München/Hamburg

Zu einer offen ausgetragenen scharfen Kontroverse über den Milliarden-Kredit an die „DDR" ist es am Wochenende zwischen CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu und dem CSU-Bundestagsabgeordneten Ekkehard Voigt gekommen. Bei der oberbayerischen Bezirksversammlung des Wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU in München bekräftigte Voigt unter großem Jubel der rund 120 Delegierten seine Kritik an dem Geschäft. Wiesheu rief die Partei dagegen eindringlich zur „Loyalität" auf.

Voigt bemängelte, daß man die „gute Gelegenheit" versäumt habe, „konkrete politische Gegenleistungen vorab zu erringen". Es gehe ihm „ausschließlich um die Freiheit und die Durchsetzung der Menschenrechte" in der „DDR".

Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" soll Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff Anstoß an der Art genommen haben, wie dieses Geschäft zustande kam. Lambsdorff habe bereits Ende Juni im Bonner Kabinett zu Protokoll gegeben: „Ich stimme dieses eine Mal zu. Aber so, wie das gemacht worden ist, darf es nie wieder passieren." Über die von der „DDR" als „Gegenleistung" nach Angaben von Franz Josef Strauß freigelassenen Häftlinge habe Lambsdorff gesagt, diese seien „natürlich freigekauft worden".

Moskauer Lob für Ungarns Reformen

AP/dpa, Budapest/Moskau

Im Ostblock verstärken sich die Anzeichen, daß die Sowjetunion vermehrt ungarische Wirtschaftsmodelle übernehmen will. Hinweise darauf sind sowohl in dem Kommuniqué zum Abschluß des Besuchs des ungarischen Parteichefs Janos Kadar in Moskau als auch in einem Interview eines prominenten ungarischen Wirtschaftswissenschaftlers enthalten.

Der Leiter der Wirtschaftsplanungs-Abteilung in der ungarischen Akademie der Wissenschaften, Marton Tardos, sagte in Budapest, die Zeit der „kalten Neutralität" gegenüber den ungarischen Wirtschaftsexperimenten sei seit dem Machtwechsel von Leonid Breschnew zu Jurij Andropow vorbei. Die Moskauer Regierung wolle „nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch im Industrie- und Dienstleistungsbereich die Einführung so vieler ungarischer Wirtschaftsmodelle wie möglich". Die veränderte Haltung der Sowjets eröffne möglicherweise auch den Weg zu Reformen in rigideren osteuropäischen Staaten wie der Tschechoslowakei oder der „DDR", sagte Tardos.

Neben den ungarischen Experimenten mit der Privatwirtschaft hat vor allem die Reform der staatlichen Wirtschaft das Interesse Moskaus geweckt. Bereits seit Beginn der 70er Jahre wurden in Ungarn zahlreiche Planungs- und Entscheidungsprozesse auf die Ebene des Betriebs oder der Bauerngenossenschaft verlagert. Gewinndenken und leistungsorientierte Bezahlung haben in Ungarn an Bedeutung gewonnen.

Daß Kadar mit seinen Wirtschaftsreformen bei Staats- und Parteichef Andropow, der als Botschafter in Budapest bei Kadars Einsetzung als ungarischer Parteichef eine entscheidende Rolle gespielt haben soll, Anklang gefunden hat, geht auch aus dem Kommuniqué zu seinem Moskau-Besuch hervor. Darin hieß es, die UdSSR schätze die „Errungenschaften der ungarischen Werktätigen beim Aufbau einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft hoch" ein. Beide Seiten hätten „in fast allen wichtigen Fragen der Gegenwart" gleiche Ansichten.

In dem Kommuniqué wurden die USA und die NATO-Verbündeten noch einmal aufgefordert, die Pläne zur Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa „sorgfältig abzuwägen". Im Falle einer Stationierung würde der Warschauer Pakt wirkungsvolle Gegenmaßnahmen ergreifen.

Unterstützung aus der Union für George-Thesen

Auch Einschränkung bei Krankenversicherung gefordert

GISELA REIMERS, Bonn

Achtzig Prozent aller Zuschriften an das Kanzleramt, die sich mit dem George-Papier befassen, sind zustimmend; in seiner eigenen Post sind es sogar 90 Prozent, heißt es in dem Büro des CDU-Abgeordneten Haimo George, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales seiner Fraktion. In einem Papier, das als private Auffassung bezeichnet wurde, hatte der leitende Angestellte bei Siemans, George, Vorschläge gemacht zur Verbilligung von Arbeit, die dadurch zu mehr Beschäftigung führen sollte. Darin sprach er sich für den Abbau von Schutzvorschriften für Jugendliche, Mütter und Behinderte aus, kritisierte Lohnniveau und Lohnfortzahlung und wandte sich gegen die Verkürzung von Arbeitszeit, wie sie vom Arbeitsministerium angestrebt wird.

Fraktionschef Dregger und sein Stellvertreter Müller (Remscheid) hatten rasch widersprochen, ebenso wie Familienminister Geißler („Mit uns kein sozialpolitischer Kahlschlag"). Doch George konnte schon kurze Zeit später darauf verweisen, daß viele Kollegen ihm auf die Schulter klopften.

Inzwischen interessiert sich auch das französische Arbeitsministerium für Georges Gedanken und das Wochenblatt „Paris Match" will über ihn berichten. Sein Fraktionskollege Elmar Kolb, Vorsitzender des Bundesverbandes der Selbständigen, hat sich nun auch öffentlich hinter ihn gestellt und fordert, darin noch weiter gehend als George, daß jeder Arbeitnehmer sich freiwillig selbst gegen Krankheit versichern soll. Handwerkspräsident Schmitker befürwortet dies gestern in den „Bonner Perspektiven" des ZDF für die „tüchtigen Mitarbeiter". Die FDP schließt sich an; in derselben Sendung forderte Wirtschafts-Staatssekretär Grüner (FDP) wieder eine „sozial vertretbare Selbstbeteiligung" in der Krankenversicherung.

Manches geht George schon wieder zu weit. Er hatte seine Thesen als „Denkanstöße" gewertet wissen wollen. Daß sie nun von Kolb gleich in Forderungen gegossen werden, scheint ihm nicht recht zu sein. Er möchte weg von der reinen Bestrafung von Mißbräuchen (z. B. bei Schwarzarbeit und Lohnfortzahlung) und hin zu einer „sauberen Strukturdebatte", die zu lange unter einem „Leichentuch" gelegen habe. Seine Kritiker in der Fraktion hätten sich mehr an der Form seiner Veröffentlichung gestoßen, als an der Sache. Nicht ein einziger sei zu ihm gekommen und habe gesagt, dies sei ein Angriff auf den auch von der CDU mitgeschaffenen Sozialstaat.

Der Arbeitnehmer-Flügel der Union, früher unter dem Vorsitz des Abgeordneten Blüm nicht um kräftige Sprüche verlegen, äußert sich zur Zeit nur intern. Dort aber fallen starke Worte wie „handfest verfassungswidrig", „traumtänzerisch" und „Marsch zurück ins 19. Jahrhundert" als es nur zweiseitige Dienstverträge und keine Krankenversicherung gab.

Glotz: Mehr SPD-Wähler

„Auseinandersetzung um Raketen auf zwei Ebenen"

DW. Stuttgart/Frankfurt

Die Sozialdemokraten haben nach Meinung ihres Bundesgeschäftsführers Peter Glotz Aussichten, bisherige Wähler der Unionsparteien und der Grünen für sich zu gewinnen. In einem Interview des Süddeutschen Rundfunks sagte Glotz, daß „sowohl Wähler, die CDU/CSU gewählt haben, als auch Wähler, die die Grünen gewählt haben, Schritt für Schritt zurückzugewinnen" sind.

Der stellvertretende Parteivorsitzende der SPD und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, sagte im Hessischen Rundfunk, die SPD müsse sich auch in Zukunft als eine linke Volkspartei im Sinne des Godesberger Programms verstehen. Die Rückkehr zu einer ideologisierten Arbeiterpartei wäre dagegen politischer Selbstmord. Wer den Arbeitern wirklich helfen wolle, der müsse diejenigen zusammenbringen, die Solidarität brauchten, und diejenigen, die Solidarität wollten.

Zur möglichen Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Europa sagte Glotz, daß die SPD die Hauptauseinandersetzungen im Parlament suchen werde. Er betonte, daß es aber auch selbstverständlich Möglichkeiten gebe, das in Demokratien bestehende Recht wahrzunehmen, bestimmte Entwicklungen auch in Demonstrationen zu bekämpfen.

Keramikfilter für Diesel geplant

dpa, Stuttgart

Nach der Entscheidung der Bundesregierung, vom 1. Januar 1986 an nur noch mit Katalysatoren für bleifreies Benzin ausgerüstete Kraftfahrzeuge neu zuzulassen, will das für den Umweltschutz zuständige Bundesinnenministerium nun auch für Autos mit Dieselmotoren den Ausstoß von Schadstoffen begrenzen und den Einbau von Keramikfiltern vorschreiben. Im Süddeutschen Rundfunk kündigte der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), gestern entsprechende Pläne für das Jahr 1987 an.

Spranger sprach sich gegen steuerliche oder sonstige Begünstigungen bei der Nutzung bleifreien Kraftstoffs aus. Bei dem mittlerweile erreichten hohen Stand des Umweltbewußtseins werde dies nicht nötig sein, meinte Spranger. Außerdem müsse derjenige, der die Umwelt verschmutze, grundsätzlich auch für die Kosten aufkommen.

„Ost-Kirchenvertreter sind Agenten"

epd, Vancouver

Als „Agenten ihres Staates" hat der britische Unterhausabgeordnete der Konservativen Partei, David Atkinson, die Delegierten der Russischen Orthodoxen Kirche und die Vertreter der Kirchen in der „DDR" bei der sechsten Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Vancouver bezeichnet. Während eines nach dem sowjetischen Bürgerrechtler Glew Yakunin benannten Hearings am Rande der Weltkirchenkonferenz bezweifelte Atkinson am Wochenende, daß diese Delegierten wirkliche Vertreter ihrer Kirche seien. Er vertrat die Auffassung, Hilfe für verfolgte Christen in kommunistischen Staaten sei nur durch starken Druck von außen möglich. Der Weltkirchenrat müsse sich deshalb mit aller Kraft für die Menschenrechte vor allem in der Sowjetunion einsetzen.

Der Tübinger Theologieprofessor Peter Beerhaus stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob es den Delegierten der Russischen Orthodoxen Kirche gelingen werde, sich von den „Fesseln" zu lösen, die ihnen von der sowjetischen Regierung angelegt worden seien, und sich an einer freien Debatte über die Menschenrechte zu beteiligen.



Wenig Fairneß

J. G. – So grausig wie beim Stahl geht es zwar in der eigenen Branche in Europa beileibe noch nicht zu. Aber eine Affenschande sei es denn doch schon, was da bei den Nachbarn nun an Subventionen passiere, um mit Staatshilfe vermeintlich sichere Arbeitsplätze in überflüssigen neuen Fabriken aufzubauen. Eine Subventionitis, die den aus eigener Kraft Gesunden die Chancen im fairen Leistungswettbewerb raube – und bald auch einen Teil ihrer Arbeitsplätze.

Solche kritischen Töne haben in diesen Wochen Unternehmensvorstände aus der deutschen Papierindustrie angestimmt. Erfreulicherweise ohne nun gleichfalls in ein Subventionsbegehren einzustimmen, das sie zu Recht nach wie vor für verderblich halten. Den bisher einzigen dicken Subventionsfall in ihrer Branche sehen sie daheim obendrein in den Widersinn verstrickt, daß der Empfänger zwar im bayerischen Zonenrandgebiet zweihundert neue Arbeitsplätze schuf, im „Binnenland" aber doppelt soviel auf den Sterbeetat setzte.

Stahl oder Papier stehen mit diesem Problem der Subventionitis nicht allein. Von Schiffbau bis Glasindustrie, von Chemiefasern bis Textilindustrie gibt es nachgerade zahllose Beispiele dafür, daß auch auf dem gemeinsamen Europa-Markt die Nachbarn den Deutschen mit subventionierten Industrie-Kapazitäten jeden Monat einige tausend Arbeitsplätze rauben.

Gerechterweise muß man einräumen, daß die Beamten im Bundeswirtschaftsministerium den Umfang solchen Diebstahls deutscher Industrie-Arbeitsplätze längst kennen. Realistisch aber muß man hinzufügen, daß politische Beschwörungsformeln die Rückkehr zur Vernunft in Europa nicht mehr bewirken. Die Zeit ist überreif, subventionierten Dieben härter zu begegnen. Handelspolitische Waffen dafür, nutzt man sie nur klug genug, gibt es allemal.

Heilige Kuh

hg – Das darf doch nicht wahr sein – da setzt der Berliner Senat einer heiligen Kuh das Messer an die Kehle und findet Zustimmung in anderen Bundesländern: Allen Ernstes beschäftigen sich seriöse Politiker mit einer Auflockerung des Ladenschlußgesetzes. Nun wird ein großes Geschrei anheben bei den Handelsverbänden und Gewerkschaften. Haben sie uns nicht jahrelang versichert, daß kein vernünftiger Politiker dieses Gesetz je angreifen würde, denn es sei schließlich das Nonplusultra an sozialer und wirtschaftlicher Vernunft? Ist es eben nicht, denn der Verbraucher ist ja auch noch da; nun scheint sich endlich herumzusprechen, daß die Allianz zwischen Handel und Gewerkschaft zu seinen Lasten geschlossen worden war. Die Kunden sind natürlich nie gefragt worden, weil sie für den Handel offenbar nicht so wichtig sind. Wo kämen wir denn hin, wenn unsereins abends noch ganz in Ruhe Möbel oder Stereoanlagen oder Garderobe einkaufen könnte? Es wäre zu schön, um wahr zu sein.

WELTBANK / Hohe US-Zinsen belasten Schuldendienst der Dritten Welt

Wohlstandsgefälle zwischen armen und reichen Ländern nimmt weiter zu

H.-A. SIEBERT, Washington

In ihrem Entwicklungsbericht 1983 kommt die Weltbank zu Schlüssen, die Schlimmes befürchten lassen: Einmal vergrößert sich das Wohlstandsgefälle zwischen den reichen und armen Ländern bis 1995 weiter, wobei sich die Wirtschaftslage in den Gebieten südlich der Sahara sogar drastisch verschlechtert. Zum anderen nimmt das zusammengefaßte Leistungsbilanzdefizit der Dritten Welt von 118,2 (1982) auf 276,2 Milliarden Dollar zu.

Die Explosion der Passivsalden findet zwar nominal statt. Aber auch unter der Voraussetzung, daß die Preise im Jahresdurchschnitt um 6,7 Prozent anziehen, tritt inflationsbereinigt eine Verdoppelung ein. Das wirft lange Schatten auf die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer, die von der Weltbank jetzt auf 700 Milliarden Dollar veranschlagt wird. Davon entfallen auf kurzfristige Kredite 100 sowie auf mittel- und langfristige Gelder 600 Milliarden Dollar.

Nach Angaben der Weltbank bestehen 75 Prozent der vom Ausland gewährten Darlehen aus Dollarkrediten. Sie kalkuliert ferner, daß eine Anhebung der US-Zinsen um ein Prozent den Schuldendienst der Entwicklungsländer um 3,5 bis vier Milliarden Dollar jährlich verteuert. Nicht ganz realistisch scheint in diesem Zusammenhang die Annahme zu sein, wonach die Ölpreise von 1982 bis 1995 real nur um 1,6 Prozent im Jahr steigen.

Folgt man den Projektionen der multilateralen Organisation, dann erhöhen sich die Netto-Kapitalzuflüsse in die Dritte Welt in den kommenden 13 Jahren von 85,2 (1982) auf 294,2 Milliarden Dollar. Dabei erreichten die öffentliche Entwicklungshilfe 81,2 (23,9), die nichtkonzessionelle Hilfe 42 (11), die private Kreditvergabe 109,6 (35) und der Umfang privater Direktinvestitionen 61,4 (15,3) Milliarden Dollar. Die Währungsreserven, im letzten Jahr noch um 33 Milliarden Dollar gewachsen, schrumpften 1995 um 18 Milliarden Dollar.

Die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer nimmt bis 1995 auf nominal zwei Billionen Dollar zu, wobei öffentliche Gelder mit 810 und private mit 1187 Milliarden Dollar zu Buch schlagen. Andererseits, und das läßt hoffen, verringert sich die sogenannte Ressourcenlücke, gemessen an den Bruttosozialprodukten, von 3,7 auf 1,6 Prozent. Der Anteil des Schuldendienstes an den Exporterlösen soll von 20,7 auf 12 Prozent sinken.

Die mittelfristigen Prognosen der Weltbank lassen sich auf einen „handfesteren" Nenner bringen: Wenn die wirtschaftliche Wachstumsrate in den Industriestaaten in den nächsten Jahren real jeweils drei Prozent übersteigt, wird sich die Situation in den Entwicklungsländern verbessern. Liegt sie darunter, verdüstert sich das ökonomische Bild. Damit es aufwärts geht, muß die Dritte Welt ihrerseits ein Klima schaffen, in dem die Produktivität gesteigert werden kann. Hierzu gehören ein größeres Vertrauen in Preise und Märkte sowie der Rückgriff auf genauere Investitionsanalysen und die Abkehr von Staatsunternehmen, die häufig die Haushalte stark belasten.

Konkret geht die Weltbank davon aus, daß die Bruttoinlandsprodukte der Entwicklungsländer real um 5,5 Prozent jährlich zunehmen, wenn es die Industriestaaten auf plus 3,7 Prozent bringen. Beträgt deren Wachstumsrate nur 2,5 Prozent, muß sich die Dritte Welt mit 4,7 Prozent zufriedengeben. Legt man auch die Prognosen der OECD zugrunde, sieht es so aus, daß die meisten Entwicklungsländer in den kommenden zehn Jahren mit ihrem alten Wachstumsschwung rechnen können.

Bedenklich stimmt die Aussage der Weltbank, daß der Welthandel nicht mehr so rasch wie in der Vergangenheit expandiert – auch wenn alle Länder auf protektionistische Eingriffe verzichten. Nicht günstig ist zudem der Ausblick für finanzielle Leistungen, da die Entwicklungshilfe bei 0,35 Prozent des Bruttosozialprodukts einfrieren.

Nach Angaben der Weltbank lag die wirtschaftliche Wachstumsrate der Entwicklungsländer 1982 mit zwei Prozent unter der Zunahme der Bevölkerung, hohe Zinsen und schrumpfende Ausfuhrerlöse zwangen außerdem mehr als 20 Staaten, Umschuldungsverhandlungen einzuleiten.

Deutlich verstärkt hat sich die Abhängigkeit der Beschäftigung in den Industriestaaten von den Märkten der Dritten Welt. Der Anteil ihrer Exporte, der in die Entwicklungsländer geht, erreichte 1980 28 Prozent, verglichen mit 23 Prozent 1973.

EINZELHANDEL

Lehrstellenangebot nochmals um 10 000 Plätze aufgestockt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Jüngstes und nicht einziges Beispiel: Der Hertie-Warenhauskonzern stockt die Zahl seiner Ausbildungsplätze um 1000 oder um 30 Prozent auf und meldet die („wir haben genug Bewerber auf der Liste") *gar nicht erst den Arbeitsämtern*. An solchen Fällen und mit dem Hinweis, daß die Einzelhändler schon in den letzten drei Jahren nur 27 Prozent ihrer Lehrlinge durch Arbeitsamtvermittlung bekamen, macht die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) nun erneut klar, wie wenig die „Lehrstellennot"-Statistik der Bundesanstalt für Arbeit, die ja nur eine reine Geschäftstatistik der Arbeitsämter sei, die Wahrheit in der Ausbildungsplatzlage erkennen lasse.

Anlaß dieser erneuten Klarstellung durch den Spitzenverband einer Branche, die mit ihren *290 000* Lehrstellen nach dem Handwerk zweitgrößter Ausbilder unter allen Wirtschaftszweigen ist: Präsentation einer im Juni abgeschlossenen Repräsentativ-Untersuchung im Mitgliederkreis, mit der die HDE von den Unternehmen wissen *wollte, ob sie 1983* mehr Lehrstellen als 1982 anbieten und welche gesetzlichen Vorschriften hemmend auf das Lehrstellenangebot wirken.

Das Positive vorweg: „Überraschend" auch für den Verband, daß sich das schon seit Jahren steigende *und dabei nie voll ausgenutzte* Lehrstellenangebot im Einzelhandel auch 1983 nochmals um 8,4 Prozent oder um 10 000 weitere Stellen für das erste Lehrjahr erhöhen wird. Das sei, wird stolz betont, immerhin ein Drittel jener 30 000 zusätzlichen Ausbildungsplätze, die dem Kanzler von den Spitzenverbänden der Wirtschaft Anfang dieses Jahres für 1983 versprochen wurden.

Der Verband wertet diesen Beweis „gesellschaftspolitischer Ver*antwortung" in* seinem Mitgliederkreis um so höher, als zahlreiche Betriebe bewegte Klage darüber führen, wie der Gesetzgeber ihre Ausbildungsbereitschaft hemme. Das geht bis zu regionalen Grotesken wie dem „jeder Beschreibung spottenden" Mißbrauch mit dem Bildungsurlaub in Hessen, wo selbst „Vorbereitungskurse" für Demonstrationen gegen die Frankfurter Flughafen-Startbahn West noch unter die vom Arbeitgeber zu bezahlende Bildungsbeflissenheit fielen.

Eindeutiger Schwerpunkt der Klagen über Ausbildungshemmnisse ist bundesweit bei den Betrieben die im Jugendarbeitsschutzgesetz (Paragraph 9) bisher offensichtlich zu extensiv geregelte Freistellung der Lehrlinge von der praktischen Ausbildung im Betrieb zwecks Teilnahme am Berufsschulunterricht. Ständig wiederkehrendes *Monitum:* Es sei „unverständlich", daß fünf Berufsschulstunden à 45 Minuten wie ein voller Arbeitstag gerechnet würden; praktisch sei der Lehrling also nur 32 Stunden pro Woche im Betrieb, bis zum 18. Lebensjahr sogar nur 28 Stunden.

Ein Händler aus Trier spitzt es auf die Formel zu, daß da die Jugend („sie will gefordert sein") wider Willen in ein Daunenkissen gelegt werde. „Wir werden heute zu Tode geschützt", habe zutreffend einer seiner Lehrlinge gesagt.

Stimmungsumschwung

Von BODO RADKE, Den Haag

In niederländischen Wirtschaftskreisen verstärkt sich der Eindruck, daß die seit November vergangenen Jahres amtierende Mitte-Rechts-Regierung von Christdemokraten und Liberal-Konservativen die in sie gesetzten Hoffnungen nicht enttäuscht. Es mache sich eben bemerkbar, so hört man in vielen Gesprächen, daß die beiden Spitzenmänner des jetzigen Kabinetts – Premierminister Ruud Lubbers sowie Vizepremier und Wirtschaftsminister Ghijs van Aardenne – aus Unternehmermilieu stammen und damit den Problemen der freien Wirtschaft mehr Verständnis entgegenbringen als das bei manchen ihrer Vorgänger der Fall war.

Diese „Wende" allerdings wird dadurch beeinträchtigt, daß bei der parlamentarischen Behandlung von Initiativen zur Stärkung der Wirtschaft nur wenige Abgeordnete in der Lage sind, die Zusammenhänge zu erkennen. Und noch weniger wissen sie von den Problemen, mit denen die Verantwortlichen der einzelnen Unternehmen in der täglichen Praxis zu tun haben. Zu diesem Ergebnis ist jedenfalls Professor Twijnstra, Dozent für betriebswirtschaftliche Organisationsfragen an der Universität Amsterdam, bei einer von ihm geleiteten Untersuchung gekommen.

Er und seine Mitarbeiter hatten sich bei ihren Befragungen von Parlamentariern auf die 25 Mitglieder des Wirtschaftsausschusses der – dem deutschen Bundestag entsprechenden – Zweiten Kammer in Den Haag konzentriert, da sich erfahrungsgemäß Plenumsentscheidungen über ökonomische Dinge die Abgeordneten völlig auf das Urteil ihrer jeweiligen im Wirtschaftsausschuß tätigen Fraktionskollegen verlassen.

Von den 25 Ausschußmitgliedern erwiesen sich, so Professor Twijnstra, nur vier als wirkliche Fachleute. Neun weitere kannten sich einigermaßen mit den Problemen aus, aber die übrigen zwölf hatten so gut wie keine Ahnung von der Praxis des Betriebsmanagements. In seiner Studie empfahl der Pozent den politischen Parteien Hollands, bei der Auswahl ihrer Kandidaten für die nächsten Parlamentswahlen, dafür zu sorgen, daß unter diesen genügend Fachleute für Wirtschaftsfragen sind. Und es läge zweifellos im Interesse der gesamten Wirtschaft, wenn *größere* Unternehmen einigen ihrer Spitzenleute die Möglichkeit verschaffen, stärker als bisher auch auf der politischen Bühne tätig zu sein.

Aber abgesehen von diesen Zukunftsperspektiven schlägt sich in den Niederlanden die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Politik und Wirtschaft bereits in günstigeren statistischen Erkenntnissen nieder, wobei die leichte Belebung der Weltkonjunktur natürlich auch eine Rolle spielt. Zum erstenmal seit längerer Zeit konnten die Hafenbehörden von Rotterdam eine Zunahme des Güterumschlags melden. Im zweiten Quartal dieses Jahres lag er um 6,5 Prozent über dem Ergebnis des ersten Quartals, was allerdings dennoch einem Rückgang um 4,2 Prozent gegenüber der gleichen Periode von 1982 entspricht.

Auch Hollands Außenhandelsbilanz entwickelt sich nach jüngsten Berechnungen des niederländischen Zentralbüros für Statistik günstig. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres stehen einem Exportwert von 77 Milliarden Gulden (70 Milliarden Mark) Einfuhren im Werte von 69,6 Milliarden Gulden gegenüber. Im Haager Wirtschaftsministerium erwartet man für das gesamte Jahr 1983 einen Exportüberschuß zwischen zehn und zwölf Milliarden Gulden. Auffallend lebhaft ist der niederländische Außenhandel mit Maschinen und Werkzeugen, während das Stahlgeschäft – wie überall – außerordentlich schwach verläuft.

Als Meister in der Spezialisierung auf Spitzenprodukte mit Weltruf erweisen sich weiterhin Hollands Blumenzüchter. Die Ausfuhr von Schnittblumen erreichte 1982 einen Wert von 1893 Millionen Gulden und übertraf damit den Exporterlös des Vorjahres um 187 Millionen Gulden. Auch bei Topfpflanzen ergab sich eine Steigerung um 83 Millionen auf 547 Millionen Gulden. Unter den Abneh*merländern rangiert dabei* die Bundesrepublik Deutschland mit weitem Abstand nach wie vor an der Spitze.

Besonders bezeichnend für die Wende der Stimmungslage in niederländischen Wirtschaftskreisen erscheint der Optimismus, mit dem Hollands Reeder trotz eines enttäuschenden Geschäftsjahres 1982 in die Zukunft blicken. Wie der Vorsitzende ihrer Vereinigung kürzlich betonte, biete die Modernisierung des Schiffsbestandes in den letzten Jahren die Gewähr für eine gute Ausgangsposition der holländischen Handelsflotte bei *der Belebung des Frachtenmarktes* im Sog der erwarteten allgemeinen Erholung des Welthandels.

AUF EIN WORT

„Technik, richtig angewandt, schafft die Voraussetzungen für eine angemessene Lebensqualität und führt zu einem Ausgleich der sozialen Spannungen. Wir sollten die Technik deshalb nicht als Bedrohung betrachten, sondern als ein Mittel, den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen."

Franz Josef Spalthoff, Vorstandsmitglied des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks (RWE) Essen FOTO: SVEN SIMON

Bau: Harte Zeiten im Ausland

dpa/VWD, Wiesbaden

Der deutsche Auslandsbau, der jahrelang kräftig expandiert hatte, erlebt harte Zeiten. Wie der Geschäftsführer im Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, Rolf Bollinger, erklärte, sind gegenwärtig nirgendwo Anzeichen einer sich belebenden Auslandsnachfrage *festzustellen*. Zwar verstärke die deutsche Bauindustrie ihre Bemühungen um die Erschließung neuer Märkte, aber ein Ausgleich des Rückgangs in den Ländern der Opec sei damit nicht zu erreichen. „Für die Zukunft muß mit einem erheblich niedrigeren Auslandsbauvolumen gerechnet werden." Die Auftragseingänge der deutschen Bauindustrie aus dem Ausland betrugen 1981 gut zwölf Milliarden Mark. 1982 waren es noch 8,3 Milliarden. Im ersten Quartal 1983 gingen sie auf nur noch 1,2 Milliarden Mark zurück.

AGRARPOLITIK

Kiechle will Erosion der Landwirtschaft verhindern

HEINZ HECK, Bonn

Die von Ernährungsminister Kiechle (CSU) eingeleitete Agrarpolitik „soll einem Zusammenbruch des EG-Marktordnungssystems entgegenwirken und eine gefährliche Erosion der bäuerlichen Landwirtschaft verhindern". Mit diesem Hinweis ist Kiechle am Wochenende der Kritik von acht Agrarwissenschaftlern entgegengetreten. Sie hatten, wie Anfang Juli berichtet, die Befürchtung geäußert, daß die bisher von der neuen *Bundesregierung angestrebte* Weiterentwicklung der europäischen wie der deutschen Agrarpolitik „nicht nur keine Lösung" der Agrarprobleme der Gemeinschaft, sondern längerfristig sogar eine Verschärfung bringen könnte.

Kiechle unterstellt den acht Professoren aus Braunschweig, Gießen, Göttingen und Kiel, sie hätten „Agrarpreissenkungen und damit Einkommensminderungen für die Bauern auf der ganzen Linie" gefordert; der Minister will nun von ihnen wissen, wie stark beispielsweise die Milchpreise (derzeit hohe Überproduktion) gesenkt werden müßten, damit wieder ein Marktgleichgewicht in Europa hergestellt wird.

Die Forderung nach einer Agrarpreissenkung findet sich allerdings in der fünfseitigen „Erklärung" der Professoren nicht. Sie plädieren vielmehr für „die Durchsetzung einer den Marktgegebenheiten Rechnung tragenden restriktiven Preispolitik". Die Wissenschaftler hatten auch Kritik an Kiechles Plänen zur Einführung eines allgemeinen Agrarkreditprogramms mit Zinssubventionen geübt und gefordert, angesichts der herrschenden Überproduktion die Investitionsförderung eher einzuschränken und nicht auszuweiten. Kiechle verteidigt diese Pläne mit dem Hinweis, daß er damit „die Existenz möglichst vieler landwirtschaftlicher Betriebe sichern helfen" wolle.

US-AKTIENMÄRKTE

Fed-Strategie beeindruckte die Wall Street nur kurz

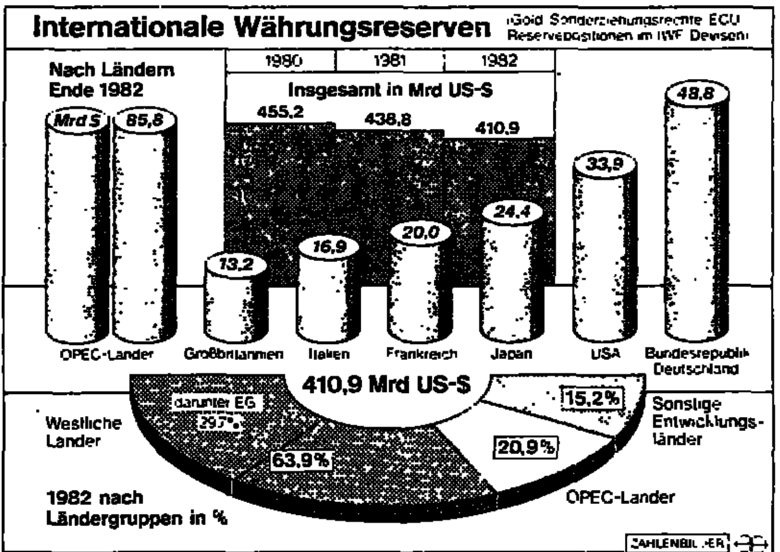
H.-A. SIEBERT, Washington

Nach einer stürmischen Woche herrscht an den US-Aktienmärkten die totale Konfusion, die sich nur so erklären läßt: Zunächst bejubelten die Investoren Paul Volkers Strategie, die bisherige Aufblähung der Geldmenge zu „vergessen" und einen neuen Anfang auf einem höheren Niveau – den Zielkorridor für M1 setzte die amerikanische Notenbank von vier bis acht auf fünf bis neun Prozent herauf – zu versuchen. Dies wurde von ernstzunehmenden Wall-Street-Analysten wie Henry Kaufman (Salomon Brothers) und Cengiz Israfil (Morgan Guaranty Trust) als das Gegenteil einer Drosselung interpretiert; der Dow-Jones-Industrie-Index schoß um 30 Punkte nach oben.

Am Donnerstag folgte die kalte Dusche: Nach der Bekanntgabe der wirtschaftlichen Wachstumsrate von real 8,7 Prozent im zweiten Quartal kamen die Börsianer zu dem Schluß, daß das schnelle Erholungstempo neue Inflationsgefahren schafft und das riesige Realzinsproblem nur durch einen Abbau der Rekordhaushaltsdefizite gelöst werden kann. Der „Dow" fiel zurück, wozu aber Gewinnmitnahmen beitrugen. Unerwartet starke Geldschübe in den vergangenen zwei Wochen schüren jetzt die Furcht, daß ein Anziehen der Prime Rate und sogar des Diskontsatzes – zur Zeit 10,5 und 8,5 Prozent – unmittelbar bevorsteht. Federal Funds kosteten Freitag immerhin schon 9,45 Prozent.

Für viele Broker ist mithin die Konsolidierungsphase nur unterbrochen. Keinen großen Eindruck machten die Verbraucherpreise und Ordereingänge im Juni (plus 0,2 und 5,5 Prozent). Aufgeholt hat der „Dow" vier Fünftel seiner Verluste; im Wochenverlauf stieg er um 38,66 (Freitag: 1,80) auf 1231,17 Punkte – 16 Punkte von seinem bisherigen Rekord entfernt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die offiziellen Weltwährungsreserven nahmen 1982 um 28 Milliarden auf rund 411 Milliarden US-Dollar ab. Dieser Rückgang ging allerdings etwa zur *Hälfte* auf Bewertungsänderungen zurück. Über 60 Prozent aller Währungsreserven wurden Ende 1982 von den westlichen Industrieländern gehalten, wobei die Bundesrepublik auf den höchsten Reservebestand zurückgreifen konnte. QUELLE: ZAHLENBILDER

Gute Aussichten für Autoindustrie

Frankfurt (rtr) – Die Automobilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland rechnet für die kommenden zwei Jahre mit guten Verkaufszahlen. Wie aus einer Studie des Verbandes der deutschen Automobilindustrie hervorgeht, planen sechs Millionen deutsche Autobesitzer für diesen Zeitraum, einen neuen Wagen zu kaufen. In einem Interview mit dem Südwestfunk meinte Verbandsgeschäftsführer Achim Diekmann am Sonntag, die Flaute der deutschen Automobilindustrie sei vorbei, Überstunden und zusätzliche Arbeitskräfte in dieser Branche seien in den nächsten zwei Jahren durchaus denkbar.

Geringerer Preisanstieg

Washington (Sbt.) – Billigere Nahrungsmittel, zum größten Teil saisonbedingt, haben im Juni in den USA *zu einer Verlangsamung der* Inflation geführt. Nach Angaben des Arbeitsministeriums in Washington erhöhten sich die Verbraucherpreise nur um 0,2 Prozent, verglichen mit 0,5 und 0,6 Prozent im Mai und April. In den letzten zwölf Monaten stiegen sie um 2,6 Prozent. *Es war die geringste Zunahme seit* Oktober 1967. Im selben Jahr kostete der Warenkorb, der heute 298,10 Dollar erfordert, nur 100 Dollar. Das sind plus 198 Prozent. In den USA erhöhten sich ebenfalls im Juni die Aufträge für Gebrauchsgüter um 5,5 Prozent. Ohne die starke Zunah*me militärischer Ausrüstungen* machte die Aufstockung jedoch nur 1,2 Prozent aus.

Attraktiver Nahost-Markt

Köln (dpa/VWD) – Die arabischen Märkte bleiben für den Import ausländischer Nahrungsmittel weiter attraktiv. Nach einer von der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Köln, veröffentlichten Studie, die auch Iran mit einbezieht, werden die Agrar- und Nahrungsmittelimporte in den Nahen Osten und nach Nordafrika 1983 gegenüber dem Vorjahr um rund 3,0 Milliarden Dollar auf rund 35 Milliarden Dollar (87,5 Milliarden Mark) steigen. 1970 machten die Lieferungen nur eine Milliarde Dollar aus.

Kooperation vereinbart

Hamburg (VWD/dpa) – Das große Geschäft in der internationalen Kommunikationsindustrie ist perfekt. A.T.T. (American Telephone and Telegraph Co.) und N.V. Philips Gloeilampenfabrieken haben nach offensichtlich sehr intensiven und zäh geführten Verhandlungen ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet, das sich auf den Gebieten der Nachrichtenvermittlung und -übertragung betätigen wird. A.T.T. ist das größte Telefonunternehmen *der Welt mit einem Jahresumsatz* von mehr als 65 Milliarden Dollar (165 Milliarden Mark) und einer Forschungskapazität von 8000 Mitarbeitern. Der niederländische Philips-Konzern (82er Umsatz 43 Milliarden Gulden/39 Milliarden Mark) verfügt über große Erfahrungen in der *Telekommunikation und auch* über ein weltweites Vertriebsnetz mit eigenen Gesellschaften in mehr als 60 Ländern.

Aufschwung in der UdSSR

Moskau (dpa/VWD) – In der sowjetischen Wirtschaft zeichnet sich *nach mehreren schwachen Jahren* wieder eine Phase des Aufschwungs ab. Das Wachstum der Industrieproduktion lag im ersten Halbjahr 1983 um 4,1 Prozent höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Arbeitsproduktivität der Industrie stieg um 3,3 Prozent. *Diese Zahlen gab die Statistische* Zentralverwaltung in Moskau bekannt. Das Industriewachstum geht seit 1978 (4,8 Prozent) zurück. 1982 betrug es 2,8 Prozent. Bei der derzeitigen Entwicklung könnte zum ersten Mal seit 1978 wieder der Jahresplan erfüllt werden. Vor allem die *Förderung von Erdöl, Gas, Kohle* sowie die Stahlproduktion liegt über den Planzahlen.

Strengere Kontrolle

Berlin (dpa/VWD) – Die exportorientierten Zweige der Wirtschaft in der „DDR" unterliegen künftig *einer strengeren staatlichen Kon*trolle. Damit soll für mehr Rentabilität, Effektivität und eine bessere Marktanpassung gesorgt werden. Ebenso wird nach einer am 1. August in Kraft tretenden und jetzt im „DDR"-Gesetzblatt veröffentlichten „Verordnung über die Jahresrechenschaftslegung in der volkseigenen Wirtschaft" der sparsamere Umgang mit Rohstoffen, Energie und Arbeitskraft stärker überwacht. Es ist „zu kontrollieren, welche Maßnahmen zur Sicherung der geplanten Exportrentabilität und des geplanten Valutaaufkommens getroffen wurden".

Weg der Kurse

	22.7.83	15.7.83
Boeing	45	44,625
Chrysler	31	31,50
Citicorp	39	36,375
Coca-Cola	50	47,625
Exxon	35	34,25
Ford Motors	59,25	57
IBM	124,625	120
PanAm	7,625	7,25
US Steel	24,625	24,50
Woolworth	37,375	35,50

EG-MINISTERRAT

In Brüssel beginnt das Ringen um die Stahlquoten

AFP, Brüssel

Ein hartes Ringen um die Aufteilung des europäischen Stahlmarkts wird heute in Brüssel erwartet. Auf der Tagesordnung steht die Entscheidung der EG-Kommission, das System verbindlicher Produktionsquoten für rund 70 Prozent des Stahlsektors bis Ende 1985 zu verlängern.

Mit dem Prinzip sind alle Gemeinschaftsmitglieder einverstanden. Einwände gibt es jedoch gegen die vorgesehene Quotenaufteilung. Seit 1900 hat die kranke europäische Stahlindustrie ihre Produktion bereits um 18,4 Prozent abgebaut. Sie arbeitet nur noch mit 54 Prozent ihrer Kapazität (gegen 60 Prozent in den USA und Japan). Die Kommission fordert jedoch eine weitere Kürzung um insgesamt 8,3 Prozent. In Brüssel wird es darum gehen, wie jeder einzelne Staat von der zusätzlichen Produktionssenkung belastet wird.

Vor allem Frankreich und Italien fordern für ihre Industrie höhere Anteile. Die Regierung in Rom, die zunächst die für Italien vorgesehene Quotenkürzung um 5,8 Millionen Tonnen bis 1985 als unannehmbar abgelehnt hatte, lenkt jetzt ein. Sie will einwilligen, wenn die Produktionskapazitäten der Privatindustrie zugunsten der Staatskonzerne stärker gekürzt werden als von Brüssel vorgesehen und wenn *die Blechproduktion der* staatlichen Industrie um 1,2 Millionen Tonnen erhöht wird.

Parallel zu den Stahlverhandlungen beraten die für Fischerei zuständigen Minister über die strittige Aufteilung des Heringsfangs in der Nordsee. Darüber hatte es auf dem Ministerrat vom 12. Juli keine Einigung gegeben. Die Kommission erließ daraufhin ein Fangverbot für deutsche, niederländische, britische und norwegische Fischer, weil diese Länder ihre vorläufigen Fangquoten für Nordsee-Hering bereits ausgeschöpft haben.

SOMMERSCHLUSSVERKAUF / Tiefstpreise sollen Ladenhütern Beine machen

Fachhandel hat kaum noch Vorräte

HANNA GIESKES, Bonn

„Ein sonniges Vergnügen" und „heiße Angebote" warten seit heute morgen auf den Verbraucher – dies jedenfalls versprechen die Anzeigen des Einzelhandels zum Schlußverkauf in den regionalen Tageszeitungen vom vergangenen Samstag. „Preisknüller" und „tiefgekühlte Preise" werden da angekündigt, und ein großer Warenhauskonzern läßt gleichzeitig wissen, daß er von der herabgesetzten Ware noch jeweils 30 000 oder gar 50 000 Stück vorrätig habe. Ob das hilft?

Bei den Vorankündigungen zum Schlußverkauf fehlte auch nicht der mittlerweile schon nicht mehr originelle Hinweis eines anderen Warenhauskonzerns, daß sich „eine dreiköpfige Familie in den entsprechenden Filialen schon für 118 Mark einkleiden kann". Offenbar hält sich dieses Unternehmen seit Jahren eine Schlußverkaufs-Test-Familie vom Typ „Vater-ist-der-Herr-im-Haus": Während er sich für 65 Mark neu einkleiden darf, bleiben für Muttchen nur ganze 26 übrig; die Ärmste scheint das immer wieder klaglos hinzunehmen.

Der Facheinzelhandel hat solche Schlußverkaufsakrobatik in diesem Jahr nicht nötig. Die Hitze und der relativ frühe Ferienbeginn haben die Läger von hochsommerlicher Ware weitgehend geräumt. Außerdem scheint er sich um die Riten des Schlußverkaufs kaum noch zu kümmern. Wer wollte, konnte nach entsprechender Anfrage auch am Samstagmorgen ein preisgünstiges Sonderangebot erwerben; das meiste ist schon vor Wochen zum Sonderpreis verkauft worden. In einzelnen Nobel-Boutiquen deckten sich die Kundinnen, von der brütenden Hitze draußen völlig unbeirrt, bereits mit Herbst- und Wintergarderobe ein.

Mögen in Sachen „Mode" auch gewisse Zweifel am Schlußverkauf angebracht sein, wer seine Bestände an Haustextilien auffrischen möchte, findet kaum eine bessere Gelegenheit. Geschirrtücher und Waschlappen gibt es teilweise schon für eine Mark, Kopfkissenbezüge für fünf und Bettbezüge ab zehn Mark. Auch bei Heimtextilien wie Gardinen oder Teppichen lassen sich jetzt „Schnäppchen" machen – etwa bei Auslegware, doch selbst bei echten Orientbrücken. Lohnen kann es sich, bei Sportartikeln nach preiswerten Sonderangeboten zu suchen – das gilt vor allem für winterliche Ware, denn *der Handel braucht Platz für die* neuen Kollektionen. Auch Pelze werden traditionsgemäß im Sommerschlußverkauf zu herabgesetzten Preisen angeboten.

Dies mag König Kunde darüber hinwegtrösten, daß der Schlußverkauf seit Jahren im wesentlichen nur noch in den offiziellen Mitteilungen der Verbände stattfindet: Den Verbrauchern bleibt die Erkenntnis, daß er, jedenfalls in puncto „Mode", längst vorbei ist, wenn er von Gesetzes wegen beginnen darf.

LADENSCHLUSS

Neue Initiative aus Berlin

HEINZ HECK, Bonn

In die Diskussion um eine Änderung des Ladenschlußgesetzes aus dem Jahre 1956 scheint Bewegung zu kommen. Der Berliner Senat will nach der Sommerpause mit einer Initiative im Bundesrat eine Auflockerung der enggefaßten gesetzlichen Bestimmungen erreichen. Dadurch sollen die Landesregierungen ermächtigt werden, „beim Vorhandensein eines örtlichen Bedürfnisses" den Verkauf bestimmter Waren oder Warengruppen innerhalb bestimmter örtlicher Bereiche an einzelnen oder allen Werktagen (ausgenommen die „langen Samstage") bis zu drei Stunden nach dem Beginn der gesetzlichen Ladenschlußzeit (also von Montag bis Freitag bis 21.30 Uhr und am Samstag bis 17.00 Uhr) zuzulassen.

Den Auflagen des Arbeitszeitschutzes könnte dadurch Rechnung getragen werden, daß die betroffenen Einzelhändler verpflichtet werden, an solchen Tagen entsprechend später zu öffnen oder im Laufe des Tages für eine entsprechende Zeit zu schließen.

Die Berliner Initiative stößt in anderen Bundesländern auf Zustimmung. So erklärte der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Jürgen Westphal (CDU), er sehe in dem Antrag einen Vorstoß in die richtige Richtung und werde ihn deshalb unterstützen. Die gesetzlichen Ladenschluß-Regelungen von 1956 würden den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht.

Westphal erwartet davon auch positive Impulse für die Beschäftigung und speziell für mittelständische Einzelhandelsbetriebe, die sich unter Umständen flexibler auf unterschiedliche Anforderungen einstellen könnten.

Hamburger Bank konsolidiert weiter

J. BRECH, Hamburg

Die Hamburger Bank eG hat ihren Konsolidierungskurs 1982 fortgesetzt. Die Bilanzsumme weitete sich um 8,9 Prozent auf 1,0 Mrd. DM aus, das Geschäftsvolumen um 9,4 Prozent auf 1,12 Mrd. DM. Die Zahlen sind mit denen des Vorjahres nur bedingt vergleichbar. Das Geschäft der Hamburger Bank ist durch die 1982 vollzogene Übernahme der früheren Geesthachter Volksbank zusätzlich um 120 Mill. DM ausgeweitet worden. Eine Fusion mit den übrigen zur Zeit noch getrennt operierenden Volksbanken in Hamburg hält der Vorstandsvorsitzende der Hamburger Bank, Rolf Lürig, für sinnvoll.

Einmalaufwendungen durch die Fusion mit dem Geesthachter Institut haben die Ertragslage der Hamburger Bank beeinflußt. Bei kaum verändertem Zinsüberschuß von 42,2 Mill. DM stieg der Verwaltungsaufwand um 7,3 Prozent auf 36,9 Mill. DM. Da auch die Provisionserträge leicht unter denen des Vorjahres lagen, ist das Teilbetriebsergebnis um 13,9 Prozent auf 12,4 Mill. DM zurückgegangen. An die 20 725 Mitglieder sollen 6,25 Prozent Dividende ausgeschüttet werden. Dabei wird der im Vorjahr gezahlte Bonus in Dividende umgewandelt. Die Geschäftsentwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres ist nach Angaben von Lürig verhalten. Bei der Kreditnachfrage gebe es nur eine bescheidene Belebung.

NAMEN

Dr. Günter Krawitz, bisher M. A. N., wird voraussichtlich im letzten Vierteljahr 1983 in den Vorstand der Motoren-Werke Mannheim AG (MWM), eintreten und für den technischen Bereich und für die Produktion zuständig sein.

Klaus-Werner Schubert, Leiter des Verkaufsbüros Düsseldorf der Voest-Alpine AG, ist Ende Juni 1983 in den Ruhestand getreten. Am 1. Juli 1983 hat Hartmut Leithe (50) diese Funktion übernommen.

Gift des Protektionismus gefährdet die Erholung

Von Professor BRUNO MOLITOR

Man traut seinen Ohren nicht. Während sonst überall vor den Gefahren eines wiederauflebenden Protektionismus und schließlich eines globalen Handelskrieges gewarnt wird, erschallen aus Cambridge bemerkenswert dissonante Töne. Dort singt eine Gruppe von Ökonomen, mit Lord Kaldor als grauer Eminenz, einem neuen Protektionismus das hohe Lied: Die Regierung soll allenthalben die Zollschranken hochziehen, um den Import zu drosseln, und durch riesige Staatssubventionen soll die alternde heimische Industrie auf Trab gebracht werden.

Daß die sonderbare Botschaft aus Cambridge kommt, ist indessen so erstaunlich nicht. Die protektionistischen Gurus können sich sogar auf John Maynard Keynes berufen, der in Cambridge gelehrt hat und zum Beispiel 1933, übrigens in deutscher Sprache, einen Aufsatz über „Nationale Selbstgenügsamkeit" publizierte, in dem seine Skepsis über die vorteilhaften Wirkungen der internationalen Arbeitsteilung und der internationalen Märkte zum Ausdruck kam. Keynes war damals Protektionist, wenn auch von der gemäßigten Sorte.

Aber was soll das heute, 40 Jahre nach Kriegsende, in denen unser aller Wohlstand, wie selten zuvor, vom freien Handel profitiert hat und kaum eine internationale ökonomische Institution so erfolgreich war wie das zollsenkende Gatt? Man möchte über die Cambridger Botschaft, wie über so manche intellektuelle Exzentrizität, zur Tagesordnung übergehen, wenn sie in der gegenwärtigen Rezession nicht wie eine einschmeichelnde Versuchung wirken könnte. Über die unverbesserlichen Staatsökonomen hinaus, die einer obskuren nationalen Autarkie anhängen, kann sie nämlich jenen Politikern zupaß kommen, die im Inland eine Beschäftigungspolitik des „billigen Geldes" um jeden Preis betreiben wollen und dabei an der außenwirtschaftlichen Flanke auf eine Grenze auflaufen, die ihre Absichten verdirbt. Ihnen mag der höheren Orts abgesegnete Protektionismus in allen seinen Formen bis hin zu Kapitalverkehrskontrollen als das erlösende Wort erscheinen.

Aber die Bevölkerung sollte auf diesen Taschenspielertrick nicht hereinfallen. Er würde die letzten Dinge nur schlimmer machen als die ersten. Denn gegen den Protektionismus anderswo werden sich die übrigen Handelspartner bald mit ebensolchen Restriktionen für die Importe aus dem sich vermeintlich schützenden Land wehren: Die Exportsektoren nehmen Schaden. Auch geht das inflationistische Beschäftigungsrezept, wie die Cambridger Ökonomen selbstverständlich zugeben und was namentlich die Gewerkschaften interessieren dürfte, binnenwirtschaftlich nicht ohne eine dauerhafte Lohnkontrolle ab. Und wenn dann noch der subventionierende Staat immer größere Teile der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung an sich zieht, ist es nicht schwer vorauszusehen, wo die Reise schließlich endet: in einem Teufelskreis aus sinkender Produktion, schrumpfendem Handel und hartnäckiger Unterbeschäftigung.

Freilich sind falsche Propheten nicht auf das Ausland beschränkt. Während der Bundesfinanzminister beredt über die unzureichende Eigenkapitalausstattung bei vielen deutschen Unternehmen Klage führt und dafür mit gutem Grund nicht zuletzt Ungereimtheiten in der überkommenen Steuerpolitik verantwortlich macht, melden sich aus der Grundsatzabteilung eben dieses Ministeriums zwei Autoren (Thormählen, Michalk) zu Wort, die ungefähr das Gegenteil behaupten: „Eine entscheidende Beeinträchtigung der Eigenkapitalausstattung" sei bei uns nicht festzustellen.

Auch die beiden Autoren können allerdings nicht das Offensichtliche bestreiten: daß nämlich die durchschnittliche Eigenkapitalquote der deutschen Firmen seit 1965 massiv gesunken ist und im internationalen Vergleich extrem niedrig liegt. Daß andererseits vor allem größere Unternehmen Pensionsrückstellungen für freiwillig zugesagte betriebliche Altersrenten getätigt haben, ist da ein schwacher Trost. Denn hier handelt es sich eben nicht um ein normal haftendes Eigenkapital. Im Gegenteil, die Pensionszusagen sind in der Periodenfolge eine Belastung. Manches Unternehmen hat seine aufgeblähte betriebliche Altersversorgung geradewegs in den Konkurs geführt, als die Ertragsrechnung keinen Ausgleich mehr gestattete.

Hinkend ist auch der (heute offenbar unvermeidliche) Vergleich mit japanischen Unternehmen, die bei dünner Eigenkapitaldecke als besonders ertragsstark vorgestellt werden. Abgesehen davon, daß hoher Umsatz noch lange nicht einen ebensolchen Ertrag bedeutet, ist es eine Binsenweisheit, daß die Ertragsfähigkeit eines Unternehmens natürlich nicht allein von der Art der Kapitalausstattung abhängt. Aber ebenso sicher ist, daß Eigenkapital einzelwirtschaftlich betrachtet, nun einmal eine kostengünstige und insoweit innovationsfreundliche Finanzierungsart darstellt.

Die Arbeitnehmer bei uns haben in der mißlichen Wirtschaftslage nicht nur erneut realisiert, wie wichtig es ist, einen fähigen Unternehmer ihr eigen zu nennen. Sie mußten zum Teil auch schmerzlich erleben, wie gefährlich eine unzureichende Eigenkapitaldecke sein kann, wenn es eine konjunkturelle Durststrecke durchzustehen gilt. Darum die zunehmende Aufgeschlossenheit dafür, daß sich die Arbeitnehmer ihrerseits am Kapital des sie beschäftigenden Unternehmens beteiligen. Und erst recht kann niemand mehr auf Verständnis für eine Steuerpolitik rechnen, die die betriebliche Eigenkapitalbildung und damit die Sicherheit der Arbeitsplätze behindert.

ARBED SAARSTAHL / Jahresüberschuß, aber

Tief in den roten Zahlen

dpa/VWD, Völklingen

Die wiederholt akut vom Konkurs bedrohte Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, mit ihren noch rund 17 600 Beschäftigten hat 1982 dank der Zuwendungen von Bund und Land zwar einen Jahresüberschuß von 145,3 Mill. DM ausgewiesen, steckt aber noch tief in den roten Zahlen. Im Geschäftsbericht 1982 weist Arbed Saarstahl darauf hin, daß sich trotz des Jahresüberschusses nach Verrechnung mit dem Verlustvortrag aus 1981 ein Gesamtverlust von 291,7 Mill. DM ergab. Mit einem ausgewiesenen Bilanzverlust von 130,8 Mill. DM ist Arbed Saarstahl in das neue Jahr gegangen.

Der Umsatz des Unternehmens sank im vergangenen Jahr um 9,9 Prozent auf knapp 2,2 (2,4) Mrd. DM. Entscheidend hierfür war vor allem ein starker Absatz-Einbruch auf dem Stahlmarkt in der zweiten Jahreshälfte 1982. Im gesamten Vorjahr mußte Arbed Saarstahl bei Massen- und Qualitätsstählen einen Versandrückgang von 18,4 Prozent hinnehmen. Der Versand bei Edelstählen sank sogar um 21 Prozent. „Das Jahr 1983 wird trotz gewisser positiver Tendenzen insgesamt kaum besser als das abgelaufene Berichtsjahr werden", heißt es dazu im Geschäftsbericht.

Die Roheisen-Erzeugung bei Arbed Saarstahl, Tochterunternehmen des Luxemburger Arbed-Konzerns, ging im vergangenen Jahr um 21,8 Prozent auf 1,77 Mill. Tonnen zurück. Die Rohstahl-Produktion sank um 18,7 Prozent auf knapp 2,4 Mill. Tonnen, und die Produktion von Walzstahlerzeugnissen reduzierte sich um 18,5 Prozent auf 1,94 Mill. Tonnen.

Tief in der Krise steckt auch die für die Unternehmensbereiche Draht sowie Maschinen- und Stahlbau zuständige Arbed Deutschland GmbH, bei der laut Geschäftsbericht „das Jahr 1983 von sinkenden Auftragseingängen, einer schlechteren Beschäftigung und schrumpfendem Umsatz gekennzeichnet sein wird".

Im vergangenen Jahr war die Belegschaft bei Arbed Saarstahl bereits um rund 3250 Beschäftigte abgebaut worden. Als Bedingung für neue, von Bund und Land bereits zugesagte Finanzhilfen ist das Unternehmen aufgefordert worden, bis Mitte Oktober dieses Jahres ein Anpassungskonzept mit Kosteneinsparungen vorzulegen. Dabei ist von Massenentlassungen von bis zu 5000 Beschäftigten die Rede.

OLFF / Vertrieb über Auktionen und Scipio-Gruppe

Seit 1883 Fruchtimport

J. BRECH, Hamburg

Das Fruchthandelshaus H. Olff & Sohn GmbH, Hamburg, besteht in diesen Tagen 100 Jahre. Schon Mitte des vorigen Jahrhunderts siedelte Hans Olff aus Vierlanden, dem noch heute größten geschlossenen Obstanbaugebiets Europas, nach Hamburg über, um Früchte in der Stadt anzubieten. Sein Sohn erweiterte das Geschäft entscheidend um die Ausfuhr vor allem von Zwetschgen und Blaubeeren nach England und ließ am 19. Juli 1883 die Firma H. Olff & Sohn ins Handelsregister eintragen.

In der wechselvollen Geschichte des Hauses, das zwischen den Weltkriegen zu den führenden Importeuren von Früchten und Bananen avancierte, trat 1970 eine entscheidende Veränderung ein. Unter dem Dach der Scipio-Gruppe vereinigte sich die H. Olff & Sohn mit der Bremer Harder, Meiser & Co. Zwischen beiden Firmen hatten schon vorher enge Zusammenarbeit bestanden. Zudem waren beide Organisationen Bananenimporteure der amerikanischen United Brand. Der Import der Marke „Chiquita" liegt heute bei der Scipio-Tochter „Atlanta" Handelsgesellschaft Harf Harder & Co.

Olff & Sohn nimmt unter den inzwischen zahlreichen Töchtern der Scipio-Gruppe, die mit Obst und Frischgemüse 1,4 Mrd. DM umsetzt, eine Sonderstellung ein. Sie ist in Deutschland und Österreich Generalvertreter des südafrikanischen „Fruit Board" und führt innerhalb der Scipio-Gruppe den Import von Früchten aus der südlichen Hemisphäre durch. Nach Angaben von Werner Stockfleth, der sowohl Geschäftsführer der Firma Olff & Sohn sowie auch geschäftsführender Gesellschafter der Firmen der Scipio-Gruppe ist, beträgt der Umsatz rund 90 Mill. DM pro Jahr. Das Schwergewicht liegt auf dem Import von Äpfeln, Birnen und Trauben. Sie werden zum Teil in eigenen Auktionen verkauft, zum Teil an die Scipio-Vertriebsorganisation im Inland geliefert.

DEUTSCHE WINTERTHUR / Sachversicherung mit höherem technischen Verlust

Beiträge sind spärlicher geflossen

DANKWARD SEITZ, München

Wie in der gesamten Versicherungsbranche war auch bei der deutschen Tochter der Schweizer Winterthur-Versicherungsgruppe das Geschäftsjahr 1982 durch ein abgeschwächtes Beitragswachstum gekennzeichnet. Nach Angaben von Helmut Braun, Generaldirektor für die vier Winterthur-Gesellschaften in der Bundesrepublik, stiegen die Prämieneinnahmen um 6,1 (6,9) Prozent auf rund 509 Mill. DM.

In der Sach-Sparte, die von der Winterthur Schweizerische Versicherungs-Gesellschaft betrieben wird, wurden mit 313 Mill. DM nur 4,7 (6,2) Prozent mehr Beiträge eingenommen. Auf das selbstabgeschlossene Geschäft entfielen davon 305,8 (292,1) Mill. DM. Die Schadensaufwendungen erhöhten sich um 11,2 Prozent auf 208,8 Mill. DM, während die Zahl der gemeldeten Schäden nur um 4,5 Prozent auf 113 455 zunahm. Die Schadenquote lag mit 77,7 Prozent der verdienten Beiträge etwas über der Vorjahreshöhe.

Trotz verbesserter Kostenquote schließt die versicherungstechnische Rechnung nach Zuführung von 2,6 Mill. DM in die Schwankungsrückstellungen mit einem Verlust in Höhe von 2,8 (1,8) Prozent der Beitragseinnahmen. Daß dennoch ein „befriedigender Überschuß" ausgewiesen werden kann, führte Braun auf das „erfreuliche Ergebnis" des allgemeinen Geschäfts zurück. Die Durchschnittsverzinsung der auf 621,1 (569,2) Mill. DM gestiegenen Kapitalanlagen gab er mit 7,6 (7,24) Prozent an.

Bei der Winterthur-Lebensversicherungs-Gesellschaft lag das Neugeschäft mit 1,2 Mrd. DM um 7,9 Prozent über dem Vorjahr; der Versicherungsbestand erreichte rund 5,4 Mrd. DM (plus 6,2 Prozent). Die Beitragseinnahmen stiegen um 6,5 Prozent auf 182,4 Mill. DM. Deutlich schlechter als in der Branche war die Entwicklung der Stornoquote mit 6,1 (5,6) Prozent.

Daß der „gute Überschuß des Vorjahres noch einmal um ein ansehnliches Stück übertroffen" wurde, so Braun, ist auf das gute Ergebnis zurückzuführen, das mit den auf 1,29 (1,15) Mrd. DM aufgestockten Kapitalanlagen erzielt wurde. Bei einer Durchschnittsverzinsung von 7,63 (7,43) Prozent trugen sie den größten Teil zum Überschuß bei. Für Beitragsrückerstattung konnten daher 74,2 Mill. DM (plus 20,6 Prozent), das sind etwas mehr als 41 Prozent der Prämieneinnahmen, zurückgestellt werden. Nach Entnahme von 9 Mill. DM verbleibt ein Betrag von 201,6 Mill. DM – eine „solide Basis", die es ermöglicht, 1984 die Überschußanteile der Versicherten zu verbessern. Darüber hinaus soll auch die direkte Zinsgutschrift eingeführt werden.

„Recht erfreulich" hat sich den Angaben zufolge die Winterthur-Rechtsschutzversicherungs-Gesellschaft entwickelt. In ihrem ersten vollen Geschäftsjahr erzielte sie eine Beitragseinnahme von rund 3,4 Mill. DM, schloß aber wegen der Aufbauphase noch insgesamt mit einem Verlust ab. Einen „befriedigenden" Jahresüberschuß erzielte die Winterthur-Garantie Deutsche Garantie- und Kautionsversicherungs-AG, obwohl das kräftige Beitragswachstum um 18,3 Prozent auf rund 10 Mill. DM von einem Rückgang des versicherungstechnischen Gewinns begleitet war.

FRANKENHEIM

Steigender Faßbieranteil

HANS BAUMANN, Essen

Mitten in der rauhen Bierlandschaft Nordrhein-Westfalens gedeiht ein kleiner Betrieb – die Privatbrauerei Frankheim KG, Düsseldorf. Im Geschäftsjahr 1982 erhöhte sich der Ausstoß um 7,9 Prozent auf 180 000 Hektoliter. Bis Ende Mai 1983 kamen noch einmal 6 Prozent hinzu. Innerhalb der letzten sieben Jahre hat das Unternehmen mitten in der Stadt seinen Ausstoß damit verdoppeln können.

Peter Frankenheim, Chef des Hauses, berichtet von einem steigenden Faßbieranteil, der zur Zeit bei 80 Prozent liegt, während im allgemeinen angesichts der Flaute der Faßbieranteil im Durchschnitt der Bundesrepublik sinkt. Nachfragedruck verspürt der Altbierspezialist aber auch vom Einzelhandel. 70 Prozent des Flaschenbieres kommen in der Halbliter-Euroflasche zum Kunden, 30 Prozent in der Drittelliterflasche. 25 Prozent des Ausstoßes übernimmt der Fachgroßhandel, der Faßbier bis nach München transportiert, wo rund 50 Gaststätten Frankenheim Alt führen.

Kräftiger als der Ausstoß stieg der Umsatz um 12,6 Prozent auf 23 Mill. DM. Den Netto-Cash-flow gibt Frankenheim mit 3,8 Mill. DM an bei Investitionen in 1983 von rund 4 (2,3) Mill. DM. In den Markt steckte das Haus 1982 rund 1,6 Mill. DM. 1983 wird dieser Aufwand geringer sein. Einwegbier wird nur in der Fünf-Liter-Dose abgegeben.

Frankenheim praktiziert den Einheitspreis. Rabatte gibt es nicht. Das Alt kostet ab Rampe 127,50 DM je Hektoliter im Faß, die Halbliterflasche 57 Pfennig und die Drittelliterflasche 49 Pfennig. Frankenheim kooperiert mit der Warsteiner Brauerei. Warstein setzt zur Zeit rund 12 000 Hektoliter Frankenheim ab und die Frankenheimer rund 10 000 Hektoliter Warsteiner.

Die Kapazität in der Innenstadt Düsseldorf beträgt im Sudhaus 300 000 Hektoliter. Alle Nachfolgeanlagen wurden in Neuss-Holzheim errichtet. Die Lager- und Reifezeit von Frankenheim Alt: „Wenn es eben geht, sechs Wochen."

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Ralph-Konkursverfahren

München (VWD) – Für das zahlungsunfähig gewordene Münchner Modeunternehmen „Ralph Modelle KGAA" ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Wie Konkursverwalter Richard Tress sagte, wurde das Verfahren möglich, weil die Belegschaft sämtliche und eine Gläubigerbank einen Teil ihrer Forderungen zurückstellten und so die Verfahrenskosten gesichert werden konnten.

Moenus: Dividendenausfall

Frankfurt (VWD) – Die Aktionäre der Moenus AG, Frankfurt, die für 1981 noch 2 DM Dividende je 50-DM-Aktie auf 6 Mill. DM Grundkapital erhalten hatten, gehen für 1982 leer aus. Der Hauptversammlung am 31. August soll vorgeschlagen werden, den Bilanzgewinn von 35 988 (582 000) DM auf neue Rechnung vorzutragen. Ferner soll der Vorstand ermächtigt werden, das Grundkapital, das Ende 1982 unter Ausnutzung genehmigten Kapitals bereits auf 9 Mill. DM erhöht worden war, bis zum 31. August 1988 weiter um bis zu 4,5 Mill. DM durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geld- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Dabei soll den Aktionären im Falle der Inanspruchnahme ein Bezugsrecht eingeräumt werden.

ASS wieder mit Verlust

Leinfelden-Echterdingen (dpa/VWD) – Die Vereinigte Altenburger und Stralsunder Spielkarten-Fabriken AG (ASS), Leinfelden-Echterdingen, hat wie in den beiden Vorjahren auch im Geschäftsjahr 1982 wieder rote Zahlen geschrieben. Das Jahresergebnis 1982 weist einen Fehlbetrag von 1,88 nach 2,55 Mill. DM aus. Der Umsatz, der im Vorjahr um 17 Prozent gestiegen war, fiel wieder um 6,7 Prozent auf 24,9 Mill. DM. Einschließlich der Tochter Bielefelder Spielkarten GmbH, die einen Gewinn von rund 116 000 (rund 122 000) DM an ASS abführte, wurde ein um 7,1 Prozent verminderter Konzernaußenumsatz von 25,4 (27,3) Mill. DM erzielt. Das 1. Quartal des laufenden Geschäftsjahres 1983 ist nach Vorstandsangaben zufriedenstellend verlaufen. Der Umsatz habe über der Vorjahreshöhe gelegen.

Vertrag mit Dab gebilligt

Osnabrück (VWD) – Mit großer Mehrheit genehmigte die Hauptversammlung der Osnabrücker Aktien-Bierbrauerei (OAB) den mit der ebenfalls zur Oetker-Gruppe gehörenden Dortmunder Actien-Brauerei (Dab) geschlossenen Vertrag zur Übergabe des OAB-Geschäftsbetriebes an die Dortmunder Gesellschaft zum 1. 8. 1983. Bei der schriftlichen Abstimmung votierten 88,67 Prozent für den Vertrag. Im Mittelpunkt der streckenweise sehr emotional geführten Diskussion stand die Frage nach den Überlebenschancen der Osnabrücker Braustätte unter Dab-Fittichen.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Clodwig Kapferer: Ein Leben für die Information. Erfahrungen und Lehren aus sechzig Jahren. Kriterion Verlag AG, Zürich, 116 Seiten.

Die Lage ist nicht neu, daß die Wirtschaftstheorie den Praktikern der Wirtschaft, den Unternehmern und auch den Wirtschaftspolitikern, wenig oder gar keine Hilfe für ihr Verhalten und Handeln gibt. So hat Ludwig von Mises zur besseren Beurteilung wirtschaftlichen Geschehens eine „Praxeologie" entwickeln wollen. Joseph Schumpeter und in neuerer Zeit Helmut Arndt haben auf die Gefahr hingewiesen, daß die nationalökonomischen Theorien mit ihren Verallgemeinerungen, und besonders, wenn sie mit der Neigung zur Verabsolutierung verbunden ist, nur zu leicht zu Ideologien werden. Auch die ursprünglich ganz auf wirtschaftliche Praxis ausgerichtete Betriebswirtschaftslehre gibt in manchen Bereichen nur bedingt die Hilfen, die für Entscheidungen im Unternehmen gebraucht werden.

Clodwig Kapferer, der als Praktiker in der Industrie gearbeitet hat und lange Jahre auf dem Gebiet der Wirtschaftsforschung und -information als Leiter von amtlichen Instituten und eigenem Marktforschungsunternehmen tätig war, sagt in dem als „Exkurs" bezeichneten Teil seines als Selbstbiographie gestalteten Buches in einer Kapitelüberschrift: „Für die Unternehmens-Praxis geht die Wirtschaftstheorie an der Realität vorbei." Er betont – und die Darstellung seines beruflichen Werdeganges macht dies deutlich – wie wichtig für die Unternehmen es ist, von wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen wissenschaftlichen Rat zu erhalten.

Deshalb setzt er sich für eine Verbesserung des Informationswesens mit mehr und besserer Erforschung der Märkte im Inland und Ausland sowie der Verhaltensweisen der Marktpartner und einer mehr praxisorientierten Wirtschaftsforschung und Wirtschaftstheorie sowie einer mehr praxisorientierten Ausbildung an den Hochschulen ein. Nachdem Kapferer dargelegt hat, „wie sehr es dem vielgepriesenen Beziehungsverhältnis zwischen Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis an Effizienz mangelt", empfiehlt er der Wirtschaft, ihre eigene Wirtschaftsforschung zu institutionalisieren.

Werner Obst: Reiz der Idee – Pleite der Praxis. Ein deutsch-deutscher Wirtschaftsvergleich. Verlag A. Fromm, Osnabrück, 120 Seiten.

Dipl. rer. oec. Werner Obst, der von 1965 bis 1968 im Ministerrat der „DDR" für wirtschaftliche Grundsatzfragen zuständig war und 1966 eine Reform der Planwirtschaft eingeleitet hat, nach deren Scheitern er in den Westen kam, gibt einen klaren Einblick und Überblick über das Wirtschaftssystem der „DDR". Er zeigt, wie die Planung funktioniert, welche Befugnisse die Betriebsleiter haben und wie sich der Wirtschaftsablauf zwischen Plan und Markt gestaltet. Durch den Vergleich zwischen der Wirtschaft der beiden Teile Deutschlands macht er deutlich, welches die Hauptgründe für die Schwächen und letztlich das Versagen der Planwirtschaft sind.

BOLIVIEN / Rund zweihundert Regierungswechsel hinderten bislang an einer kontinuierlichen Entwicklung

Die Schulden bleiben das gravierendste Problem

KAREN SÖHLER, Bonn

Zum zweihundertsten Mal jährte sich gestern der Geburtstag Simón Bolívars – in den südamerikanischen Staaten noch heute als großer Befreier des Kontinents gefeiert und Begründer des Landes, das seinen Namen weiterleben läßt: Bolivien. Der Staat erklärte 1825 offiziell seine Unabhängigkeit und erhielt 1826 eine von Bolívar ausgearbeitete Verfassung für einen zentralistisch organisierten Staat mit starker Exekutive. Doch in den knapp 160 Jahren erschütterten rund 200 Staatsstreiche und Regierungswechsel sowie mehrere Kriege Bolivien und behinderten eine kontinuierliche Entwicklung.

Bolivien – nach achtzehnjähriger Diktatur seit letztem Oktober demokratisch regiert – hat im Vergleich zu anderen südamerikanischen Staaten wohl mit den gravierendsten Schwierigkeiten zu kämpfen. Das Brutto-Inlandsprodukt – 1981 schon um 1,1 Prozent zurückgegangen – schrumpfte im vergangenen Jahr um 9,2 Prozent. Die Inflation stieg von 23 Prozent 1981 auf regierungsamtlich geschätzte 300 Prozent im vergangenen Jahr. Von den durch den Export einfließenden Devisen müssen etwa 80 Prozent für Tilgungen und Zinszahlungen aufgewendet werden. Kein Wunder also, wenn das Land Ende 1982 nur noch über 192 Millionen Dollar Gold- und Devisenreserven verfügte – bei einer kontraktierten Schuld von inzwischen 3,8 Milliarden Dollar etwa 128 Prozent des Bruttoinlandproduktes. „Was häufig vergessen wird, denn gegenüber Brasilien und Mexiko ist Bolivien nur ein kleiner Schuldner: Der erste südamerikanische Staat, der in die Verschuldungskrise hineingerutscht ist, war Bolivien", erklärt Herbert Mittendorf, Vorstandsmitglied der Deutsch-Südamerikanischen Bank, in einem Gespräch mit der WELT. Heute seien rund 130 Banken an den Umschuldungsverhandlungen für den Andenstaat beteiligt.

Nach der allgemein in den Krisenländern angewandten Methode wird versucht, die fälligen Beträge zu stunden, die zu zahlenden Brocken auf mehrere kleine Raten zu verteilen, um Bolivien so zu einer wirtschaftlichen Stärkung zu verhelfen. Jedoch wehrt sich die Regierung gegen den vom Internationalen Währungsfonds (IWF) geforderten Preis: Rigoroser Abbau des hohen Haushaltsdefizits (etwa 800 Millionen Mark) und der Subventionen. Die hierfür notwendigen Maßnahmen widersprechen der sozialen Grundauffassung der neuen Regierung. Hinzu kommt die unnachgiebige Haltung der Gewerkschaften, von deren Sympathie Präsident Hernán Siles Zuazo und seine Minister abhängen.

Die weiteren Schritte in La Paz werden sich aus den gerade abgeschlossenen Verhandlungen mit einer IWF-Delegation ergeben. Sollte es nicht zu einer Einigung kommen, würden auch die mit etwa 700 bis 800 Millionen Dollar involvierten Geschäftsbanken nicht mehr mitspielen, meint Mittendorf. Das Risiko sei ohne eine Sicherheit durch den IWF einfach zu hoch. Daß der Finanzminister und der Bundesbankpräsident kürzlich zurückgetreten sind, unterstützt die Haltung der Banken.

Im krassen Widerspruch zu den wirtschaftlichen Problemen steht, wie bei vielen Entwicklungsländern, die Anzahl natürlicher Schätze: Zinn, Erdöl, Erdgas als Hauptdevisenbringer – 76 Prozent – und aus dem Agrarsektor Kaffee, Zukker, Baumwolle, Holz als zweitrangige Exportgüter. Darüber hinaus gedeihen Mais, Gerste, Weizen, Reis – 50 Prozent des landwirtschaftlichen Anbaus, Kartoffeln, Sojabohnen, Obst, Gemüse und Coca nicht zu vergessen. Daß Bolivien unter diesen Voraussetzungen etwa zehn Prozent seiner Devisen für die Einfuhr von Nahrungsmitteln verwendet, ist für Mittendorf schlicht unverständlich. Sicher – es fehlen Maschinen, um eine konkurrenzfähige Produktivität zu erreichen. Die Grenzen des Landes umschließen ungefähr die dreifache Fläche der Bundesrepublik Deutschland, während die Bevölkerung nicht einmal den zehnten Teil der deutschen ausmacht. Aber bei rund 70 Prozent unterbeschäftigten Bolivianern – einschließlich der Arbeitslosen – sollte es zur Deckung des Eigenbedarfs im Grunde reichen.

So sieht denn auch Jan-Gerd Eversmann, Kollege Mittendorfs und Vorstandsmitglied des Ibero-Amerika-Vereins, in der Unterbevölkerung keine wesentliche Ursache der wirtschaftlichen und politischen Probleme. „Die Schicht der gebildeten Leute, die überhaupt in der Lage sind, eine Führung zu übernehmen, ist zu klein", erklärt der Bolivien-Experte.

Zu Zeiten der Zinnbarone wäre das nötige Geld vorhanden gewesen. „Aber die hätten zwar für Devisen gesorgt, jedoch nicht für den Ausbau der Bildungs-Infrastruktur", meint Eversmann. An diesem Punkt änderte sich auch nicht viel, als die Zinnminen 1952 neben anderen Betrieben verstaatlicht wurden. Dafür verschlechterte sich die Effektivität, mit der die nunmehr staatlichen Betriebe arbeiteten. Wachsende Defizite im öffentlichen Sektor und eine expansionistische Kreditpolitik taten ihr übriges.

So scheint nach gut 150 Jahren Simón Bolívars Analyse der äußeren Umstände – koloniales Erbe, mangelnde politische Erfahrung, fehlende Ausbildung und Bildung der Bevölkerung, ethnische Heterogenität, soziale und wirtschaftliche Unterschiede – auch heute noch zuzutreffen, ebenso wie die Charakterisierung Boliviens mit dem Ausdruck „Der Bettler auf dem goldenen Thron".

RENTENMARKT / Abgaben der Bundesbank

Kurse deutlich stabilisiert

Der deutsche Rentenmarkt hat sich deutlich stabilisiert. Die Deutsche Bundesbank konnte zeitweise erhebliche Beträge an den Markt abgeben. Vor allem die Tatsache, daß von den USA her keine Signale zur Zinssteigerung zu erwarten sind, trug wesentlich zur Konsolidierung des Marktes bei. Erst zum Wochenschluß schwächte sich der Aufwärtstrend etwas ab. Per saldo schloß die Woche aber mit Kursgewinnen. Dementsprechend ging die Rendite der Anleihen von Bund, Bahn und Post von 7,69 auf 7,62 zurück. Die Rendite der inländischen Emissionen insgesamt ermäßigte sich von 7,84 auf 7,80. D-Mark-Auslandsanleihen konnten sich gut behaupten. (fi)

Emissionen	22.7. 83	15.7. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,62	7,69	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,48	7,45	7,04	10,05	9,28
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,85	7,86	7,11	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	7,69	7,59	8,24	11,22	8,35
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,81	7,86	7,05	10,13	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,52	7,58	7,48	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,26	8,30	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,80	7,84	7,83	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,16	8,17	8,45	10,83	8,83

Pankraz, das Fortifex und die Kochbuchwelle

Wenn es irgendwo auf dem Buchmarkt eine Hausse gibt, dann bei Kochbüchern. Keine Woche vergeht, in der nicht gleich mehrere herauskommen, die meisten luxuriös aufgemacht, auf bestem Papier gedruckt und mit prächtigen Farbfotos geschmückt. Die Vielfalt der Spezialthemen ist gewaltig. Es gibt Bücher über die Küche der Eskimos und über die Küche der Feuerländer, Kochbücher für Rohköstler und Makrobiotiker, Titel wie „So kochte man im alten Rom" oder „Was den alten Germanen schmeckte". Eine regelrechte Kochkunst-Archäologie hat sich entwickelt, Rezepte aus den Notzeiten in Krieg und Nachkrieg werden liebevoll gesammelt und neu ediert, auch die Zahl der Nachdrucke historischer Kochbücher geht schon in die Hunderte. Marinettis futuristisches Kochbuch von 1932 ist ebenso vertreten wie Großmutters biedere Küchenfibel aus dem Verlag der „Gartenlaube".

Eine Sache für sich sind die verkappten Kochbücher unserer Großliteraten, die als „Roman" oder „Novelle" firmieren. Sie reichen von Koeppens „Tod in Rom" und Simmels „Es muß nicht immer Kaviar sein" bis zu Walsers „Halbzeit" und zum „Butt" des Günter Grass. Grass hat auch so manches Koch-Gedicht geschrieben. Er vermittelt Kochkunst als Weltanschauung und läßt keinen Zweifel daran, daß in seinen Augen nur ein progressiver Schriftsteller und guter linker SPD-Genosse sein kann, der auch gut kochen kann.

Außenstehende werden schnell eine Erklärung für das Phänomen gefunden haben. Für sie ist die neudeutsche Kochwut Ausdruck von Übersättigung und kultureller Dekadenz. Die vollgefressene Halbnation, ihrer angestammten Hausmannskost längst überdrüssig, will nun auch kulinarisch in die Ferne schweifen, läßt sich den Gaumen mit indonesischen Curry-Tafeln oder sorgfältig nachinszenierten mittelalterlichen Schloß-Orgien kitzeln – während in der Dritten Welt Zehntausende verhungern und Millionen mit einer schlichten Schale Reis vorliebnehmen müssen.

Es ist dies freilich nur die halbe Wahrheit. Wer genaueren Aufschluß haben möchte, der lese als Kontext zur deutschen Kochliteratur die nüchternen Jahresberichte der Welt-Ernährungsorganisation FAO; er wird dabei erstaunliche Entdeckungen machen, zum Beispiel diese, daß der Hunger in der Welt bereits viel weiter zurückgedrängt, vielleicht sogar schon endgültig besiegt wäre, wenn die verantwortlichen Nahrungsfunktionäre und -wissenschaftler nur besser kochen könnten.

Hunger ist bekanntlich ein Synonym für Eiweißmangel, genauer: für den Mangel an gewissen Kombinationen von Aminosäuren, die der menschliche Körper braucht, um überleben zu können. Tierisches Eiweiß enthält diese Kombinationen; es ist aber zu teuer, als daß sich die armen Länder genügend davon leisten könnten. Schon seit den fünfziger Jahren ist deshalb die Wissenschaft darangegangen, für diese Länder pflanzliche Eiweißgemische herzustellen, die das Optimum an Aminosäuren anbieten. In Amerika entstand so das berühmte „Incaparina", in Südafrika das „Pronutro", in Brasilien „Fortifex" und in Indien MFP (*Multipurpose Food*).

Alle diese prächtigen Substanzen hatten einen entscheidenden Mangel: Sie schmeckten nicht gut genug, kein Mensch wollte sie kaufen; und selbst dort, wo sie kostenlos verteilt wurden, hoben die (hungernden) Kinder die Zähne und warfen die Fortifexfladen den Hunden vor (die sie ebenfalls verschmähten). Nicht viel besser erging es später den billigen, aber nahrhaften Fischmehlsteaks, den antarktischen Krill-Schnitzeln und den aus Erdöl entwickelten Einzeller-Zwiebäcken. Es war zuviel Chemie und zuwenig Kochkunst im Spiel, und da half auch nicht, daß die schlauen Chemiker gewisse Essenzen und Aromen beimischten, die den Krill nach Zuckerwatte und den Erdöl nach Leberwurst schmecken ließen. Die Leute wollten „natürlich zubereitete Kost".

Hier entstehen nun plötzlich Parallelen zwischen dem Hunger in der Dritten Welt und den kulinarischen Sehnsüchten der neuen deutschen Literatur. Der gemeinsame Nenner heißt Natürlichkeit. So wie die Hungernden in Somalia oder Nordbrasilien aus der Küche und nicht aus dem Laboratorium abgespeist werden wollen, so desgleichen die Satten aus Bayern oder von der Waterkant. Für letztere gibt es zwar kein Incaparina und kein Fortifex, aber doch viel zu viel fertig Abgepacktes und Vakuumgetrocknetes, industriell Vorbehandeltes und chemisch immun Gemachtes. Dem will man entgehen. Die Grünen flüchten in die Makrobiotik, die Konservativen zu Mutters deftigen Altrezepten, die Progressiven in exotisches Neuland, „wo noch wirklich gekocht wird". Und alle brauchen dazu Kochbücher, weil ihnen die originalen Praktiken längst aus dem Gedächtnis entschwunden sind.

Wann ist überhaupt zum erstenmal gekocht worden und warum? Die Ethnologen streiten darüber. Claude Lévi-Strauss leugnet in seiner Untersuchung „Das Rohe und das Gekochte" jeglichen Ursprung des Kochens im Mythischen, andere – und mit ihnen Pankraz – beharren gerade darauf, auf dem uralten Brandopfer, dessen Düfte und Säfte nicht nur Jahwe und seinesgleichen das Maul wäßrig machten, sondern auch dem Opfernden, der sich über kurz oder lang die Frage vorgelegt haben mag: „Was Jahwe schmeckt – warum soll es nicht auch mir schmecken?"

Das Kochen ist also nicht nur eine der Gesundheit und dem Wohlergehen zuträgliche altehrwürdige Zivilisations-Praxis, sondern an seinem Ursprung tatsächlich so etwas wie Kulthandlung, und man kann unseren Literaten getrost dafür danken, daß sie das wieder in Erinnerung gebracht haben. Nur sollten sie sich kochenderweise niemals als Halbgötter aufführen; sie wirken dann (siehe Grass) schnell komisch, denn eine gute Suppe verleiht noch lange keine übernatürlichen Kräfte.

Pankraz

Der Fluch der guten Tat – Seit Jahren verkümmert ein Rubens-Original in einem Safe von Tel Aviv

Harry Sterns vergebliche Liebesmüh'

Ich kann den Namen Rubens nicht mehr hören", sagt Harry Stern, Kunsthändler und Kunstsammler aus Tel Aviv, und weist auf einen dicken, prall mit *Korrespondenz-Unterlagen gefüllten* Aktenordner. „Sonst brächte ich das, was sich seit über zehn Jahren in diesem Ordner angesammelt hat, als Buch heraus. ‚Der Fluch der guten Tat' wäre wohl der rechte Titel." *Mit Erhalt des letzten* Schriebs der Sammlung faßte Harry Stern den Entschluß, auszupacken.

1971 traf er – auf Vermittlung von Kunstexperten in Tel Aviv – Herrn *M. Chaitan, einen Neueinwanderer* aus der Sowjetunion. Der wollte ein Rubens-Original – eine 1634 gefertigte Ölskizze auf Holz (39,3 x 21,6 cm), die Kaiser Ferdinand I. darstellt – verkaufen, weil er Geld *brauchte. Er hatte das Bild in* Kamtschatka (Sowjetunion) für wenig Geld erworben und erst von einem befreundeten Kunstexperten in Moskau erfahren, daß es sich um ein Rubens-Original handelt.

*Harry Stern prüfte und unter*suchte die Ölskizze genau, und als er keinen Zweifel über die Echtheit des Originals mehr hegte, recherchierte er in seinen Katalogen und in der Fachliteratur. Er fand bald heraus, daß das Bild ursprünglich zum Bestand des Aachener Suermondt-Museums (jetzt Suermondt-Ludwig-Museum) gehörte. 1939 wurde es zusammen mit anderen wertvollen Gemälden des Museums wegen des Krieges vorsichtshalber ins Depot der Albrechtsburg in Meissen verlegt. Nach dem Krieg waren einige der im Meissener Depot aufbewahrten Gemälde aus dem Bestand des Aachener Museums verschwunden, darunter auch die besagte Rubens-Skizze. Seither vermerkten Kataloge und Fachliteratur zu dem Gemälde: „vermißt" bzw. „vernichtet".

Harry Stern fühlte sich verpflichtet, die Skizze dem Aachener Museum zurückzuführen. Mit Einverständnis des Eigentümers des Bildes wandte er sich an die Deutsche Botschaft in Tel Aviv mit der Bitte um Vermittlung. Als Entgelt für Chaitan forderte er 13 000 Mark. Stern: „Das ist für ein abhanden gekommenes Original eines Alten Meisters auch als legitimer Finderlohn bescheiden."

Aber nichts geschah. Aachen meldete sich weder bei der Botschaft noch bei Stern. So setzte sich denn Stern im März 1972 telefonisch mit dem Aachener Museumsdirektor Hans Feldbusch in Verbindung. Stern zitiert Feldbusch so: „Ja – wir haben eine Mitteilung bekommen, haben aber *Schwierigkeiten mit der Finanzie*rung, kein Geld. Das Angebot soll beiderseits als freibleibend erachtet werden. Sollten es unsere Mittel erlauben, werden wir uns mit Ihnen in Verbindung setzen. Ja, wir sind unverbindlich am Ankauf des Bildes interessiert."

Im Mai 1972 kaufte Stern das Bild von Chaitan für rund 10 000 US-Dollar. Im Juni desselben Jahres reiste er damit in die USA, um es zu verkaufen. Im Princeton University Museum (New Jersey) begegnete er dem Kunstprofessor und Rubens-Experten John Rupert Martin. Dieser hatte gerade sein jüngstes Werk veröffentlicht: Corpus Rubenianum – Ludwig Burghard – Part 16: „The Decorations for the Pompa Introitus Ferdinandi", in dem die Rubens-Skizze behandelt und abgebildet ist mit dem Vermerk: „destroyed" (ver*nichtet). Martin untersuchte* das Bild, und als die Röntgenaufnahmen die Echtheit des Originals abermals außer Frage stellten, war er außer sich vor Freude, daß es nicht vernichtet war.



Vermißt, gefunden und schon wieder fast vergessen: Ferdinand I., *skizziert von Rubens (Öl auf Holz, Ausschnitt)* FOTO: DIE WELT

Auf Ersuchen Sterns rief Prof. Martin in Aachen an und fragte Feldbusch: „Erheben Sie Anspruch auf das Bild?" und erhielt als Antwort: „Wir erheben keinen Anspruch. Sie können das Bild von Stern *kaufen*", woraufhin Prof. Martin Herrn Feldbusch um schriftliche Bestätigung bat.

Darauf schreibt Feldbusch an Professor Martin in einem verklausulierten Brief, er gebe den Rechtsanspruch an dem Gemälde nicht auf, folge aber dem Bescheid des Rechtsamtes der Stadt Aachen, wonach „Verfolgung des Rückgabeanspruches wenig Aussicht auf Erfolg hat", daher nehme er Abstand von einer weiteren Verfolgung der Rückgabe. Mit dieser Formulierung torpedierte Feldbusch den vom Princeton University Museum geplanten Ankauf der Skizze. *Die Ankaufskommission des Museums* begründete ihren Beschluß mit „problems of international morality".

1974 reiste Stern mit dem Bild nach London und bot es bei Christie's zur Versteigerung an. Feldbusch forderte von Christie die Herausgabe des Bildes als „Eigentum der Stadt Aachen". Christie verweigerte die Herausgabe und bot das Bild auf der Auktion zum Verkauf. Feldbusch aber hatte dafür gesorgt, unter den Bietern die Warnung zu verbreiten, kein „ge*stohlenes Bild" zu kaufen*, und konnte somit den Verkauf abermals torpedieren.

1975 erfuhr Harry Stern durch Freunde, daß Feldbusch ihn suche, weil er eine „gütliche Einigung" *anstrebe aber Sterns Adresse nicht wüßte*. Sofort *rief* Stern in Aachen an. Feldbusch entschuldigte sich bei ihm – per Telefon – für das ihm angetane Unrecht und bestätigte, daß er eine gütliche Einigung anstrebe. Aber statt einer schriftlichen Bestätigung kam nur Schweigen.

1979 schrieb der Mäzen Peter Ludwig, der sich zunächst sehr für den Rückkauf der Rubens-Skizze durch das Suermondt-Ludwig-Museum eingesetzt hatte, in einem Brief an Stern, das Museum habe inzwischen einen neuen Direktor, Dr. Grimme, und werde auf keinen Fall Einwände gegen einen Verkauf erheben. Die Disposition über das Bild stehe Herrn Stern frei. Im Februar 1983 erhielt Stern vom Aachener Oberstadtdirektor dann ein Schreiben, in dem Stern zu einem „Angebot" aufgefordert wird, „welches Entgelt er bereit ist zu zahlen, damit die Stadt Aachen in Zukunft ihre wie auch immer gear*teten Rechte an dem Bild auf*gibt" ...

Stern schickte umgehend eine Fotokopie dieses Briefes an Ludwig. Die schriftliche Antwort Ludwigs war kurz und knapp: „Die Sache interessiert mich nicht. Informieren Sie mich nicht mehr", ist alles, war darin steht.

Fassungslos schüttelt Harry Stern den Kopf. „Ich glaube nicht, daß es noch einen Fall gibt, in dem sich jemand so sehr bemüht hat, ein abhanden gekommenes Original an seinen ursprünglichen Eigentümer zurückzuführen, und der für seine gute Tat so viel Fluch *geerntet hat wie ich.*"

Ein Rubens-Original, dessen Bedeutung und Kostbarkeit kein Kunstexperte in Frage stellen wird, verkümmert so im dunklen Safe und bereitet seinem Eigentümer Leid und Kosten, statt zum Nutzen von Kunstexperten und Liebhabern dort zu hängen, wo es hingehört: im Museum.

ILANA BRUENELL

Premierenglück mit Hindernissen – Cole Porters „Kiss me Kate" und Webers „Freischütz" in Bregenz

Herz und Stimme sind genau am rechten Fleck

Des Himmels Strafgericht, von dem Carl Maria von Webers „Der Freischütz" singt, brach in Bregenz nicht auf die Oper, sondern auf das schuldlose Musical nieder. Mitten hinein in Cole Porters „Kiss me Kate", das diesjährige „Spiel auf dem See", blitzte es wetterleuchtend bedrohlich von al*len Seiten. Die Natur riß den Vor*hang auf und zeigte über dem Bodensee ihr eigenes übermächtiges Spiel, vor dem Kurt Pscherers inszenatorische Geschäftigkeit auf der Wasserbühne notgedrungen verzwergte.

Selbst das berühmte Bregenzer Festspielfeuerwerk, das man verzweiflungsvoll den ersten schweren Regentropfen entgegenschoß, nahm sich künstlich und kraftlos aus gegenüber dem flammenden Himmelsspuk der Natur, aber wider Erwarten ließ der sich von den Raketen und Knallern der künstlichen Konkurrenz so weit beschwichtigen, daß das widerspenstige Käthchen am Ende doch noch ihren Petruchio küssen konnte – trockenen Mundes sozusagen. Die Aufführung, allen Gewalten trotzend, erwies sich beim mutig mittrotzenden Publikum als voller Erfolg.

Vor allem natürlich bei den Weitsichtigen und leicht Harthörigen. Leute mit weniger derangierten Sinneswahrnehmungen halten in Bregenz von vornherein nicht ganz leicht mit den akustischen Manipulationen mit, die notwendig sind, Wort und Ton über das Wasser zu katapultieren. Aber Dagmar Koller und James Brookes in den Hauptrollen taten ihr Bestes, Rolf Langenfass hatte üppig die Bühne bestellt, in William Miliés Choreographie tanzte das Tschechoslowakische Staatliche Tanzensemble lustvoll, als läge der Broadway in Prag.

Wie *Käthchen ihren Petruchio*, so hatte tags zuvor umgekehrt Agathe ihren Max gezähmt. Auch da juchzt und tanzt und feiert das Volk. Es säuft und knutscht und freut sich des Daseins, und keine inszenatorische Besserwisserei fährt ihm in die Festtagsparade. Otto Schenk, der Regisseur, und Günther Schneider-Siemssen, sein Bühnenbildner (dem Leo Bei die stimmungsvollen Kostüme entwarf), vertrauen der schlichten alten Geschichte und erzählen sie zur Musik Webers nach, wie sie erzählt sein will. Die Chorszenen geraten in schöne Bewegung, sind voller Saft und Kraft auf die natürlichste Weise. Und diese Natürlichkeit zeichnet zutreffend auch die Schauer der Wolfsschlucht aus. Sie wird nicht als Kinderschreck denunziert von den Inszenatoren. Sie übt ihre einfache schlimme Gewalt.

Die Regie krempelt die Ärmel nicht hoch, bis auf den Abgrund des Schreckens zu dringen. Sie vertraut der Suggestivkraft der musikalischen Genialität, mit der Weber das großartigste Nachtstück des musikalischen Welttheaters ausstaffiert hat, und fährt gut dabei.

Die Schwierigkeiten des „Frei*schütz" liegen* anderswo. Weber, ein Meister der Innigkeit, der in wenigen Takten jeweils nicht nur die Schauder des Schreckens, auch die der überwältigenden Schönheit aufzureißen verstand, hat diese Augenblicke des stockenden Herzschlags immer wieder mit solchen kontrastiert, die virtuose Stimmführung fordern. Weber verlangt nun einmal Herz und Stimme am rechten Fleck.

Mechthild Gessendorf als Agathe singt ihre Kavatine auf die anrührendste Art. Reinheit der Empfindung wird auf bezwingende Weise übergeführt in eine Reinheit des Singens, die den Charakter des auf ruhige Weise verstörten Mädchens mit makellosen Tönen umreißt. Alle verhaltenen, getragenen Passagen trägt die Gessendorf mit prachtvoller Selbstverständlichkeit vor. Aber die virtuosen Aufschwünge der Kehle, die vokale Feuerwerkerei unterm Rollenkattun, enthält sie ihrer Agathe vor, die schließlich dank Weber immer beides zugleich zu sein hat: Prima*donna und Unschuld aus den Böh*mischen Wäldern.

Reizend zeichnet Sona Ghazarian die hellstimmige Schwadroniererei Ännchens nach. Robert Schunks Kehle besitzt hinreichend *Frische und Energie für Max*, den Jammerhelden. Karl Ridderbusch ist der Fremdkörper von Bösewicht, der moralische Umweltverschmutzer inmitten der grünen Paktierer. Ein singender Wundertäter ist als Eremit Artur Korn. Er weiß baßgewaltig tatsächlich zu beneiden.

Wie nun allerdings Adam Fischer die Wiener Symphoniker, die Solisten und Chöre führt, wächst über die musikalische Herkömmlichkeit kaum hinaus. Der Orchesterklang bleibt oft stumpf, Überwältigung findet nicht statt. Glanz und Glück und Erschütterung rundum stellen sich in Bregenz diesmal musikalisch nicht ein.

KLAUS GEITEL

Kurt Meisels Abschiedsvorstellung in München

Ruhe über den Gipfeln

Abschied von Kurt Meisel als Schauspieler/Intendant nach elf Jahren am Münchner Residenztheater: Meisel zum Ende seiner Ära spielt die Hauptrolle des Dichter-Fürsten Moritz Meister in Thomas Bernhards Komödie „Über allen Gipfeln ist Ruh" in der Inszenierung von Horst Sachtleben. Ganz München gab sich noch einmal bei ihm ein Stelldichein. Und Meisel enttäuschte sein Publikum in dieser schicken Intellektuellenarie nicht.

Er naturalisiert den papierenen Großdichter Moritz Meister gewissermaßen. Der bleibt dabei nicht nur reine Wort-Figur à la Bernhard, sondern gewinnt unvermutet höchst menschliche Züge, trotz all der Banalitäten und Bildungsprotzereien, die er pausenlos auszustoßen hat. Meisel belebt ihn mit winzigen Gesten, so z. B. wenn er immer wieder mit dem Taschentuch das Tischchen penibel von Weintropfen säubert, wenn er mit angstvollem Gesicht auf seinem Stuhl unsicher hin und her rutscht, nachdem sein Verleger angekommen ist. Da fällt dieser aufgeblasene dichtende Popanz wie ein Luftballon in sich zusammen, so als ahnte er, daß der Erfolg im derzeitigen Kulturbetrieb viel mehr von Zufällen und Anpassung denn von Talent und Können abhängt.

*Zur ganz großen Form läuft Mei*sel in der Schlußphase auf. Mit rotem Gesicht brüllt er diesen vertrackten Unsinn des Bernhardschen Textes, diesen wichtigtuerischen Stuß mit Stil heraus, stößt, *schleudert abgehackt den Nonsens* ins Publikum, daß einem der Atem stockt und man mit dem Verleger gleichtun möchte, um vom Sitz zu springen.

Gleichwertiges Pendant in der Aufführung ist Edda Seipel als anhimmelnde Ehefrau Anne. Mit verächtlich gezogenen Mundwinkeln, oft Feuchtes im Auge, gelegentlich mit gewittriger Stirnfalte zieht sie die große Gattinnen-Show ab, erfüllt Wort-Arien und rhythmisierte Satz-Ungetüme mit betulicher Wichtigkeit, blüht exaltiert auf bei dem Gedanken an ihre „Opfer" für den Gatten. Läßt aber immer wieder mit leichten, harten Schwingungen in der Stimme erkennen, wer hier im Dichter-Haus das Sagen hat.

Die „Gute" sekkiert nicht nur ihren Ehemann mit gleichbleibender Tonlage, sondern auch das Publikum. Alles entwickelt sich bei ihr zum Ritual, vom Tischdecken bis zum Liszt-Pathos am Flügel. Und die Absencen in ihrem Gesicht sowie der schrille Ton zeigen an, daß die vollkommene Harmonie in dieser Ehe, die der Umwelt vorgetragen wird, eine pure Illusion ist.

Den schicken, geschäftstüchtigen und überheblichen Verleger gibt Walter Schmidinger gekonnt Profil. Den FAZ-Redakteur (Maximilian Villinger) und die Doktorandin (Brigitte Obermeier) läßt der Autor und auch die Regie im Skizzenhaften stecken: Sie dürfen nur das Wortgesabber von Moritz Meister auflecken. Gespielt wurde in einer vagen, unbestimmten Kulisse (Otto Kollross) mit hohen, hohlen Bücherwänden, die exakt dem Satzbau des Autors entsprechen. Die Regie unter Horst Sachtleben entlarvte im Grunde dieses nervtötende Stück, das ganz forciert und grell gespielt wurde.

Elf Bilder lang ließ man sich da an der Sprache herumführen vom Menschenverächter und Theaterschwätzer Bernhard. Denn dieser angebliche Abgesang auf den Literaturbetrieb ist selber einer, bleibt auch in München trotz der guten schauspielerischen Leistung nur eine unglaubwürdige zynische Farce. Das grauenhaft-muntere Dauergeschwafel enthüllt, daß Thomas Bernhard, der Autor, nicht nur Meister, sondern auch Gefangener seiner Mittel ist.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Großplastiken in Sindelfingen – Eine Stadt strebt nach kultureller Tradition

Ein Kopf ragt aus dem Kanaldeckel

Schmückt die erste Großplastik-Schau in Sindelfingen: Gerda Biers „Objekt W/B" aus Holz und Eisen FOTO: KATALOG

Natürlich kennt man Sindelfingen. Werden da nicht Autos und Uhren, Büromaschinen und Computer hergestellt? Eine junge, moderne Nachkriegsstadt also. Aber das hört man dort nicht so gern. Vor 900 Jahren wurde in Sindelfingen die romanische Martinskirche eingeweiht. Vorher gab es dort ein Kloster, später ein Chorherrenstift; 1263 erhielt der Ort die Stadtrechte. Sindelfingen ist also eine alte Stadt und eifrig bestrebt, dies mit viel Aufwand und Sorgfalt durch eine umfangreiche Altstadtsanierung zu dokumentieren.

Trotz des ehrwürdigen Alters konnte sich eine kulturelle Tradition in der erdrückenden Nachbarschaft Stuttgarts kaum entwickeln. Die moderne Stadt ist nun dabei, dies nachzuholen. Sie wird, wenn die Pläne sich erwartungsgemäß entwickeln, in spätestens zwei Jahren ein modernes Kunstmuseum besitzen, die „Lütze-Galerie der Stadt Sindelfingen". Seit kurzem besteht nämlich ein Kooperationsvertrag mit dem Sammler Diethelm Lütze, dessen Sammlung „Lütze II" den Grundstock der geplanten Galerie bildet, worin die Stadt sich verpflichtet, diese mit einem eigenen Ankaufsetat auszustatten und zügig weiter auszubauen.

„Lütze II" nannte der Sammler seinen Kunstbesitz zur Unterscheidung von der inzwischen aufgelösten Expressionisten-Sammlung seines Onkels Max Lütze, deren Hauptwerke sich zum großen Teil in der Stuttgarter Staatsgalerie befinden. Die Sammlung des Neffen will erklärtermaßen „einen kunstgeschichtlichen Überblick über das künstlerische Geschehen der letzten hundert Jahre im süddeutschen Raum geben". Dazu ist sie mit ihren rund 500 durchweg exemplarischen Werken der Malerei, Plastik, Grafik und Keramik bereits heute weitgehend imstande. Man findet in ihr die wichtigsten Stile und Strömungen vom Impressionismus bis zur Kinetik und Minimal-art sowie die bedeutendsten Namen von Lenbach, Thoma, Trübner, Slevogt über Schlemmer, Baumeister, Bissier und Hölzel bis zu Bernd Berner, Krieg, Willikens und Stöhrer, in der Plastik von Seitz und Stadler bis zu Franz Bernhard und Walter Giers, von Emy Roeder bis Ingrid Hartlieb und Gerlinde Beck vertreten.

Die neue Galerie soll im schönen alten Rathaus von 1478 eine Bleibe bekommen. Im neuen Rathaus und in seiner nahen Umgebung wird zur Zeit – wieder im Hinblick auf die intendierte städtische Kunstsammlung – zeitgenössische Plastik ausgestellt, rund dreißig Großplastiken im Freien und noch einmal so viele in der Eingangshalle. Über siebzig Bildhauer aus der Bundesrepublik sind daran beteiligt; sie repräsentieren von Gerstel bis Gunther Stilling einen Zeitraum von etwa acht Jahrzehnten, das heißt: die Entwicklung der Plastik des zwanzigsten Jahrhunderts in Deutschland.

In einer Publikumsbefragung wurden die Bürger Sindelfingens aufgefordert, dem Stadtrat eine Skulptur zum Ankauf zu empfehlen. Sie entschieden sich für die großartige „Tiger"-Plastik von Philipp Harth; auf den folgenden Plätzen finden sich der „Wellenreiter" von Waldemar Grzimek, ein „Horchender" von Fritz Nuß, ein abstrakter „Harlekin" des Ehepaares Matschinksy-Denninghoff, die „Sappho" von Elmar Hillebrandt und eine Bodenplastik „Ausstieg V" genannt, von Kurt-Wolf von Borries; sie zeigt einen männlichen Kopf, der sich aus einem Kanaldeckel erhebt. Das Resultat erscheint besonders deswegen bemerkenswert, weil sich die Öffentlichkeit allenthalben mit moderner Plastik schwertut und diese dem sogenannten Publikumsgeschmack nur noch selten entgegenkommt, auch in Sindelfingen. Den Sindelfinger Stadtvätern und dem engagierten Kulturamt aber sollte dieser mutige Anfang auch weiterhin Mut machen (bis Ende September; Katalog 20 Mark).

EO PLUNIEN

JOURNAL

R. Jungk lehnt Wahl zur DDR-Akademie ab

dpa, Hamburg

Der österreichische Schriftsteller und Publizist Robert Jungk hat seine Wahl zum korrespondierenden Mitglied der Akademie der Künste in der „DDR" abgelehnt. Wie Jungk in einem Brief an die Ostberliner Akademie der Künste schreibt, hat er erst durch Pressemeldungen aus der Bundesrepublik von der Wahl erfahren. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" hatte am 1. Juli über die Neuwahl von Mitgliedern und korrespondierenden Mitgliedern der Ostberliner Akademie der Künste berichtet und dabei den Namen Robert Jungks aufgeführt. Im Juni vergangenen Jahres hatten Grenzbehörden dem Schriftsteller die Einreise nach Ost-Berlin verweigert, als er an einer „Friedenswerkstatt" teilnehmen wollte.

Arena von Verona mit modernster Technik

SAD, Verona

In die Arena von Verona – weltberühmte Freilichtbühne für Opern-Inszenierungen – ist jetzt die modernste Technologie eingezogen. Darunter eine computergesteuerte Beleuchtungsanlage, fähig, einen Ort mit 15 000 Einwohnern zu beleuchten, und ein Aufzug, der in nur drei Minuten 100 Komparsen auf die Szene katapultiert. Für die Saison 1983 rechnet man mit rund 600 000 Besuchern (davon 70 Prozent Ausländer) und mit einem Umsatz von umgerechnet etwa 13 Millionen Mark. Geboten werden: Turandot, Aida und Madame Butterfly.

Kurt Pscherer tritt von seiner Bühne ab

dpa, München

Nach knapp zwei Jahrzehnten Amtszeit tritt der Intendant des Staatstheaters am Gärtnerplatz, Kurt Pscherer, jetzt als Chef von der Bühne seiner Münchner „Volksoper" ab. Mit der 176. Aufführung der Pscherer-Inszenierung von Mozarts „Die Zauberflöte" endet die Intendanz des 68jährigen, der noch als freier Regisseur und Schauspieler weiterarbeiten will. Ihm folgt im Herbst Hellmuth Matiasek von den Wuppertaler Bühnen als Staatstheaterdirektor. 125 Neuinszenierungen kamen unter Kurt Pscherer am Gärtnerplatztheater heraus, darunter eine große Zahl von Uraufführungen.

Kurt Lütgen erhält Preis für Jugendliteratur

dpa, Volkach

Der mit 6000 Mark dotierte „Große Preis" der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur in Volkach ist an den Schriftsteller Kurt Lütgen vergeben worden. Der 71jährige Lütgen stammt aus Pommern und lebt heute in Bad Salzuflen. Er ist seit fast 35 Jahren als Schriftsteller und Übersetzer tätig. Seine rund 40 Jugendbücher wurden in fast 20 Sprachen übertragen und haben im deutschsprachigen Raum eine Auflage von mehr als einer halben Million Exemplaren erreicht. Lütgen hatte bereits 1956 und 1967 den Deutschen Jugendbuchpreis erhalten.

Flugblätter aus der Reformationszeit

dpa, Coburg

Zum Luther-Jahr wird in den Kunstsammlungen auf der Veste Coburg die Ausstellung „Illustrierte Flugblätter aus den Jahrhunderten der Reformation und der Glaubenskämpfe" eröffnet. Die 152 Exponate reichen vom Ablaßverkauf Johannes Tetzels über den Bauernkrieg und Luthers Triumph als Reformator bis zum Dreißigjährigen Krieg. Die Ausstellung ist bis zum 30. Oktober zu sehen. Ein 330 Seiten starker Katalog dokumentiert alle 152 Flugblätter und ordnet sie in die geschichtlichen Zusammenhänge ein.

Rosenmaler Redouté in Belgiens Schlössern

J. B. Brüssel

Dem „Raphael der Blumen", dem Rosenmaler Pierre-Joseph Redouté, ist eine Wanderausstellung gewidmet, die in den Sommermonaten in verschiedenen belgischen Schlössern und Abteien zu sehen ist. Redouté wurde 1759 in Saint-Hubert im heutigen Belgien geboren. Dort sind seine Werke im August ausgestellt. Bis zum 31. Juli finden sie einen besonders schönen Rahmen in Annevoie, wo gleichzeitig Schloß und Park besucht werden können. Der September sieht den Rosenmaler im Schloß von Roeulx im belgischen Hennegau. Der *Schloßpark von Roeulx* ist auch heute noch wegen seiner Rosen berühmt. Im Palast der schönen Künste in Tournai findet die Ausstellung ihren Abschluß.

Georges Auric †

AP, Paris

Im Alter von 84 Jahren ist der französische Komponist Georges Auric in Paris gestorben. Er war ein bedeutender Vertreter der nachimpressionistischen Musik Frankreichs und Mitglied der „Gruppe der Sechs". Von 1962 an war Auric längere Zeit Generaldirektor der Staatlichen Musiktheater, der Großen und der Komischen Oper in Paris. Er schrieb die Musik zu über 60 Filmen, darunter zu „La Belle et la Bête", „La Symphonie pastorale" und „Moulin Rouge". Zu seinen Kompositionen zählen ferner kammermusikalische Werke, Klaviersonaten, Orchesterwerke und Ballettmusik.

„Think big", denke groß, heißt die Parole der Kleinwüchsigen

Von ERNST HAUBROCK

Im Foyer, im Ballsaal und in den Restaurants des eleganten Bostoner Hotels wimmelt es von ungewöhnlichen Menschen. Keiner von den rund 500, die hier aus allen Himmelsrichtungen der USA, Kanadas, Argentiniens und sogar aus Australien zusammengeströmt sind, ist größer als 130 Zentimeter. So will es die Satzung der Organisation „Little People of America" (LPA), die zur 25. Jahrestagung eingeladen hat.

An der Rezeption, vor den Fahrstuhlknöpfen, den Telefonboxen und dicht besetzten Bar-Theken stehen eigens für den Anlaß angefertigte vierstufige Treppchen, um den Gästen den einwöchigen Aufenthalt angenehmer zu machen. Das Hotel hat als freundliche Geste freiwillig getan, was die LPA für ihre Mitglieder, die sich als diskriminierte Minderheit empfinden, im öffentlichen Leben durchsetzen möchte: die Berücksichtigung ihrer besonderen Probleme nach dem von der amerikanischen Verfassung garantierten Grundsatz „Gleiche Chancen für alle", auch wenn es sich dabei nur um so prosaische Dinge wie unüberwindliche Trittbretter in Bussen und Zügen oder nur zu hohe Bordsteine handelt. So heißt es jedenfalls in den Arbeitssitzungen der Tagung, auf denen Gesetzentwürfe und andere praktische Anliegen besprochen werden. In Wirklichkeit geht es den Tagungsteilnehmern um mehr. Sie sind gekommen, um sich auszusprechen, um menschliche Wärme und Verbundenheit unter Schicksalsgenossen zu verspüren, um Spaß zu haben, neue Freunde und vielleicht den Partner fürs Leben zu finden.

Eine optimistische Grundstimmung

Zumindest an der Oberfläche, wenn nicht sogar in der Grundstimmung, ist die Atmosphäre optimistisch, so wie es das Verbandsmotto empfiehlt: „Think big" – denke groß, im Sinne von positiv. In den Diskussionsgruppen wird gelacht, geflirtet und der Gast von der Presse gutmütig verulkt, weil er anfangs bei seiner Größe von 1,83 Meter nicht weiß, was unhöflicher wäre: zu seinen knie- bis hüfthohen Gesprächspartnern aus aufrechter Körperhaltung hinunterzusprechen oder sich zu einer grotesk anmutenden Beuge zu verrenken. Nachdem das Eis gebrochen ist, wird ihm geraten, wie bei Kindern ruhig in die Hocke zu gehen, wenn keine Sitzgelegenheit zur Verfügung steht.

„Jetzt bekommen Sie einen kleinen Eindruck von dem, was wir unser ganzes Leben durchmachen", sagt Jenny, die in Melbourne, Australien, als Programmiererin bei einer Behörde arbeitet und ihr alter kokett mit „über 25" angibt. „Wir werden immer als die abnormen Außenseiter gesehen. Wir werden begafft, mit taktlosen, dummen Witzen beleidigt oder, was ebenso schlimm ist, mit falscher Fürsorglichkeit wie Kinder behandelt. Aber strapazieren Sie nicht zu sehr Ihr Mitgefühl. Die meisten von uns lernen es mit der Zeit, sich darüber nur selten oder überhaupt nicht mehr zu ärgern."

Jenny hat ein wohlproportioniertes hübsches Gesicht mit ausdrucksvollen Augen, einen gedrungenen Torso und deformierte Beine. Sie gehört, wie sie beredt erklärt, zur Gruppe der „Achondroplasiasten", einer der mehr als 50 unterschiedlichen Arten von Kleinwüchsigen, die hier auf der Tagung in Boston am häufigsten vertreten ist.

„Wir Achondros", informiert Jenny, „haben zu 99 Prozent durchschnittlich große Eltern. Unsere Geschwister sind immer durchschnittlich groß. Wir sind Opfer einer von der Wissenschaft noch nicht ergründeten Gene-Mutation, die ein zu geringes Wachstum der Knochen bewirkt."

Achondroplasiasten können Kinder haben. Mit einem durchschnittlich großen Partner besteht die Wahrscheinlichkeit der Vererbung des Leidens zu 50 Prozent. Wenn beide Partner Achondroplasiasten sind, wird ihr Kind mit einer Wahrscheinlichkeit von 75 Prozent ebenfalls kleinwüchsig sein. Durchschnittlich große Kinder von Achondroplasiasten vererben die Gene-Mutation nicht. Kleinwüchsige Mütter können ihr Kind nur durch Kaiserschnitt zur Welt bringen.

Viele Achondroplasiasten verzichten, auch wenn lebensgefährliche Geburtskomplikationen nicht zu befürchten sind, auf leibliche Kinder und wählen statt dessen die Adoption. Den Entschluß zum Kind erläutert Lee Kitchens, 53 Jahre alt, 1,22 Meter groß, Elektronik-Ingenieur und Abteilungsmanager bei dem Großunternehmen „Texas Instruments", Stadtverordneter in Lubbock, Texas, und Ex-Präsident der LPA: „Ich habe zwar nur zwei adoptierte Kinder. Aber warum keine leiblichen Kinder mit dem Gebrechen der Eltern? Wir selbst empfinden uns nicht als anomal und verfügen über die notwendigen geistigen Fähigkeiten, um das Leben zu meistern."

„So meistern wir das Leben"

Mehrere Tagungsteilnehmer beweisen das anschaulich mit ihrem persönlichen Erfolg. Da ist zum Beispiel der Erfinder von Verlängerungen für Gas- und Bremspedale im Automobil, die aus Leichtmetall gefertigt sind und mit einem Handgriff an- und abgeklemmt werden. Kleinwüchsige können mit ihrer Hilfe jeden konventionellen Wagen fahren. Lee Kitchens hat die Verlängerungen auf allen Geschäftsreisen im Gepäck, um auf Leihwagen nicht verzichten zu müssen. Ausreichende Sitzhöhe erreicht er durch seinen Aktenkoffer.

Andere zeigen mit Stolz Fotos ihrer Häuser, in denen Sitzmöbel, Küchen und Bäder auf die Bedürfnisse ihrer Besitzer heruntenproportioniert sind. „Daß wir auf Restaurantstühlen mit den Beinen baumeln müssen, läßt sich leider nicht ändern", sagt Kitchens lachend.

Am Abend findet ein buntes Unterhaltungsprogramm statt, das von LPA-Mitgliedern bestritten wird. Mehrere Vortragende haben professionelles Format. Aus der Zuhörermenge ragen an die zwei Dutzend Durchschnittsgroße heraus – Eltern von kleinwüchsigen Kindern, die hier auf Kurzseminaren lernen, mit großen und kleinen Problemen fertig zu werden.

Beim anschließenden Tanz sind die kleinen Menschen unter sich. „Für uns ein seltener Genuß", sagt Jenny aus Melbourne. „Das schönste ist, mit allen Partnern auf gleicher Augenhöhe zu sein. Wenn es um Herzensdinge geht, ist das besonders wichtig." (SAD)

Der Tag der Freiheit zog unbemerkt vorüber

Die Ex-Sklaven Mauretaniens merken kaum etwas davon

AFP, Nouakchott

Drei Jahre nach der feierlichen Entscheidung des in Nouakchott regierenden „Militärkomitees des Nationalen Heils", „auf dem gesamten Territorium die Sklaverei" abzuschaffen, hat sich an der Tatsache nichts geändert, daß ein großer Teil der Mauretanier in völliger Abhängigkeit von einem Landsmann, dem sogenannten Herren, lebt. Die Regierung ist sich durchaus bewußt, daß ihr hochamtlicher Beschluß einstweilen mehr einem frommen Wunsch ähnelt als der Wirklichkeit eines Lebens, das vor allem auf dem Land seit Jahrhunderten auf einem Sklavensystem aufbaut. Staatschef Oberstleutnant Mohamed Khouna Ould Haidalla richtete dieser Tage einen dringlichen Appell an seine Landsleute, von der Sklaverei zu lassen. Diesen Appell dürfte er vor allem als Antwort auf einen BBC-Film zu dem Sklavenproblem des Landes sowie anderer Veröffentlichungen verstanden wissen.

ALGERIEN
MAROKKO
früher SPANISCH-SAHARA
Zouerate
MALI
MAURETANIEN
Nouakschott
SENEGAL
300km
DIE WELT

Theoretisch ist die Sklaverei in Mauretanien seit der Unabhängigkeit im Jahre 1960 nicht mehr anerkannt. Dennoch kommt es immer noch vor, daß entsprechende Klagen von Sklaven vor Gericht abgewiesen wurden. Nicht selten zogen solche Urteile kleine Revolten nach sich.

Die Arbeit der Sklaven besteht mehr oder weniger aus mühsamer Landarbeit, für die es keinen Pfennig gibt, von sozialer Absicherung ganz zu schweigen. Trotz seiner untergeordneten Stellung wird der Sklave in Mauretanien jedoch als Mitglied der Familie angesehen: eine Folge der islamischen Religion malekitischer Prägung. Er darf sich auch – anders als im schwarzafrikanischen Milieu – mit seinem Herrn und Meister zusammensetzen und braucht ebenfalls nicht in anderer Erde bestattet zu werden.

Unter den Haratinen, den freigelassenen Sklaven, hat sich mittlerweile so etwas wie eine Elite herausgebildet. Diese neue Bewegung „El Hor" (Der Freigelassene) verfolgt die Befreiung der Sklaven und ihre Eingliederung in die Gesellschaft. Der Einfluß von „El Hor" ist inzwischen so groß, daß die Regierung sich veranlaßt sah, sich ernsthaft des Problems anzunehmen.

Da die gesamte Rechtsprechung auf dem Islam beruht und sich die Sklavenhalter stets auf die Religion berufen haben, argumentierten jetzt auch die Gegner mit dem Koran und sicherten sich durch Konsultationen mit zahllosen Ulemas ab: die mohammedanischen Rechtsgelehrten bescheinigten denn auch dem Staat das Recht, zum Wohl der Allgemeinheit die Sklaverei abschaffen zu dürfen. Erst nach diesem Schiedsspruch fällte die Regierung vor drei Jahren das salomonische Urteil: Abschaffung der Sklaverei, aber Entschädigung der bisherigen Sklavenbesitzer.

Diese Entscheidung wird vom „El Hor" als „höchst unzureichend" kritisiert. Die mauretanische Bürgerrechtsvereinigung ist davon überzeugt, daß dem einstigen Sklaven nur auf dem Wege über eine Bodenreform wirtschaftliche Unabhängigkeit und Integrierung in das Wirtschaftssystem des Landes verschafft werden kann. Sklaven sind im allgemeinen Analphabeten und haben zum Leben gerade das, was ihnen ihr Herr zu geben bereit ist.

Daher hat die Nachricht von ihrer Freilassung auch keine Begeisterungsstürme unter den frischgebackenen „Freien" ausgelöst. Für viele ging die schicksalhafte Entscheidung sogar unbemerkt vorüber. Sie können sich keine Vorstellung von einem besseren Los ohne ihren Herrn machen.

Um seine Vorstellung besser zu verdeutlichen, wie ehemalige Sklaven voll an dem Leben und an der Entwicklung des Landes teilnehmen können, veranlaßte der Präsident, daß eine Reihe von Haratinen auf verantwortungsvolle Posten in Verwaltung, Armee und selbst in höchste Regierungsämter berufen wurden. Einen Schritt weiter ging er im Mai dieses Jahres, als er eine Bodenreform beschloß nach dem Grundsatz: „Die Erde denen, die sie bewirtschaften."

Das Problem der „Erde" ist in Mauretanien ein Explosivstoff: Werden die einstigen Herren ohne weiteres und kampflos einen Teil ihrer Ländereien an die bisherigen Sklaven abtreten? Wie weit können die Behörden gehen, um sie gegebenenfalls hierzu zu zwingen? Andererseits werden auch zahlreiche Sklaven lange zaudern, bevor sie die „Nabelschnur" durchschneiden, die sie mit ihren bisherigen Besitzern verbindet.

MUHAMED OULD BABETTA

WETTER: Sonnig bis schwül-warm

Wetterlage: Quer über Deutschland liegt eine Tiefdruckrinne. Sie verlagert sich kaum und trennt trockene Luft im Nordosten von feuchterer Warmluft im Westen und Süden.



Stationen: 1/2 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, still, ≡ Nebel, ● Sprühregen, ● Regen, ✱ Schneefall, ▽ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm).

Vorhersage für Montag:

Nördlich und östlich der Elbe: Überwiegend heiter und niederschlagsfrei, Höchsttemperaturen nahe 33 Grad Celsius, an der Ostsee 25 Grad. Nächtliche Abkühlung auf 19 bis 16 Grad. Mäßiger Wind aus Ost.

Übriges Bundesgebiet: Wechsel zwischen aufgelockerter und starker Bewölkung mit gelegentlichen gewittrigen Niederschlägen. Anstieg der Tagestemperaturen bis 27 Grad, nachts kaum unter 19 Grad.

Weitere Aussichten:
Keine durchgreifende Änderung.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	27°	Kairo	30°
Bonn	23°	Kopenh.	25°
Dresden	26°	Las Palmas	24°
Essen	21°	London	19°
Frankfurt	23°	Madrid	27°
Hamburg	28°	Mailand	28°
List/Sylt	26°	Mallorca	35°
München	20°	Moskau	13°
Stuttgart	18°	Nizza	28°
Algier	33°	Oslo	25°
Amsterdam	21°	Paris	20°
Athen	28°	Prag	26°
Barcelona	29°	Rom	30°
Brüssel	21°	Stockholm	17°
Budapest	28°	Tel Aviv	29°
Bukarest	27°	Tunis	36°
Helsinki	20°	Wien	26°
Istanbul	26°	Zürich	20°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 5.36 Uhr, Untergang: 21.19 Uhr; **Mondaufgang:** 22.32 Uhr, Untergang: 6.39 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

„Hengist und Horsa", scholl es dumpf durch Otterndorf

D. F. HERTEL, **Otterndorf**

„Hengist und Horsa!" Immer wieder scholl der dumpfe Ruf durch Otterndorf an der Niederelbe, einem Städtchen, das sich gern den einigermaßen irreführenden Beinamen eines „Rothenburg des Nordens" zulegt. Dort feierten gestern die alten Germanen mit Stammverwandten fröhliche Urständ. Aus allen deutschen und dänischen Gauen waren sie angereist, um zur eigenen Freude ihre Kräfte im germanischen Fünfkampf zu messen. Eingeladen hatte der Turn- und Sportverein Otterndorf. So sah man denn Wikinger aus Haderslev in Jütland in blauem Wams und rotem Umhang, die von ihren Fahrten nach Grön- und Vinland prahlten. Neben Chauken zwischen Elbe und Weser, Franken, aus dem Ruhrpott und Sachsen, von der Porta Westfalica. Die Seegermanen aus Bremerhaven waren mit einem 75 Jahre alten Langschiff angereist.

Otterndorfs Bürgermeister Hermann Gerken als Häuptling mit halbmeterlangen Hörnern auf dem Helm beschwor die Zeiten der Streitaxtleute herauf, die vor fünf Jahrtausenden in seiner Gegend siedelten und mächtige Hünengräber hinterließen. Er zitierte Tacitus und Prinius – und dachte im Hinterkopf gewiß daran, wie werbewirksam das Treffen für seinen Ferienort wohl ist.

An die 200 Kostümierte waren es, die vor dem 400 Jahre alten Rathaus seinen wohlgesetzten Grußworten lauschten. Sie standen zwischen Fachwerkhäusern, und sie tranken immer noch eins aus ihren Methörnern. Die waren freilich nicht mit Honigwein gefüllt, sondern mit Qualitätswein. Später wurden die Hörner mit Bier gefüllt. Das ergab eine gute Mischung. Rheinische Germanen schossen mit einem großen Katapult kleine Geschenke in die Menge. So verbanden sie römische Technik mit kölnischer Karneval-Kamellen-Tradition. Stilrein und historisch präzise ging es ohnehin nicht zu. So kam es denn auch, daß manche Germanen zwar auf heutige Mode, nicht aber auf Lippenstift und Nagellack zu verzichten bereit waren.

Bei den Wettkämpfen zeigte sich schnell, daß die Gewänder aus Fell und Leder zwar hübsch, doch auch unpraktisch waren. Die Germanen hatten die Jahreszeiten durcheinandergebracht und die Winterkleidung ihrer Vorfahren angelegt. Am Angelsachsenpfad galt es, das Können im Kriechen, Balancieren und Hangeln zu beweisen. In der Sparte „Dieck'n" – zu deutsch „Deichen" – mußten mit Sandsäcken gefüllte Primitiv-Handkarren die steile Flanke des Elbdeichs hochgekarrt werden, daneben gab es Weitsprung aus dem Stand, Steinstoßen und Keulenzielwurf. Während die Recken sich mühten, blökten nebenan die Schafe wie zu Widukinds Zeiten. Aus dem Dunst am Horizont grüßte der schwarze Kubus des Kernkraftwerks Brunsbüttel. Gegen den Hunger gab es „germanischen Saubraten mit Krautsalat". Zu fünf Mark die Portion. Für den Gegenwert hätte man zu Hermann des Cheruskers Zeiten eine ganze Schweineherde erstehen können.

MET

Die 6. Disziplin
Gezeichnet von KLAUS BÖHLE



Glanz, Gala und Prominenz leiten die heiße Tage von Bayreuth ein

Weit mehr als 80 Ehrengäste aus dem In- und Ausland kamen gestern zur Eröffnung der Bayreuther Festspiele, die dieses Jahr ganz im Zeichen des 100. Todestags von Richard Wagner stehen. Neben der 77jährigen Begum Aga Khan haben sich Bundestagspräsdent Rainer Barzel, Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher, sein jugoslawischer Außenministerkollege Lazar Mojsov sowie die Bundesminister Dollinger, Kiechle, Schneider, Warnke, Windelen und Zimmermann angesagt. Stellvertretend für den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, der sich zu dieser Zeit noch privat im Ostblock aufhält, gab Innenminister Karl Hillermeier nach der Eröffnung den traditionellen Staatsempfang im Neuen Schloß von Bayreuth. Zum 33. Mal läuft parallel zu den Festspielen das Internationale Jugendfestspieltreffen. FOTO: CLAUS HAMPEL

Nie wieder

Der 39jährige Australier **Dick Smith** hat als erster Mensch einen Alleinflug in einem Hubschrauber um die Erde vollendet und landete am Wochenende in Hurst in Texas, von wo er vor einem Jahr seinen 56 000 Kilometer langen Flug begonnen hatte: „Es war eine Fahrt wie auf einem fliegenden Teppich", gleichwohl würde er es „nie wieder tun", lautete sein Fazit. Schlechtes Wetter, feindselige Eskimos, Depression, Müdigkeit und Einsamkeit quälten ihn auf seiner großen Runde.

Hilfe des Präsidenten

Für die Rettung eines elf Monate alten Mädchens, das dringend eine Leberverpflanzung benötigt, hat sich US-Präsident **Ronald Reagan** eingesetzt. Tag und Nacht wird eine Maschine der „US Air Force" auf sein Geheiß bereitstehen, um die zu verpflanzende Leber zu transportieren. Das Organ müßte einem etwa gleichaltrigen gestorbenen Kind entnommen werden. **Ashley Bailey** liegt im Krankenhaus Minneapolis (US-Bundesstaat Minnesota).

LEUTE HEUTE

Die Freude ihrer Eltern

Heute vor fünf Jahren wurde die Geburt von **Louise Joy Brown** in



Oldham (England) als ein Wunder der Wissenschaft gefeiert. Ein halbes Jahrzehnt danach geht das erste Retortenbaby der Welt bereits zur Schule. Aus dem vielbestaunten Baby von damals ist ein ganz normales Mädchen geworden, pausbäckig und mit Pferdeschwanz. Und die Methode, der Louise ihr Leben verdankt, findet inzwischen weltweit Anwendung. Das Foto zeigt Joy, die Freude ihrer Eltern, im Alter von einem Jahr.

Lebenslange Kenntnis

Länger kann man seine Frau schlechterdings nicht kennen, als der englische Bräutigam **Trevor Taylor** (38) seine Frau **Jean**, die er am Sonnabend geheiratet hat: Schon vor 16 Jahren hat der Krankenpfleger, der auch als männliche Hebamme ausgebildet ist, seine Braut an den Beinen hochgehalten und sanft auf das Gesäß geklopft. Jean Forman war damals gerade drei Sekunden alt und sollte nach der Geburt ihren ersten Lebensschrei ausstoßen. Am Sonnabend atmete die jetzt 16jährige freiwillig kräftig durch und sagte dann leise „ja".

Sintflut ertränkt weite Teile Japans

Hitzewellen in vielen Teilen der Welt / Antarktis meldet Kälterekord: minus 89,2 Grad

DW. **Hamburg**

Die Hitze, die Deutschland ein bildschönes Wochenende mit Temperaturen von mehr als 30 Grad Celsius im Schatten beschert hat, führte in anderen Teilen der Welt zu erheblichen Katastrophen:

In den USA starben bislang 87 Menschen an den tropischen Temperaturen. Allein gestern kamen 15 Menschen in den Staaten Kentukky, Ohio, Missouri und Tennessee durch Hitzschläge ums Leben. In St. Louis im US-Bundesstaat Missouri erreichte das Thermometer den fünften Tag hintereinander 38 Grad Celsius bei fast 100prozentiger Luftfeuchtigkeit.

Um sich Abkühlung zu verschaffen, öffneten Jugendliche in der Stadt Hunderte von Hydranten, was zu einem Druckabfall in den Wasserleitungen geführt hat. Besonders ältere Menschen leiden unter dem Wetterstreß. In Chicago starben vier Bewohner eines Negerheims, nachdem im Hause die Klimaanlage ausgefallen war. Die jetzt seit drei Wochen anhaltende Heißwetterperiode ist die folgenschwerste seit drei Jahren. Damals starben 1300 Menschen den Hitzetod.

In Japan haben schwere Unwetter das schöne Wetter beendet und im Westen Teile des Landes in ein Chaos verwandelt. 100 Menschen werden noch vermißt, 51 Tote wurden bisher aus den Überschwemmungsgebieten geborgen. Die Sachschäden sind unabsehbar. Erdrutsche haben ganze Dörfer hinweggefegt.

Auch Italien stöhnt unter der glühenden Sonne. Die durchschnittliche Tagestemperatur liegt bei 40 Grad, auf Sizilien sogar noch höher. In Trapani wurden 44 Grad gemessen. Schlimmer noch als diese Backofentemperaturen ist der abnorm hohe Feuchtigkeitsgrad.

Die Hitzewelle hat vor allem im Süden der Halbinsel zu einem katastrophalen Wassermangel geführt. Das Trinkwasser wird südlich von Neapel rationiert. Viele Haustiere sind eingegangen, was vor allem die Hühnerzucht in der Gegend schädigt. Die Ernteaussichten sind denkbar schlecht. Auf Sardinien toben seit einigen Tagen riesige Waldbrände. Dieses Phänomen, das alljährlich in den Sommermonaten auftritt, scheint sich diesmal zu einer verheerenden Katastrophe auszuweiten.

Ein Wirbelsturm, der über Griechenland und Jugoslawien raste, hat zahlreiche Menschenleben gefordert. Mindestens vier Segler ertranken in den bis zu zwölf Meter hohen Wogen, unter ihnen ein zehnjähriger Junge. Ihre Identität konnte noch nicht festgestellt werden. Neun weitere Menschen, die meisten vermutlich griechische Urlauber, werden noch vermißt. Die Behörden haben nur noch geringe Hoffnung, daß sie lebend geborgen werden. Zum Zeitpunkt des überraschend aufkommenden Sturms befanden sich viele kleine Segel- und Motorboote in der Bucht von Saloniki. Die griechische Hauptstadt, in der gestern Temperaturen von 39 Grad Celsius gemessen wurden, wird von zwei Waldbränden in die Zange genommen. Von dem starken Wind angefacht, zerstörten die Brände schon mehrere tausend Hektar Waldland und Olivenhaine. 120 Kinder mußten aus einem Ferienlager evakuiert werden.

Der Wirbelsturm, der über Jugoslawien mit einer Geschwindigkeit von 160 Kilometer pro Stunde gemessen wurde, tötete eine Rentnerin und zerstörte mit eigroßen Hagelkörnern einen Teil der Ernte. Im Stadion von Sarajewo wurden die Flutlichtmasten wie Streichhölzer geknickt.

Derweil meldet die sowjetische Antarktis-Station „Wostok" einen Kälterekord von minus 89,2 Grad Celsius. Der alte Rekord lag seit 1960 bei 88,3 Grad.

Zwei Flugzeuge abgestürzt – zwölf Tote

dpa, **Hamburg**

Mindestens zwölf Menschen sind am Wochenende beim Absturz zweier Flugzeuge bei der Insel Borkum und in Neumarkt in der Oberpfalz ums Leben gekommen. In der Nähe von Borkum fanden alle acht Insassen, zwei junge Frauen und sechs Männer, auf einem Rundflug den Tod. Nach Angaben von Augenzeugen war die Maschine vom Typ „Cheyenne" am Samstagabend ins Trudeln geraten und dann ins Watt gestürzt, wo es sofort in Flammen aufging. Beim Absturz eines einmotorigen Sportflugzeuges auf ein Amtsgebäude in Neumarkt starben am Samstag eine dreiköpfige Lehrer-Familie und der Pilot. Nur der fünfjährige Sohn der Familie überlebte das Unglück. Er schwebt in Lebensgefahr. Zu den Opfern, die zum Abschluß eines Flugtages an dem Rundflug über das Watt bei Borkum teilnahmen, gehören ein 35jähriger Pilot und ehrenamtliche Mitarbeiter des Roten Kreuzes aus Borkum. Bisher konnte erst ein Teil der Toten identifiziert werden. Der Unfall ereignete sich zum Ausklang eines Flugtages in Borkum. Die Passagiere, meist junge Leute, waren zum Dank für ihren Einsatz während dieser Veranstaltung zu dem Rundflug eingeladen worden. Kriminalpolizei und Experten des Luftfahrtbundesamtes in Braunschweig nahmen an der Absturzstelle die Ermittlungen auf. Die Maschine gehört einem Geschäftsmann aus Dortmund, der auf Borkum einen gastronomischen Betrieb hat. Die Insel, auf der zur Zeit mehr als 20 000 Urlauber Erholung suchen, ist nach Augenzeugenberichten „in eine Art Schockzustand" versetzt. „Überall stehen Menschengruppen, denen die Erschütterung ins Gesicht geschrieben ist", berichtet ein Journalist aus Borkum. In Neumarkt gibt es bisher keine Hinweise auf technische Mängel an der Maschine, die der Münchner Bavaria Fluggesellschaft gehörte. Der 42jährige Münchner Pilot war aus ungeklärtem Grund nach einem Rundflug bei der Landung auf dem Sportflugplatz von Neumarkt durchgestartet. Dabei gewann die Cessna Skyhawk nicht genügend Höhe, streifte den Sendemast und stürzte senkrecht nach unten – auf ein Amtsgebäude.

Neun Tote bei Verkehrsunfall

AP, **Paris**

Bei dem bisher schwersten Verkehrsunfall dieses Jahres in Frankreich sind gestern neun Menschen ums Leben gekommen. Auf der Nationalstraße 20 bei Paris–Orleans stießen zwei Personenwagen 15 Kilometer südlich vor Paris frontal zusammen. In dem einen Fahrzeug starben alle vier Insassen auf der Stelle, in dem anderen fanden fünf junge Leute den Tod, der sechste Insasse erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Vier Bergsteiger starben

AFP, **Chamonix**

Im Mont-Blanc-Massiv sind am Wochenende erneut vier Todesopfer zu beklagen gewesen. Nach Angaben der Gendarmerie von gestern stürzte ein junger Bergsteiger aus Belgien am Freitag in eine 300 Meter tiefe Kluft, nachdem er von einem Stein am Kopf getroffen worden war. Die Leiche wurde am Samstag geborgen. Ein weiteres Opfer war ein Alpinist aus Paris, der unter ähnlichen Umständen abstürzte. Sein Seilschaftskamerad kam mit einer Beinverletzung davon. Ein südafrikanischer Alpinist stürzte in eine 200 Meter tiefe Schlucht. Das vierte Opfer war ein etwa 40jähriger Brite, der beim Abstieg von einem Herzinfarkt ereilt wurde.

Diamanten als Kugellager

SAD, **Madrid**

Bei der „Goldenen Gala" des wohl exklusivsten Klubs der Welt, des „Imperial Falcon Club" arabischer Scheichs und Könige, wird in Marbella ein Mercedes-Benz mitrollen, der mehr als 50 Millionen Mark gekostet haben soll. Nicht seine Panzerung und seine besonders exklusive Elektronik machen den arabischen Mercedes so teuer, sondern sein Kugellager: Die Kugeln sind reine Diamanten.

Tod im Fernsehen

AFP, **Leon**

Die spanischen Fernsehzuschauer konnten am Freitag in einer Direktsendung miterleben, wie sich in Leon ein Bankräuber durch die Explosion einer Bombe versehentlich getötet hat. Der Vorfall war von einem Fernsehteam vor Ort in der Stadt im Nordwesten Spaniens gefilmt worden. Der unbekannte Täter hatte zunächst die Bankangestellten mit der Bombe bedroht und umgerechnet 3000 Mark erbeutet. Beim Verlassen der Bank wurde er durch die Anwesenheit der Polizei verunsichert und hantierte mit der Bombe, die dabei plötzlich explodierte.

Klagen nach Meuterei

AFP, **Montreal**

424 kanadische Häftlinge, die nach einer Meuterei von ihren Wärtern mißhandelt worden sein sollen, wollen vor Gericht 18 Millionen Dollar Schadenersatz erstreiten. Sie erhoben am Wochenende Klage gegen den für das Gefängniswesen zuständigen Minister Robert Kaplan und den ehemaligen Direktor der Haftanstalt Archambault, die sie für das Verhalten der Wärter verantwortlich machen. Beim Aufstand der Häftlinge waren vor einem Jahr drei Wärter getötet worden.

ZU GUTER LETZT

Künstler kaufte sein Werk zum Schrottpreis zurück. Diesen Recycling-Vorgang vermeldet dpa.